

# Wildcat-Zirkular

Nr. 62 Februar 2002

3 Euro

## Beilage:

*Aufheben* – Hintergründe  
der Intifada im 21. Jahrhundert



**zivilisation**

nichts hören  
nichts sehen  
nicht sprechen

nicht bewegen  
nichts ertasten

**barbarei**

Gefangene Taliban und Al Qaida-  
Kämpfer auf Guantanamo

# Inhaltsverzeichnis

## Wildcat-Zirkular Nr. 62, Februar 2002

Editorial	3
Rettungsversuche auf der Intensivstation - Anmerkungen zu »Weiterhin krank« (Zirkular 61)	6
Enron – die Schuldenspirale dreht sich schneller	13
Seit über drei Monaten Streik bei McDonald's in Paris	15
Kämpfe von MigrantInnen und die Schwäche der antirassistischen Bewegung	19
Ein drückend-heißer August in Barcelona – zur Repression gegen die MigrantInnen	22
Zwischenruf zu NPD und Staat	30
Zur Kraft der situationistischen Kritik und ihrer Rezeption in Deutschland	32
Um noch einmal auf die Situationistische Internationale zurückzukommen	37
»Neue Deutsche Wertkritik« – Marxismus in Zeiten des Neoliberalismus	42
Bericht aus Italien: Streik- und Blockade-Aktionen der BahnreinigerInnen	55

### Beilage:

Die Hintergründe der Intifada im 21. Jahrhundert

aus: Aufheben, #10, 2002

[www.geocities.com/aufheben2](http://www.geocities.com/aufheben2); email: [aufheben99@yahoo.co.uk](mailto:aufheben99@yahoo.co.uk)

### Kontakte:

Shiraz e.V. Postfach 60 13 28, 14413 Potsdam – [jaa@epost.de](mailto:jaa@epost.de)

Shiraz e.V. Postfach 30 12 06, 50782 Köln – [wildcat@link-lev.de](mailto:wildcat@link-lev.de)

Welt in Umwälzung, Mannheim-Ludwigshafen – [suba@wildcat.rhein-neckar.de](mailto:suba@wildcat.rhein-neckar.de)

[www.umwaelzung.de](http://www.umwaelzung.de), Tel. 0621-65 77 46

[freiburg@wildcat-www.de](mailto:freiburg@wildcat-www.de)

[leipzig@wildcat-www.de](mailto:leipzig@wildcat-www.de)

[koeln@wildcat-www.de](mailto:koeln@wildcat-www.de)

[potsdam@wildcat-www.de](mailto:potsdam@wildcat-www.de)

**Archiv:** <http://www.wildcat-www.de>

### Abos:

Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren. Einzelexemplar 3 Euro, 6 Ausgaben 15 Euro. Schriftliche Bestellungen an Shiraz e.V., Köln und Überweisung an Shiraz e.V., Kto.-Nr. 7064-509, Postbank Köln, BLZ 370 100 50.

V.i.S.d.P.: P.Müller

## »Kann sich noch jemand an *Kaizen* und *Kanban* erinnern?«

wurde im letzten Zirkular gefragt (im Artikel »Weiterhin krank«). Das waren zu Beginn der 90er zwei zentrale Begriffe in der groß aufgemachten Debatte um das »japanische Modell« und die Einführung von Gruppenarbeit in den Fabriken hierzulande. Heute spricht kein Mensch mehr davon... Japan? Japan?, war das nicht das Land mit der längsten Rezession aller Zeiten?? Das gleiche gilt für die meisten Begriffe, mit denen die Kapitalisten uns nach dem Zusammenbruch des Ostblocks das »Ende der Geschichte« verkünden wollten: die »Transformations-Ökonomien« (sollte bedeuten: harter Schlag auf die Rübe für die Menschen in Osteuropa, aber in wenigen Jahren wird alles ganz toll), »die jungen Tiger« (das waren diese vielversprechenden Gegenden in Asien, von denen seit der Asienkrise niemand mehr so recht wissen will, wie es dort zugeht - aktuelle Infos übrigens immer unter [www.umwaelzung.de](http://www.umwaelzung.de)) – die »blühenden Landschaften« (jaja, das kennt jede/r, weil es immer so gerne zitiert wird als Beispiel für die falschen Versprechungen, die Birne den Menschen in der DDR gemacht hatte!)...

**Aber kennt jemand noch die *New Economy*?** Das war in den 90er Jahren das Versprechen, wir könnten alle reich werden, wenn wir Telekom-Aktien kaufen, der Kapitalismus würde nie mehr in Rezession und Krise stürzen und die Arbeitslosigkeit würde irgendwie auch verschwinden – nicht daß wir dann hart malochen müßten oder so, nein-kein! ganz softe, kreative, immaterielle ... ich will nicht sagen »Arbeit«, irgendwiesowas wie »Beschäftigung« sollte das werden. – Auch irgendwie nix geworden! Die Telekom-Aktien sind abgeschmiert, die vielen dot.coms (auch so ein Wort! – was macht eigentlich Uwe Seeler?) haben massenhaft Leute entlassen, den meisten *Stars der New Economy* geht es schlecht bis miserabel - einigen geht es besser: es gibt sie nicht mehr.

Ein größerer Brocken ist der Zusammenbruch von **Enron** - gemessen am vernichteten Kapital ist es die größte Pleite in der Geschichte der USA, aber *politisch* ist die ganze chose noch gar nicht zu überblicken: die Renten der Beschäftigten sind futsch (gerade jetzt, wo sie uns die "Riester-Rente" schmackhaft machen wollen, peinlich-peinlich!), die halbe Bush-Regierung hängt drin, die besten aller Wirtschaftsprüfer ebenso usw. usw.; wie gesagt: die Sache ist noch überhaupt nicht zu überblicken; L. aus New York versucht es ab S. 13 trotzdem mal.

Die Pleite von Enron hängt mit der »Stromkrise« in Kalifornien zusammen – und mit der Pleite von Enron hängt es zusammen, daß die Banken dem Kirch Leo auf einmal kein Geld mehr geben wollen – es ist nämlich einfach so, daß sie nicht mehr soviel haben (Commerzbank hat Geld verloren, der Gewinn der Dresdner Bank ist um 90% gesunken usw.) und Enron hat nochmal Geld gekostet. Nun steht mit Kirch eine weitere Symbolfigur des dynamischen Kapitalismus in Medienzeitalter vor dem Aus ... wenn da nicht die »nationale Lösung«

wäre – wenn es ernst wird und ans Eingemachte geht (BSE, Fußball im Fernsehen u.ä.), dann wissen alle – sogar der Kanzler Schröder! –, daß »der Markt« richtig scheiße ist und daß »wir das irgendwie gemeinsam«, also staatlich regeln müssen. (Außerdem hängt die Bayerische Landesbank mit 1,9 Mrd. drin!)

Möglicherweise hilft aber auch das nix mehr. Wir hatten im Zirkular 56/57 bereits herausgearbeitet, daß eine der größten Errungenschaften der *New Economy* die »kreative Buchführung« ist: *hedonic price index* und ähnliche Tricks haben jahrelang dabei geholfen, die ökonomische Situation schönzurechnen. Nun läßt der Fall *Enron* vermuten, daß weitere Riesenkonzerne marode sein könnten, Namen wie Xerox und General Electric werden gehandelt, die amerikanischen Pensionskassen insgesamt könnten in Gefahr geraten, die US-Kreditbanken werden für »gefährdet« gehalten. Der ganze schöne Aufschwung durch gewaltig erhöhte Militärausgaben ist bedroht durch »mangelnde Kreditabilität«. Da hilft womöglich nur die Ausweitung des »Kriegs gegen den Terror«: »Wenn der Irak angegriffen wird, redet keiner mehr von Buchhaltung.« (Anlageexperte eines Schweizer Bankhauses – FR 14.2.2002)

Es sind aber auch schon schönere wenn-dann-Sätze formuliert worden, zum Beispiel folgender: »Wenn die Menschen eine Geschichte haben, dann ›weil sie ihr Leben *produzieren* müssen, und zwar müssen auf *bestimmte* Weise«. Es gibt Geschichte, sie entwickelt sich darüber, was die Menschen tun, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Der Kapitalismus ist eine ganz spezielle Ausprägung davon: produzierte Produktivkraft; gesellschaftliche Zwänge als »zweite Natur«. Denn das Kapital hat ein Geheimnis: Mehrwert und produktive Kooperation; diese muß es immer wieder neu vor uns verstecken; Maschinerie, der sogenannte "technologische Fortschritt" entwickelt sich aus dieser politischen Notwendigkeit des Kapitals... Aber trotz dieser Verkehungen gibt es einen Zusammenhang zwischen fixem und variablem Kapital, die Menschen, die CNC-Maschinen bedienen, sind anders und haben andere Vorstellungen von der Welt als z.B. die Pariser Kommunarden vor 130 Jahren. Marx hat dafür den Begriff Produktionsweise geprägt. Wenn wir uns also fragen, wie wir heute die Revolution machen können und wie sie aussehen wird, dann müssen wir als erstes gucken, wie diese Menschen, wie die Arbeiterklasse heute aussieht.

Im Dunstkreis deutscher Leitkultur diskutiert man natürlich andersrum: Hier wurden in den 90ern »wertkritisch« und »antideutsch« zu Eintrittskarten in die Salons der allerkritischsten Kritiker. Sie sind weniger das Ergebnis theoretischen Nachdenkens, sondern sie spiegeln die Reaktion der radikalen Linken in Deutschland auf den welthistorischen Einschnitt von 1989/91 wider (»Wiedervereinigung«, »Neue Weltordnung«, Zusammenbruch des Ostblocks, *kanban*, japanisches Modell, und ähnliche Schweinereien). Emotionale Grundlage dieser Wende war das verbreitete Gefühl, daß Praxis unmöglich und Revolution undenkbar

geworden sind. Daß diese Linke sich nach dem 11.9. und der Bombardierung Afghanistans vor allem über Fragen wie »Zivilisation oder Barbarei« fetzt (also mal wieder die Stichworte aufschnappt, die ihnen der herrschende Diskurs wie abgekaute Knochen hinwirft), läßt ahnen, was aus der Ecke noch alles blühen (bzw. »landen«!) könnte; »US-amerikanische Militärschläge gegen islamische Zentren« und »Lang lebe Israel!« zu fordern, waren gewiß nur erste Kostproben.

Warum setzen wir uns mit solchem Schwachsinn auseinander? Uns interessieren ganz bestimmt nicht die ideologischen Versatzstücke einer politischen Gefühlswelt, aber wir müssen uns zwei Dinge klarmachen: erstens tauchen sie als Ideologieverschnitt in den Debatten der meisten Linken ständig auf; zweitens handelt es sich nicht einfach um Erfindungen linker Schreiber, sondern Ideologie sind sie gerade darin, daß sie verkehrte Vorstellungen und Mystifikationen transportieren, die der Kapitalismus tagtäglich hervorbringt: sei es der Glaube an die übernatürliche Macht der Ware und des Geldes, oder sei es die Betrachtung der Welt vom Standpunkt der Nationen und Volksseelen aus, wie sie an jedem Stammtisch gepflegt wird. Die Beiträge zur »**Wertkritik**« (S. 42), zu den **Situationisten** (S. 32-41), zur Diskussion um »**Israel-Palästina**« (Beilage) und zur antideutschen Ideologie in diesem und im nächsten Heft, sind daher nicht nur Kritik der Linken, sondern immer auch ein Stück allgemeiner Ideologiekritik.

»Die Errichtung des Staates Israel ist die direkte Folge des Scheiterns des proletarischen Internationalismus in Europa.« Zu diesem Resümee kommt ein Artikel von 1989, der sich mit der Entstehung des Zionismus und der Vorgeschichte des Staates Israel beschäftigt. Wir hatten ihn 1991 in *TheKla* 14 herausgegeben (*Der Zionismus, Mißgeburt der Arbeiterbewegung*). Wer sich mit dieser Vorgeschichte beschäftigen will, soll das nochmal lesen. Wer sich damit beschäftigen will, was seither in **Palästina** passiert ist, soll die **Beilage** in diesem Zirkular lesen.

Der anfangs zitierte Artikel im letzten Zirkular war im übrigen zu dem Resümee gekommen: »wenig Entwicklung in den Ausbeutungsverhältnissen«, das hat L. aus Magdeburg ganz anders erlebt – wie, das beschreibt er ab S. 6: **Rettenungsversuche auf der Intensivstation**.

Ansonsten ist im Heft noch ein langer Artikel aus Spanien über **Kämpfe von MigrantInnen und die Schwäche der antirassistischen Bewegung** (S. 22 ff.), dazu haben wir aber eine ausführliche Einleitung geschrieben (S. 19 ff.), so daß ich mir an dieser Stelle jeden weiteren Kommentar sparen kann. In letzter Minute eingetrudelt sind zwei Berichte über **Streiks bei McDonalds in Paris** (S. 15 ff.) und der **BahnreinigerInnen in Italien** (S. 55)

Viel Spaß beim Lesen!

Potsdam, 14. Februar 2002

# Rettungsversuche auf der Intensivstation

## Anmerkungen zu "Weiterhin krank" (Zirkular 61)

Beim Lesen des Artikels »Weiterhin krank« von Karl im letzten Zirkular sind mir einige Sachen aufgefallen, die meinen persönlichen Erfahrungen z.T. diametral widersprechen. Nach meiner Einschätzung haben sich in den 90er Jahren nicht zu unterschätzende Veränderungen in den Arbeitsverhältnissen vollzogen. Das betrifft zum einen, wie auch im Artikel von Karl angedeutet, die Rolle der Ex-DDR als Experimentierfeld für das Aufbrechen von Standards im Westen. Ich denke, daß dieser Prozeß spätestens seit Ende der 90er Jahre im vollen Gange ist und durchaus erfolgreich verläuft.

Zum anderen wird diese Strategie von einer übergreifenden gezielten Vermarktlichung von Arbeitsverhältnissen (in Ost und West) unterstützt, deren Auswirkungen auf das tägliche Verhalten der ArbeiterInnen und damit auch auf die Entwicklung von Kämpfen nicht zu unterschätzen sind. Kernpunkt der Vermarktlichung ist die direkte Konfrontation von ArbeiterInnen mit dem Druck des Marktes. Das bedeutet, daß diese nicht mehr – wie im fordistischen Großbetrieb – Anweisungen über verzweigte Hierarchieketten erhalten, sondern – unter der Bedingung, profitable Ergebnisse zu erzielen – weitgehende Handlungsfreiheiten in ihrer täglichen Arbeit erhalten. Vom Chef bzw. höheren Management kommen nur Rahmenvorgaben. Wie diese erfüllt werden, bleibt den »Leuten an der Basis« weitgehend selbst überlassen. Das führt u.a. dazu, daß Arbeitende, die sich bis dato kaum um Vermarktungs- und Kostenaspekte ihrer Tätigkeit kümmern mußten, nun selbst dafür zuständig sind. Knackpunkt dieser Strategie ist, daß dadurch immer weniger der Chef für die sich verschärfenden Arbeitsbedingungen verantwortlich gemacht wird, sondern es eben der anonyme Markt ist, der keine andere Wahl läßt. Wenn man dann gegenüber von dieser Art der Arbeitsorganisation Betroffenen in gewohnter Art gegen den Chef argumentiert, erreicht man meist nur noch Kopfschütteln. Es folgt i.d.R. der Verweis auf die Konkurrenz, man könne bei der Konkurrenz sich gar nichts anderes erlauben, ansonsten sei man weg vom Markt. Und so unrecht haben sie damit nicht...

Ich möchte dazu ein paar Erfahrungen aus meiner eigenen Tätigkeit beisteuern, die ich in einer Vertriebsabteilung eines Elektro-Konzerns (im Osten) gemacht habe. Dieser ist vorrangig im Bereich der Energieversorgung tätig, der seit einigen Jahren – nicht zuletzt infolge der Liberalisierung des Strommarktes – einem sehr heftigen Konkurrenzdruck ausgesetzt ist.

Bis Mitte der 90er Jahre war die dortige Arbeitsweise – aus heutiger Sicht – geradezu gemächlich, auch wenn ich das damals nicht so gesehen habe. Es wurden – ganz traditionell – Angebote erstellt und eingehende Aufträge abgewickelt, d.h. Bestellungen getätigt, Pläne erstellt und mit dem Kunden abgestimmt, und Bauabläufe überwacht. Es wurde halt das abgearbeitet, was anfiel. Kalkuliert wurde ziemlich pauschal, d.h. das Angebot setzte sich aus Vorlieferungen zzgl. eines prozentualen Betrages für Projektierung und Montage sowie der Gemeinkosten und einem »kalkulierten Normalgewinn« – von damals 6 Prozent – zusammen. Die Energieversorger hatten aufgrund ihrer Monopolstellung eine sehr gute und beständige Gewinnsituation. Bei Investitionen wurde eher danach geschaut, jeweils modernste und sicherste Ausrüstungen zu kaufen, wodurch für deren Anbieter immer genug abfiel. Beim Arbeitsablauf war alles weitestgehend vorgegeben, Ausnahmen regelte der Chef, der sich bei seinem nächsten Vorgesetzten i.d.R. absicherte usw. Im Auftragsfall wurde das Projekt halt abgewickelt, es gab im Grunde kaum eine Kostenkontrolle. Zwar mußte die Niederlassung am Jahresende eine schwarze Zahl vorweisen, ansonsten wurden man mit betriebswirtschaftlichen und/oder Marketing-Aspekten halbwegs in Ruhe gelassen.

Ähnliche Erfahrungen habe ich bei meiner zeitweiligen Tätigkeit in einem Energieversorgungsunternehmen (EVU) Anfang der 90er Jahre gemacht. Betriebsergebnisse spielten – zumindest auf den unteren Etagen – kaum eine Rolle. Man konnte nicht unbedingt faulenzten, hatte aber seinen geregelten Feierabend, und nur im Ausnahmefall richtig Stress. Es gab auch genügend Leute, eine funktionsfähige Infrastruktur war im Wesentlichen die Hauptaufgabe.

Ab etwa Mitte der 90er Jahre hat sich das entscheidend geändert. Das ist nicht nur auf den gestiegenen Konkurrenzkampf zurückzuführen, sondern auch auf die geänderte Arbeitsorganisation. Zunächst wurde die projektbezogene Arbeitszeiterfassung eingeführt. Alle Mitarbeiter müssen seitdem über jede Arbeitsstunde Buch führen, diese jeweils einem Projekt zuschlüsseln. Zunächst stieß das auf Ablehnung unter den Kollegen, die halt irgendwas aufschrieben und die Berichte oft nur nach Mahnung ablieferten. Hauptkritikpunkt war, daß es ziemlich unmöglich ist, eine den Tatsachen entsprechende Statistik zu führen, da meist an mehreren Projekten parallel gearbeitet wird. (Die offizielle Begründung war, daß man einen besseren Überblick erlangen wolle, um exaktere Kalkulationen zu ermöglichen.) Jedoch nach mehrmaligem Insistieren seitens der Geschäftsleitung wurde das System – dessen Einführung ein paar Jahre zuvor noch am Widerstand der Kollegen gescheitert war, wie mir ein West-Kollege berichtete – so akzeptiert.

Seitdem werden Kalkulationen zunehmend in Eigenverantwortung erstellt. Gewinne in der Kalkulation auszuweisen ist jedoch auf Grund der Marktsituation sehr schwierig, so daß von vornherein ein enormer Kostendruck besteht.

Dieser muß dann an Vorlieferanten weitergegeben werden, was sich negativ auf die Verhältnisse zu Lieferanten und die Kollegen von anderen Firmen auf der Baustelle auswirkt. Auch wurde inzwischen der Zwang, vorrangig Produkte des eigenen Konzerns zu verkaufen, abgeschafft. Zeitweilig war es möglich, Produkte von externen Anbietern, die billiger waren als die eigenen Konzernstellen, einzusetzen. Zwar hatten meist diese Stellen die Möglichkeit des »last call«, wenn sie sich jedoch nicht in der Lage sahen, externe Angebote zu unterbieten, konnte man eben auf diese zurückgreifen. Inzwischen hat sich die Situation insofern geändert, daß die konzerninternen Stellen jetzt ihre Preisgestaltung entsprechend angepaßt haben – die Auswirkungen auf die dort Beschäftigten kann man sich leicht ausmalen. Auch ist es heute möglich, die Preise mit konzerninternen Stellen frei zu verhandeln, während es vorher eine feste Preisliste gab, von der nur in wenigen Ausnahmefällen abgewichen wurde.

Ein weiterer Aspekt der Vermarktlichung ist die beständige Umstrukturierung. Große Abteilungen wurden aufgesplittet und dann in sogenannte Profitcenter umgewandelt, die unter den bereits genannten Bedingungen nun weitestgehend eigenverantwortlich am Markt operieren. So manche Abteilung wurde dabei outgesourct und oft auch nach nur kurzer Zeit wieder ingesourct – je nach gerader aktueller Strategie in der Konzernspitze. Hinzu kommt, daß die Firma, in der Zeit, in der ich dort beschäftigt bin, insgesamt viermal den Besitzer bzw. die Rechtsform gewechselt hat, Nachbarabteilungen ver- und zurückgekauft wurden, Kollegen von heute auf morgen auf einmal direkte Konkurrenten wurden und jeder ständig in Sorge um den Erhalt des Arbeitsplatzes, der Firma etc. war. Zwischen den jeweiligen Profitcentern gibt es beständig Animositäten um Zuständigkeit, Zuschlüsselung von Umsätzen und gegenseitige Konkurrenz, bis hinunter zu den Kollegen auf der Baustelle. Ähnliche Entwicklungen sind bei den Energieversorgungsunternehmen (EVU) zu beobachten. Bei einem EVU beschäftigt zu sein, war in der Vergangenheit vergleichbar mit einem Beamtenstatus. Einige Unternehmen (im Westen) gewährten ihren Leuten Rente ab 50, und aufgrund der Monopolstellung hatten sowohl Unternehmer als auch Beschäftigte goldene Bedingungen. (»Die hatten wenigstens richtigen Sozialismus!«, wird im Osten da oft seufzend festgestellt.)

Bei den EVUs im Osten – die größeren haben alle eine westliche »Konzernmutter« – wurde die Umstrukturierung meist mit Hilfe von sogenannten Consulting-Firmen begonnen. Diese haben teilweise regelrecht gewütet. In dem EVU, wo ich eine Zeitlang beschäftigt war, mußten sich alle in nur wenigen Jahren mehrfach intern neu bewerben (mit Vorstellungsgesprächen usw.), d.h. alle Stellen wurden neu ausgeschrieben – und nicht nur pro Forma. Die Leute wurden mehrfach systematisch durcheinandergewürfelt, mußten sich im Themengebiet neu einarbeiten, mit Kollegen zusammenraufen, längere Anfahrtswege in Kauf nehmen usw. Als dann endlich Ruhe einzukehren schien, wurden sie oft mit ein



paar anderen EVUs fusioniert, und das Spiel begann von Neuem, und in jeder Runde wurden sie weniger...

Auch dort müssen jetzt Stundennachweise gebracht werden, müssen sich viele Stellen in internen Ausschreibungen mit externen Anbietern messen, werden ganze Abteilungen outgesourct usw. Und spätestens mit der Fusionierung mit West-EVUs werden die dortigen Bedingungen denen im Osten angeglichen. Solche Vermarktlichungsprozesse haben natürlich Auswirkungen auf den Umgang unter den Kollegen. Während es früher kein Problem war, jemandem auszuweichen, ist das heute insofern schwierig, weil man jede Stunde auftragsgebunden abrechnen muß. Man kann zwar sicher »schummeln«, die Spielräume sind jedoch gering. Wer zu viele »unproduktive« Stunden, also solche, die keinem Projekt zuzuordnen sind, schreibt, fällt zumindest erstmal negativ auf. (Was die Konsequenzen sind, ist eine andere Frage. Tatsächlich achten jedoch fast alle darauf, daß das nicht eintritt.). Die Statistiken dazu werden regelmäßig in Rundschreiben veröffentlicht.

Wenn jemand z.B. krank macht, hat er meist selbst Angst, daß sein Kollege dann sein Projekt versaut. Das trifft auch oft zu, da die Leute froh sind, ihre überzähligen Stunden irgendwohin schreiben zu können, ohne dafür verantwortlich gemacht zu werden. Zum anderen kommen viele auch krank zur Arbeit, da sie ihre Arbeit nicht den ohnehin schon überlasteten Kollegen zumuten wollen.

Überstunden werden massenweise gemacht, oft trauen sich die Projektleute aber nicht, diese abzurechnen, damit das Projekt eben nicht »rot« wird. Denn wenn man zu viele Stunden verbraucht, hat man halt schlecht kalkuliert. Kalkuliert man richtig, kriegt man keinen Auftrag... Früher war das Sache des Chefs, heute muß man sich selbst einen Kopf machen.

Auf dem Bau selbst gibt es – im Gegensatz zu vorher, als fast sämtliches Personal von der Firma selbst war – in der Regel nur noch einen oder manchmal zwei bauleitende Monteure, der Rest wird durch Subunternehmen und Leihkräfte erledigt. Der neueste Trend ist der Einsatz von Fremd-Bauleitern, meist entlassene eigene Leute, denen – anschließend – der Schritt in die Scheinselbstständigkeit schmackhaft gemacht wurde. Diese verdienen mitunter auf den ersten Blick gar nicht schlecht (ca. 60 DM/Std.), müssen dafür aber eine Grundausstattung an Werkzeug und Kleinmaterial mitbringen, oft inkl. einem kleinen LKW. Dann wird ihnen max. 10 h/Tag (die gesetzliche Obergrenze) bezahlt, in Realität sind sie 14 h und länger am Stück auf dem Bau – unter enormem Streß zumeist, da der Koordinierungsaufwand infolge der vielen Kleinfirmer sehr hoch ist. Kosten für Übernachtung, Verpflegung, Anreise, Handy (und natürlich die ganzen Sozialversicherungen) usw. werden ebenfalls aus eigener Tasche bezahlt. Ein selbständiger Bauleiter, den ich auf einer Hamburger Baustelle kennengelernt habe, ist jeden Sonntagnachmittag beizeiten in Sachsen losgefahren, damit er vor dem Wochenendverkehr wieder in Hamburg war. Freitagabend

ging's dann – meist spät in der Nacht – zurück. Am Wochenende muß dann Buchführungskram erledigt und das Auto gepflegt werden. Wenn die Baustelle zu Ende geht, muß er sich rechtzeitig um Anschlußaufträge kümmern. Meist geht das aber schlecht zu koordinieren, da das Ende sich oft mehrfach hinauszögert – man muß eben flexibel sein. Solche Aufträge zu bekommen ist aber auch schwierig, da kaum jemand einen Bauleiter einstellt, den er selbst nicht kennt. In der Regel bietet dann der alte Auftraggeber einen neuen Auftrag an – zu weit schlechteren Bedingungen. Wenn man einmal den Schritt in die »Selbständigkeit« gewagt hat, ist man besser unter Druck zu setzen. Inzwischen habe ich schon mehrfach selbständige Monteure (für um die 25, 30 DM/h), die meist ursprünglich von Leihfirmen kommen, erlebt.

Bezüglich der Leihfirmen muß ich Karl auch widersprechen. Wenn er schreibt, daß Leiharbeit derzeit insgesamt gesehen kaum ins Gewicht fällt, mag das stimmen. Die Zuwachsraten sind jedenfalls – da decken sich meine persönlichen Erfahrungen mit den Zeitungsmeldungen – sehr hoch, und auf dem Bau (abgesehen im Baugewerbe selbst, wo Leiharbeit - noch - verboten ist), haben sie inzwischen einen Anteil von ca. einem Drittel der Beschäftigten. Die Bedingungen sind mitunter katastrophal. Die Leute werden regelrecht verheizt und sind dennoch froh, einen Job zu haben. Ich habe mit Leuten gesprochen, die sich für jeden Tag, an dem der Chef keine Arbeit für sie hat, bis Mittag zu Hause bereit halten müssen. Wenn dann keine Order kommt, haben sie Urlaub zu nehmen (!). Einer hat mir berichtet, daß er von seinen 24 Tagen (Mindest-)Urlaub im letzten Jahr 20 Tage mit solcher Warterei verbracht hat. Die Leute verbringen oft die ganze Arbeitswoche auf der Baustelle, wohnen und essen dort im Container.

Auch im Büro gibt es in unserer Firma zunehmend Leiharbeit. Zunächst wurden in kleineren Niederlassungen – im Osten und im Westen – die Sekretärinnen entlassen und durch Leihkräfte ersetzt. Dann folgten die Zeichner und inzwischen werden bei Auftragsspitzen auch Leih-Ingenieure eingesetzt. Die maximale Verleihdauer wird mit diversen Tricks umgangen usw. Die festangestellten Monteure bekommen für die jeweilige Baustelle ein bestimmtes Stundenvolumen, mit dem sie auskommen müssen. Teilweise haben sie das in der Angebotsphase selbst kalkuliert. Sie haben in Eigenregie Leihkräfte anzufordern, und selbst dafür zu sorgen, daß sie im Stunden- und Zeitlimit bleiben.

Das Problem ist, daß sie, wenn es in die »heiße« Angebotsphase geht, meist mehrmals unter Druck gesetzt werden, daß sie die von ihnen angesetzten Stundenzahl »überprüfen«, sonst ist der Auftrag futsch. Und meist machen sie das halt mit, damit sie nicht in die Pampa geschickt werden, damit die Niederlassung überlebt usw. Und wenn sie den Auftrag dann abarbeiten müssen, werden die Leiharbeiter, Subunternehmer unter Druck gesetzt, damit alles trotzdem geschafft wird. Und nicht zuletzt setzen sie sich selbst unter Druck. In der Endphase von zeitkritischen Projekten (und das sind inzwischen fast alle) sind sie dann

schon mal bis zu 30 Stunden am Stück auf der Baustelle.

Aus solchen Problemen halten sich der Chef oder höhere Konzernstellen weitestgehend raus. Sie entscheiden meist nur noch über Wohl und Wehe eines Standortes oder bestimmter Abteilungen insgesamt. Am Anfang war ich selbst überrascht, wieviel »Freiräume« man hat. Aber diese sind meist eben nur Schein, in der Praxis laufen die (Markt-)Vorgaben auf ein hohes Maß an Selbstaussbeutung hinaus. Ich habe selbst an mir bemerkt, wie ich meine Arbeit immer mehr effektiviere, um möglichst keine Überstunden machen zu müssen – ich bin froh, über jede Stunde, die ich rausschinden kann. Die Folge ist aber eben, daß man sich in der Zeit auf Arbeit enorm verausgabt. Und in auftragsschwachen Zeiten werden die dennoch zuhauf anfallenden Überstunden abgebummelt. Die meisten wollen aber gar nicht abbummeln, sie nehmen lieber die Kohle und stecken die ins Häuschen oder das tolle Auto, das sie brauchen um zu den immer weiter entfernten Baustellen zu kommen. Leerlaufzeiten, oder Zeiten zur Pflege von Werkzeugen, Rechnern ... gehen gegen Null. Da bleibt im Büro oder auf der Baustelle kaum Zeit für ein Schwätzchen – die Poren des Arbeitstages schließen wir also zum Großteil in Eigenregie.

Die beschriebenen Arbeitsbedingungen sind allerdings noch solche von relativ »Privilegierten«. Die Bedingungen in den kleinen Handwerksklitschen, also den Subunternehmen auf dem Bau oder im Büro, sind noch weit schlechter. (Ein Kommilitone von mir hat nach dem Studium in einem Ingenieurbüro für 2300 DM brutto angefangen, inkl. Überstunden – kein Witz!) Vor kurzem habe ich einen Kollegen aus einer kleinen Elektrobude getroffen, der erzählte, daß der Chef bei Neueinstellung jetzt darauf achtet, daß die Leute nicht unter Mindestlohn bezahlt werden – und dann pro Monat 500 Mark bar zurückfordert und bekommt. Auch ist es in solchen kleinen Buden üblich, Lohn und Gehalt mit mehrmonatiger Verspätung zu zahlen.

Die Frage ist natürlich, warum die Leute sich das gefallen lassen. Die meisten in »unserer« Firma sind – zumindest wenn sie eine Weile dabei sind – ziemlich unzufrieden aber dennoch froh, dort einen Job zu haben. Denn es gibt wenigstens richtigen Metall-Tarif. Zwar gibt es auch immer häufiger Abweichungen von solchen Standards, aber generell sind die Bedingungen weitaus besser als in den Subunternehmen. Und der Druck vom Arbeitsmarkt her ist zumindest im Osten nicht zu unterschätzen.

Das erklärt aber nicht alles. Eine wesentliche Rolle im Osten spielt m.E. eben doch (wie auch von vielen neoliberalen Demagogen argumentiert wird) »40 Jahre« stalinistischer Sozialisation. Die Menschen haben einfach nicht gelernt, von sich aus selbst aktiv zu werden. Immer wurde auf irgendeine Anweisung von oben oder sonstwo gewartet. Das betrifft sowohl die generelle staatliche »Fürsorge« im sozialen Bereich als auch die Verhältnisse im Betrieb.

Sicherheit ist auch heute noch oberstes Gebot. Für die meisten ist es eine Horrorvorstellung, ohne Job dazustehen. Um das zu vermeiden, nehmen viele die bescheidensten Arbeitsbedingungen und -entlohnungen in Kauf. Auch denke ich, daß viele immer noch auf den »Aufschwung Ost« hoffen; es herrscht eine Art Durchhaltementalität.

Zum anderen muß man auch Antworten auf der psychologischen Ebene suchen. Die meisten von denen, die jetzt so gebeutelt werden, haben vor zwölf Jahren ziemlich laute Töne gespuckt und die sich anbahnenden Veränderungen lauthals begrüßt. Alle, die da nicht so laut mit gebrüllt haben, waren »Stasis«. Ich denke, daß viele das noch im Hinterkopf haben.

Außerdem hat es bei den diversen Entlassungen so manch unschöne Geschichte gegeben, die zu einer Rette-sich-wer-kann-Mentalität geführt hat. Wirklich Widerstand wurde geleistet, wenn's unmittelbar ans Eingemachte ging, also die Betriebsschließung unmittelbar bevorstand, vorher kaum.

Allerdings bin ich der Meinung, daß die Mentalität im Westen oft nicht so großartig von der im Osten abweicht. Sicher gibt es da Abstufungen, aber was ich so erlebt habe (ich bin vor allem in den letzten zwei Jahren im Westen ein wenig herumgekommen), zeugt auch nicht von großartigem Widerstandsgeist. Der Osten hat seine Rolle als Experimentierfeld erfolgreich gespielt, und mittlerweile werden im Westen in nicht mehr zu übersehendem Maße Standards eingerissen, die jahrzehntelang nicht angetastet wurden. Zwar ist das dort alles etwas zählebiger, aber eben auch, weil die Chefs eine nach meiner Einschätzung ziemlich unbegründete Furcht vor ihren Arbeitern haben. Denn auch das System der »Sozialpartnerschaft« hat nicht unbedingt die Kampffreudigkeit breiterer Schichten befördert. Auch dort hat die neoliberale Ideologie Fuß fassen können und die Vermarktlichung der Arbeitsorganisation trägt ein übriges bei, diese Ideologie in der Praxis (scheinbar) zu bestätigen.

Jedoch ist eben nicht alles Ideologie, der Druck des Marktes ist ein durchaus realer. Das muß man in jedem Falle berücksichtigen, wenn man gegenüber Kollegen argumentiert. Aber darin liegt m.E. auch eine Chance, denn wenn diese anfangen nachzudenken, wird ihnen schnell klar werden, daß der Fehler im System liegt. Im Osten schwant das auf Grund ihrer Erfahrungen schon vielen, die Vergänglichkeit von sehr fest gefügt erscheinenden Gesellschaften ist den meisten durchaus noch bewußt.

Was zahlenmäßige Veränderungen angeht, kann man sicher feststellen, daß sich immer noch 2/3 im Normalarbeitsverhältnis befinden. Entscheidend ist aber, daß viele von ihnen das immer öfter eben nicht mehr *from nine to five* sind und sich generell mit immer mehr Unwägbarkeiten und weniger Solidarisierungspotentialen konfrontiert sehen. Sicher gab es auch früher in Krisenzeiten Phasen verstärkter Arbeitsintensität und geringerer Sicherheit, aber heute ist das zum

permanenten Zustand geworden, dessen Auswirkungen kaum abschätzbar sind.

Wenn ich also lese: »wenig Entwicklung in den Ausbeutungsverhältnissen«, dann kommen mir schon Zweifel. Sicher basiert meine Einschätzung vor allem auf Beobachtungen, die ich in einem Sektor und zum größeren Teil im Osten gemacht habe. Es wäre nun von Interesse, daß wir uns die Situation etwas genauer unter die Lupe nehmen und möglichst viele Erfahrungen auswerten.

*L., Magdeburg*

\* \* \*

## **Enron – Die Schuldenspirale dreht sich schneller**

Im Moment (6. Februar) könnte man fast behaupten, daß die Pleite der Enron Corporation inzwischen in der amerikanischen Politik eine größere Rolle spielt als der Angriff auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September. Bereits die Höhe der unmittelbaren Verluste – das Kapital von Enron betrug 63 Mrd. US-Dollar – macht diese Pleite zur größten in der amerikanischen Geschichte – was in der gegenwärtigen »Rezession« eine ungeheure Tragweite hat. Aber selbst diese Summe verblaßt neben den weiteren Auswirkungen, die sich von Tag zu Tag zu vermehren scheinen, die bis in die obersten Etagen der amerikanischen Politik und der »Großen Fünf« der internationalen Unternehmensberatungen reichen und 20 bis 25 Jahre »neoliberale« Ideologie mit sich reißen. Enron war nämlich der »New Economy«-Konzern par excellence, eine Energiehandelsfirma mit relativ wenig direktem Gas- und Ölbesitz.

Die Zauberworte der Ökonomie nach 1980 stehen klein und nackt da: Deregulierung, die »synergetische Firma«, »Pro-forma«-Bilanzierungsmethoden, Aktienbeteiligung für Beschäftigte....

Enron fing 1985 als kleine Gesellschaft in der Gas- und Ölproduktion an. Aber unter den beiden Vorstandsvorsitzenden Jeff Skilling und Kenneth Lay entwickelte sie sich bis 2001 zu einem riesigen, tausendfach verschachtelten Konglomerat, einem riesigen »Ponzi-Projekt«,<sup>1</sup> das bis Mitte 2001 als eine der heißesten Aktien der »New Economy« galt. Die Firmenkonstruktion war dermaßen komplex, daß fast niemand in der Firma einen akkuraten Überblick über das Ganze hatte. Der Zusammenbruch begann im Herbst, als Enron 1,2 Mrd. US-Dollar »nicht in den Büchern aufgeführte« Schulden aus einer ihrer Tausenden

---

<sup>1</sup> Benannt nach C. K. Ponzi, der 1920 mit dem Versprechen »50 Prozent Profit in 45 Tagen« von Anlegern fast 10 Mio. Dollar einsammelte. Heute werden solche »Ponzi-Schemes« mit ausgeklügeltem Marketing in riesigen Dimensionen betrieben und nicht mehr auf solch simple Art. (Red.)

von »Tochterfirmen« zugeben mußte. Daraus ergaben sich genug Fragen über Enrons wirkliche Situation, um die Aktie (die ein Jahr zuvor noch bei 90 US-Dollar gestanden hatte) auf 34 US-Dollar und bis Ende November auf unter 1 US-Dollar fallen zu lassen. Im Dezember mußte Enron Konkurs anmelden.

Die Enthüllungen nach dem Konkurs lassen sich kaum zählen. Enron hatte praktisch jedem Kongreßabgeordneten große Geldsummen zukommen lassen (allerdings gingen ungefähr Dreiviertel an Republikaner). Enron war eine der größten Spenderfirmen im Wahlkampf vom Bush und Cheney 2001 gewesen und hatte massiven Einfluß auf die »Energiekommission«, die Vizepräsident Cheney zur Entwicklung der nationalen Energiepolitik eingerichtet hatte.

Arthur Andersen, einer der großen fünf Unternehmensberatungen, wurde von Enron betrügerische Buchhaltungsmethoden vorgeworfen, und Andersen warf Enron seinerseits unzureichende und falsche Informationen vor. Sowohl Enron als auch Andersen hatten massenweise Dokumente in den Reißwolf geworfen, selbst noch, nachdem der US-Kongress juristische Untersuchungen angekündigt hatte. Es stellte sich heraus, daß Skilling, Lay und viele andere führende Enron-Manager ihre Aktien im Sommer 2001 zum Höchstwert abgestoßen hatten, während sie die Enron-Beschäftigten zwangen, noch mehr für ihre Firmenrentenversicherungen (die sogenannten »401 k's«) zu kaufen. Normalen Beschäftigten wurde verboten, ihre Enron-Aktien zu verkaufen. 4 000 Leute verloren ihren Arbeitsplatz und viele durch die Entwertung der Enron-Aktien auch noch ihre gesamten Ersparnisse.

Es kam heraus, daß mehrere führende Enron-Manager 2001 nach Warnungen über einen drohenden Unternehmenszusammenbruch gekündigt hatten. Ein ehemaliger Vizepräsident wurde tot in seinem Auto gefunden, ein Selbstmord (?) wenige Tage, bevor er vor einer parlamentarischen Untersuchungskommission aussagen sollte. Der Armeeminister hatte im Jahr 2001 Enron-Aktien für 100 Mio. US-Dollar abgestoßen. Es stellt sich heraus, daß sehr viele Mitglieder von Bushs Kabinett und andere hohe Amtsinhaber bei Enron beschäftigt waren.

In der US-Wirtschaft lauern noch viele weitere Enrons. Die Auswirkungen über Hedge-Funds und Derivate lassen sich überhaupt noch nicht abschätzen. Wie die kürzlich erfolgten »Abwärts-Berichtigungen« von »Pro-forma«-Profiten in den Jahren der »Spekulationsblase« 1995-2001. Nach der Asienkrise von 1997, der Zahlungsunfähigkeit Rußlands und der staatlichen Rettung des *Long Term Capital Management* 1998, dem dot.com-Aktiendebakel im März 2000 und der Zahlungsunfähigkeit Argentinien ist Enron ein weiterer schwerer Schlag gegen die ganze Ideologie des »Freien Marktes« nach 1980 und erlaubt einen weiteren Einblick in den unglaublichen fiktiven Kreditpyramidenbau, der den »Wohlstand« der letzten 20 Jahre angetrieben hatte.

L., New York

## Seit über drei Monaten Streik bei McDonald's in Paris

Am 24. Oktober 2001 kündigt der Betreiber von McDonald's auf der Kreuzung der Boulevards de Strasbourg und St. Denis mitten in Paris fünf Beschäftigte (»managers«), einer von ihnen Gewerkschaftsdelegierter der CFDT. Gleichzeitig erstattet er Anzeige gegen Unbekannt wegen Diebstahls. Eine Million Francs sollen aus der Kasse verschwunden sein. Wie es der Zufall so will, wollten die Entlassenen gerade eine Gewerkschaftsgruppe gründen und sich für die nächsten Delegiertenwahlen aufstellen lassen.

Die Beschäftigten des Restaurants beginnen am selben Tag zu streiken. Im Restaurant läuft seither nichts mehr.

McDo ist auf Wachstumskurs in Frankreich: Ende 2001 gab es mehr als 900 Restaurants; schon im Jahr 2000 gab es mehr als 35 000 Beschäftigte. Ein Restaurant bedient täglich im Schnitt 1400 Kunden und setzt 17,5 Mio Euro um. Die Restaurants werden vorwiegend im Franchise-System betrieben, womit McDo über Quasi-Exklusivverträge die Marke, Preise, Einrichtung und Qualität kontrollieren kann. Dafür kassieren sie einen Anteil zwischen 12 und 25 Prozent – Investitionen, alle Betriebskosten und vor allem die möglichen Konflikte mit den Beschäftigten sind Sache des Betreibers.

Das System ist andererseits so ausgeklügelt, daß sich nur sehr schwer Konflikte entwickeln können. Es werden fast ausschließlich sehr junge Leute in Teilzeit eingestellt für 87 Stunden monatlich zu 500 Euro netto – für die Arbeit am Abend oder am Wochenende – und sehr selten in Vollzeit für 800 Euro netto; ein »Swing Manager« (eine Art Vorarbeiter) verdient je nach Niveau zwischen 850 und 1000 Euro für Vollzeit; er kann es zum »Manager« bringen, der 1200-1300 Euro verdient. Es gibt kein dreizehntes Monatsgehalt. Die Fluktuation ist hoch, denn bei den Arbeitsrhythmen und der Flexibilität schafft es kaum jemand, zu studieren und nebenbei zu arbeiten. Aber angesichts der hohen Arbeitslosigkeit schmeißen immer mehr Leute ihr Studium hin, um weiter zu arbeiten; um von ihrem Lohn leben zu können, steigen sie dann im Betrieb auf.

Aber in unserem Fall hat das Gefühl der Ungerechtigkeit die Macht des Unternehmers weggefegt und sie in einen Faktor verwandelt, der den Kampf lostritt. Die Beschäftigten sind Freunde, kennen sich gut und wissen, daß die Anklage reiner Vorwand ist. Fast alle engagieren sich von der ersten Minute an in einem Kampf, der bis heute andauert.

Die CGT hat logistisch unter die Arme gegriffen, und mit der Konstituierung eines breiteren und offenen Unterstützungskomitees hat sich der Kampf die Mittel geschaffen, um weiter zu machen: Unterschriftensammlungen, Theater, Solidaritätskonzerte, Bürgerversammlungen, Demonstrationen, Spendensammlungen. Am 11. Dezember versucht der Betreiber des bestreikten Restaurants die

Abwesenheit der Beschäftigten auszunutzen, um Instandsetzungsarbeiten durchzuführen. Als Antwort darauf wird das Restaurant besetzt. Nach fünf Tagen gibt der Besitzer, dem McDo zu seinem Schutz Wachmänner geschickt hat, auf.

Drei Monate lang wurden jeden Samstag verschiedene McDo-Läden in Paris besetzt und blockiert. So kam man in Kontakt mit den anderen Beschäftigten, die ab und zu auch selbst mitgestreikt haben, und das hat dafür gesorgt, daß der Kampf weiter geht. Auf die Weise konnte man auch den KundInnen, der Bevölkerung und den Medien erklären, worum es bei dem Kampf geht. Insgesamt sind diese Aktionen auf viel Verständnis und Sympathie gestoßen. Flugblätter auf englisch, deutsch, spanisch, italienisch, arabisch und russisch haben dazu beigetragen, den Immigranten und Touristen den Streik zu erklären. Natürlich gab es auch Meinungsverschiedenheiten und Aufregung durch aggressive Kunden, aber insgesamt haben die Leute die Streikenden eher ermutigt.

Aufgrund dieser aktiven Unterstützung konnte im Dezember Geld gesammelt werden, um den Streikenden eine Unterstützung von ca. 150-230 Euro pro Kopf zu garantieren (mit einem Zuschlag für diejenigen, die Familie haben); im Januar konnte fast doppelt soviel ausgezahlt werden. Das ist Luft zum Atmen für Leute, die zu normalen Zeit schon mit geringen Löhnen auskommen müssen.

Es gab in verschiedenen französischen Städten Solidaritätsaktionen; in Deutschland sind in einigen Ruhrgebietsstädten Flugblätter verteilt worden. Der Streik ist mittlerweile in ganz Europa bekannt. Auch dieser Artikel ist eine Einladung an Euch, Solidaritätsaktionen, Flugblätter, Demos, Boykottaktionen zu organisieren und dann das Unterstützungskomitee darüber zu informieren.

Wie hat nun der Betreiber des Restaurants reagiert – und die Geschäftsführung von McDonald's France, die offiziell nur »Beobachter« war, aber in Wirklichkeit die Fäden gezogen hat? Zu Anfang haben einige Beschäftigte Drohbriefe gekriegt. Dann hat man parallel zu den laufenden Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretern Beschäftigte zu bestechen versucht. Die »Verhandlungen« haben zum einen gezeigt, daß die Beschäftigten kompromißbereit waren, zum andern, daß es bei McDo überhaupt keine »Kultur« gibt, Konflikte zu regeln. Sie haben angeboten, die Entlassenen neu einzustellen, womit sie ihre Ansprüche aufgrund ihrer Beschäftigungsjahre verloren hätten – dabei haben sie sich ins eigene Fleisch geschnitten und implizit die Haltlosigkeit ihrer Beschuldigungen zugegeben – aber sie haben die Hauptforderung der Streikenden abgelehnt: die Wiedereinstellung aller Entlassenen mit ihren vollen Ansprüchen.

Inzwischen hat die Arbeitsinspektion die erste Kündigung für ungültig erklärt, letzte Woche hat das Arbeitsgericht die von zwei Beschäftigten annulliert, die vor Gericht gegangen waren; es verurteilte den Unternehmer zur Zahlung von 152 Euro pro Tag im Fall der Nichteinhaltung. Ein wichtiger symbolischer Sieg – Peanuts für McDo. Der Unternehmer ist natürlich in Berufung gegangen.

Pariser Redaktion der Zeitschrift *Collegamenti-Wobbly*.



## Weitere Informationen zum Mc Donald's-Streik

In den McDo-Filialen werden v.a. junge Leute eingestellt. Für die meisten ist es der erste Job überhaupt. In Frankreich sind es vor allem Kinder afrikanischer, maghrebischer oder antillischer Einwanderer, die häufig nebenbei ihre Ausbildung machen. Das System funktioniert über eine sehr hohe Fluktuation.

Die vorgeblichen Aufstiegschancen in der Arbeitsplatz- und Lohn-Hierarchie werden enttäuscht, weil die etwas besser bezahlten Jobs langfristig besetzt bleiben. Versuche, Rechte geltend zu machen, etwas in Frage zu stellen oder nach draußen zu bringen, überhaupt jedes Verhalten, das Nicht-Unterwerfung und Nicht-Identifikation andeutet, wird mit Herabstufungen in schlechtere Arbeit, Lohnabzügen, manchmal sogar mit physischer Gewalt bestraft.

Das Management versucht die Einrichtung einer Interessenvertretung zu verhindern. Denn schon die Definition gegensätzlicher Interessen – auch nur zum Zweck ihrer Versöhnung – ist für Identifikationsideologie unerträglich. Das geht bis zur Zahlung von Spitzelpremien und Schweigegeldern bzw. Abfindungen zur Vertuschung von Konflikten

Wie fragil und spannungsgeladen solche Pseudo-Gemeinschaften auch in Deutschland sind, zeigte die Reaktion von Beschäftigten einer Burger-King-Filiale in Südhessen:

»Mit rabiatischen Mitteln haben sich mehrere Beschäftigte von Burger-King am Mittwochabend gegen ihren Arbeitgeber gewandt. Gegen 18.30 Uhr kamen sie in das Lokal am Liebfrauenberg und schlugen mit Eisenstangen auf das Mobiliar sowie die Kassen ein. Danach flüchteten sie mit dem Auto.

Der Betriebsleiter identifizierte gegenüber der Polizei vier der sechs Täter als Angestellte des Fast-Food-Lokals. Er nannte auch den Grund für die Randalie. Die Angreifer hatten Solidarität mit einem entlassenen Kollegen demonstrieren wollen.« (FR, 18.01.02)

*Aus Courant Alternatif / Januar 2002:*

»Wenn man mit den jungen Beschäftigten redet, spürt man das Gewicht einer Umgebung, in der kleine Jobs und niedrige Löhne keine Ausnahme mehr sind, sondern Normalität. Für sie ist es »normal«, schlecht bezahlt zu werden, und die Einstellung bei einigen McDos, besonders bei den Franchise-Betrieben, läuft über Beziehungen der Familie oder der Nachbarn: einige Chefs wohnen in derselben Hochhaussiedlung oder sind dort aufgewachsen wie das Personal. Die Rekrutierung läuft über die Eltern, denen McDo den Himmel auf Erden verspricht für ihre Kinder, auf jeden Fall Arbeit und die Garantie, daß sie nicht im Viertel rumhängen. Bei McDo anzufangen sehen manche als Glück und als empfangene Gabe.

Für die Mehrzahl der jungen Leute ist dies ein weicher Eintritt in die Arbeitswelt. Denn McDo gehört zu ihrer Kultur, sie stopfen sich von Kindheit an Hamburger rein, und für die Heranwachsenden ist McDo der bevorzugte Ort, wenn sie ausgehen. Das Verhältnis ist sehr widersprüchlich. Die Streikenden sagten uns, daß sie sich vor dem Streik und dem Bewußtseinsprung, den er bewirkt hat, recht wohl gefühlt hätten bei McDo: sie fühlten sich dort zuhause, in ihrer Welt, und sie hatten dort weniger Probleme mit Rassismus als anderswo: Kinder der Hochhaussiedlungen und Immigration, hier treffen sie sich, teilen dieselben kulturellen Bezüge und Codes (Religion, Verhältnis zur Familie, Musik, soziale Umgebung), hier gehören sie dazu: sie sind weniger stigmatisiert als anderswo.«

In der Zeitschrift *Tsunami* vom Sommer 2001 der *Coordination des Travailleurs Précaires* stand folgende Chronologie von Kämpfen in Fast Food Läden:

- \* Oktober 2000, Pizza Hut in Levallois, Ordener, Puteaux, Provence und Rougement: Streik für bessere Arbeitsbedingungen, Gefahrenzulage, Schutzkleidung, mehr Lohn.
- \* Dezember 2000: Streik bei McDonald's Saint-Germain. Besetzung des Ladens durch die Beschäftigten, die dort eine Weihnachtsfeier abhalten.
- \* Januar 2001: Pizza Hut Opéra: 32 Tage Streik. Sie setzen eine Lohnerhöhung durch, sowie die Bezahlung der Hälfte der Streiktage und eine Prämie für die Wiederaufnahme der Arbeit.
- \* 24.2.2001: Demonstration und Blockaden vor mehreren McDo und Quick Läden.
- \* 28.4.2001: Beschäftigte von McDo, Quick, Pizza Hut und Euro Disney organisieren ein Straßenfest auf der Place de la République.
- \* Gleichzeitig 16 Tage Streik in Rouen, nach dem Tod eines Pizzafahrers.
- \* 1. Mai 2001: fast eine Woche lang Demonstration vor Pizza Hut in Saint-Lazare.

Soweit die Chronologie. Am 24. Oktober letzten Jahres begann dann der Streik bei McDo Boulevard Saint Denis, der bis heute andauert.

Kontakte:

<http://listes.samizdat.net/wws/info/hambur-greve-infos>

Streikende bei McDo Boulevard Strasbourg / Saint-Denis:

Tel: Raja: 06 19 51 84 26, Aristide: 06 89 12 83 28

**»Wir sind keine Hack-Steaks«**

# Kämpfe von MigrantInnen und die Schwäche der antirassistischen Bewegung

Am 19. Januar 2002 demonstrierten in Rom 200 000 Menschen gegen die Verschärfung der italienischen Einwanderungspolitik, in Bologna wurden am 25. Januar Teile eines Abschiebeknastes »demontiert«. In Bern wurde am 29. Januar ein *Sans Papier* aus dem Sicherheitsgefängnis befreit, in dem er während des Besuchs einer Parlamentsdebatte gelandet war. In Bremen konnte am 8. Januar eine Abschiebung verhindert werden.

In Australien demonstrierten am 2. Februar mehrere tausend Menschen gegen die brutale »Einwanderungspolitik« der australischen Regierung in den letzten Monaten. Der »Skandal« um den finnischen Tanker *Tampere* hatte die meist afghanischen und kurdischen Flüchtlinge in die Medien und die öffentliche Diskussion gebracht. Sie sind seit Monaten mit die größte Gruppe von MigrantInnen, die eine Perspektive jenseits der Kriegsfronten in ihren Herkunftsländern suchen. Tausende aus Afghanistan, dem Irak und aus Kurdistan versuchen immer wieder, von Frankreich aus durch den Eisenbahntunnel nach England zu gelangen (kurioserweise wird das direkt am Eingang des Tunnels liegende Lager nicht geschlossen, weil die europäischen Regierungen sich nicht einig sind, was mit den Leuten passieren soll, und weil sie deren Reise bis Frankreich offensichtlich auch nicht verhindern können).

In Tel Aviv hatten im April 2001 chinesische Bauarbeiter mit einem einwöchigen Streik die Auszahlung ihres Lohnes erzwungen. Vor dem Hintergrund der jetzigen Wirtschaftskrise hat das israelische Innenministerium die Abschiebung von monatlich 1000 »Illegalen« verkündet – gleichzeitig fordern die Bauern massiv billige Landarbeiter an. Aus Malaysia werden viele indonesische »Illegale« abgeschoben, nachdem diese in den letzten Wochen gegen ihre Bedingungen in den Fabriken, z.B. gegen Drogentests, revoltiert hatten. Die Abschiebungen richten sich auch direkt gegen die Aktivitäten der MigrantInnen. Man hat Angst vor der Ausbreitung solcher Kämpfe, d.h. Angst vor dem Klassenkampf.

1.) Diese Aufzählung an Mobilisierungen von MigrantInnen ließe sich mit Beispielen aus der ganzen Welt verlängern. Nur selten tauchen sie in den großen Nachrichten auf, wie z.B. der Hungerstreik im australischen Lager Woomera;

und wenn, dann wird vor allem die Verzweiflung der Menschen in den Vordergrund gerückt. Geographisch weit voneinander entfernt, haben diese vielen kleinen Kämpfe scheinbar nichts miteinander zu tun, und es gibt auch wenig bis keine Kommunikation zwischen den verschiedenen Orten. Unmittelbar geht es dabei um die Legalisierung des Aufenthalts. Allgemeiner um die Bedingungen von Arbeit und Leben, die täglich in den Fabriken, auf den Straßen und in den Wohnvierteln neu ausgefochten werden.

2.) In dem Artikel »Spanien: Regularisierung, Verschärfung des Ausländergesetzes und Widerstand der MigrantInnen« (Zirkular 59/60) wurde die für Spanien relativ neue Entwicklung vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland analysiert: vor allem auf dem Bau und in der Landwirtschaft werden Arbeitskräfte benötigt, gleichzeitig hat der spanische Staat mit einem neuen Gesetz die Einwanderung erschwert. Mit Besetzungsaktionen in den Städten und Streiks, die die Ernte in Gefahr brachten, konnten die MigrantInnen dem spanischen Staat Zugeständnisse abringen. (siehe Zirkular 59/60: »El Ejido – ein Jahr danach«).

3.) Die spanische Entwicklung ist ein Beispiel für einen weltweit stattfindenden Prozeß: Das Kapital braucht Zuwanderung, um die Arbeitsbedingungen weiter aufmischen zu können. Diesem (Kapital-)Interesse entsprechend soll der Staat das Angebot billiger Arbeitskraft garantieren und gleichzeitig für die Aufrechterhaltung des »sozialen Friedens« sorgen. Er kann dabei aber nur versuchen, nachträglich das zu regulieren, was sowieso passiert: die internationale Migration.

4.) Die Modernisierung der Einwanderungspolitik und die Reform der wohlfahrtsstaatlichen Systeme, wie sie seit Jahren europaweit diskutiert werden, sind zwei parallele Prozesse, die ein gemeinsames Ziel verfolgen: die Steigerung der Arbeitsmenge, die das Kapital der Arbeiterklasse abzapfen vermag. Bei der Einwanderungsdebatte in der BRD geht es um die Art und Weise, wie die Mobilisierung von ArbeiterInnen aus dem Ausland kontrolliert und reguliert werden soll<sup>1</sup>.

5.) Die auf den ersten Blick paradox erscheinende Gleichzeitigkeit von Abschiebungen und Zuwanderungsdiskussion ist weltweit ein Moment von Krisenregulierung: Die Abschiebungen bereiten die Einwanderung vor. So werden die MigrantInnen eingeschüchtert und die Zusammensetzung der Migration beeinflusst. Sowohl den MigrantInnen wie der hiesigen Bevölkerung soll deutlich gemacht werden, daß der Staat die Situation im Griff hat.

---

<sup>1</sup> Zum Zusammenhang von Einwanderungspolitik und Umstrukturierung des Sozialstaats, bzw. der Arbeitsbedingungen der »einheimischen« ArbeiterInnen siehe ausführlich in: Zirkular 59/60.

6.) Gleichzeitig sollen die »verkrusteten Arbeitsbeziehungen« aufgebrochen werden (die EU-Kommission spricht ausdrücklich von den zu teuren sozialen Sicherungssystemen der BRD). Auch die alteingesessene, einheimische Arbeitskraft soll billiger und ihr Einkauf risikoloser werden – darum geht es, wenn die Süßmuth-Einwanderungs-Kommission die mangelnde Förderung »nichtintegrierter InländerInnen« (also beschäftigungsloser oder zu teurer ArbeiterInnen) beklagt; und genau deshalb werden jetzt das Kombilohnmodell, das neue job-aktiv-Gesetz (gegen die »zu hohen Ansprüche« der Arbeitslosen) und die aktuelle Kampagne gegen die Ineffektivität der Arbeitsämter aufgefahren.

7.) Der folgende Artikel wurde wieder von C. aus Barcelona verfaßt. Er stellt vor dem Hintergrund der bisherigen »spanischen Erfahrungen« die Frage nach der Perspektive: für die MigrantInnen und für »uns«, die wir uns nicht an einer Regulierung beteiligen wollen, sondern nach Punkten suchen, an denen wir gemeinsam Teil einer Bewegung sein können, die diese Gesellschaft umwälzt. Am Beispiel der Platzbesetzungen von Migranten im August 2001 in Barcelona werden die Grenzen der antirassistischen Gruppen und Aktivitäten aufgezeigt:

\* Die sogenannte Zivilgesellschaft glänzte bei den Mobilisierungen durch Abwesenheit, und wenn sie etwas unternahm, dann um die Bewegung zu kanalisieren und eine Ausweitung zu verhindern.

\* Die Migration taucht als unausweichliches Problem auf, das die Möglichkeiten von Politik und Vermittlung übersteigt – nicht nur die der institutionellen Politik, sondern auch die der alternativen. Die alten Instrumente von Sozialkontrolle und Politik passen nicht mehr zum Stand der kapitalistischen Entwicklung und sind untauglich gegenüber deren Folgen, der weit verbreiteten Migration.

\* Daß Institutionen und NGOs die Migration politisch benutzen, zeigt nicht nur, daß sie korrupt und verkommen sind, sondern auch, daß ihre Funktion im kapitalistischen System historisch an eine Grenze gestoßen ist.

\* Von rechts über links bis humanitär herrscht Einigkeit darüber, daß die Migration reguliert werden muß. In diesem Konzept sind aber Fremdenfeindlichkeit und Rassismus unausgesprochen und zwangsläufig enthalten.

\* Wirkliche Solidarität kann es nur unter Gleichen geben. Aufgrund des noch geringen Ausmaßes der Einwanderung und der unterschiedlichen materiellen und rechtlichen Bedingungen zwischen Einheimischen und Eingewanderten endet der Versuch zur Solidarität bislang in Caritas und Sozialarbeit; Sozialarbeitertum ersetzt Selbstkritik.

\* An die Stelle des erklärten Sozialpakts zwischen Kapital und Arbeit ist ein diffuser Pakt zwischen »Bürgern« und Staat getreten. Die Migration stellt die soziale Ordnung in den reichen Ländern in Frage – und wir müssen uns als StaatsbürgerInnen in Frage stellen und den Staatsbürgerpakt aufkündigen.

Was mit »den Staatsbürgerpakt brechen« gemeint ist, bleibt im Artikel etwas

unklar. Auf unsere Nachfrage beim Autor kam folgende Antwort:

»Mit Bruch des Staatsbürgerpakts meine ich eine Praxis, das bürgerliche Projekt des Staats abzulehnen, das sich in Barcelona in einem Diskurs und einer Praxis von 'Bürgermobilisierung' von seiten der Stadt äußert, z.B. mit Aufrufen zu Fahrraddemos, Förderung von ehrenamtlicher Arbeit, oder mit Solidaritäts-, Toleranz- und Multikultifesten. Es wird eine Art Ideologie des (guten) Bürgers gefördert als Identitätskategorie, die über dem Klassenkonflikt oder Geschlechterkonflikt steht und diese verdeckt. Auf allgemeinerer Ebene entspricht das der alten Idee des Nationalismus und dem Gefühl, zu einer bestimmten Gemeinschaft zu gehören, von der aus wir die anderen (die ImmigrantInnen) von der Staatsbürgerschaft ausschließen. Praktisch kann der Staatsbürgerpakt gebrochen oder wenigstens angeknackst werden, wenn die Spielregeln bei Auseinandersetzungen nicht eingehalten werden: mit Besetzungen, Lahmlegen des Verkehrs durch unangemeldete Demos, der ausdrücklichen Ablehnung der ideologischen Kruste von Identität und durch die Abneigung gegen eine Gemeinschaft, die behauptet, die unsere zu sein. Ich denke, daß dieses selbstkritische Nachdenken über uns als Staatsbürger wichtig ist, wenn es um die restriktive Vergabe der Staatsbürgerrechte geht.«

Und hier folgt nun endlich der Artikel:

## **Ein drückend-heißer August in Barcelona: zur Repression gegen die MigrantInnen**

Wer schon einmal im August in Barcelona war, kennt die drückend schwüle Hitze, aber dieses Jahr kam zur jahreszeitbedingten Hitze noch der Druck der Polizei auf die Illegalen hinzu. Am 6. August 2001 nahm die Polizei die Räumung von ca. 200 Schwarzafrikanern (ausschließlich junge Männer aus Nigeria, Sierra Leone usw.) in Angriff, die sich seit mehreren Monaten an einer Ecke der Plaza Cataluña (zentraler Platz von Barcelona) eingerichtet hatten. Dort überlebten sie mit Hilfe von ein paar Einzelpersonen und humanitären Organisationen, inmitten der allgemeinen Gleichgültigkeit von Touristen und Passanten. Sie gaben die Hoffnung nicht auf, ihre Situation geregelt zu kriegen, die verdammten Papiere zu bekommen und Arbeit zu finden. Im vorigen Jahr zur selben Zeit hatte es eine ähnliche Situation gegeben, die schließlich dadurch gelöst wurde, daß die MigrantInnen (ebenfalls Schwarzafrikaner) für die Obsternte in Lleida angeheuert wurden. Aber diesmal sollte es anders kommen.

Die Räumung der Plaza Cataluña im August muß als gewaltsame Umsetzung des aktuellen Ausländergesetzes verstanden werden. Die massenhafte Mobilisierung der MigrantInnen im Januar und Februar hatte das Innenministerium dazu

gezwungen, das gerade verabschiedete Gesetz 'weicher' umzusetzen, die Anträge von etwa 30 000 MigrantInnen noch einmal zu prüfen, und die Frist zur Regularisierung<sup>2</sup> zu verlängern. Jetzt mußte der Staat Macht demonstrieren gegen den Druck der Migranten auf der Plaza Cataluña. Die verschiedenen Verwaltungsbehörden (Zentralregierung, Regionalregierung und Kommune) versuchten mit einer ebenso dummen wie üblen Polemik, sich das heiße Eisen gegenseitig zuzuschieben. Niemand wollte die Verantwortung für die Situation übernehmen. Schließlich hat die städtische Polizei am 6. August die Migranten von dem Platz vertrieben, aber ohne sie festzunehmen. So begann ihre Wanderung über verschiedene Plätze Barcelonas, während die offiziellen politischen Vertreter versuchten, das Problem loszuwerden, ohne irgendeine Lösung für die immer dramatischere Situation anzubieten. Kurz darauf schlossen sich hundert Maghrebiner an. Da ein kommunales Gesetz verbietet, sich längere Zeit an einem Ort in der Stadt aufzuhalten, sahen sich 400 Männer gezwungen, von Platz zu Platz zu ziehen, während sie versuchten, mit der Verwaltung über eine menschenwürdige Lösung zu verhandeln.

Es ist Zeit für eine erste Einschätzung, warum die Migranten so wenig Resonanz fanden, als sie eine tatsächliche Solidarität von seiten der sogenannten Zivilgesellschaft haben wollten. Abgesehen von der CGT, der EUIA<sup>3</sup> und einigen humanitären Vereinen, die ein Unterstützerbündnis gründeten, hat keine Organisation aktiv an der Mobilisierung teilgenommen. Und als die sogenannten Mehrheitsgewerkschaften (UGT, CCOO), SOS Rassismus u.a. doch aktiv wurden und die Papierlosen, die am 16. August mit Gewalt vom André-Malraux-Platz geräumt wurden, in ihren Räumen aufnahmen, taten sie das, um Bedingungen auszuhandeln, die die Migranten der Willkür der Verwaltung preisgaben.

Während noch ein vorläufiger Kompromiß erreichbar schien (Aufnahme in Zentren des Roten Kreuzes mit der Garantie, die Daten nicht an die Polizei weiterzugeben), überfiel ein großes Polizeiaufgebot am 16. August die etwas mehr als hundert Migranten, die sich zu diesem Zeitpunkt auf dem André-Malraux-Platz befanden. Sie wurden festgenommen und zwecks späterer Abschiebung in das Internierungslager Verneda gebracht. Wegen der demütigenden Behandlung der Festgenommenen wurden Anzeigen erstattet, aber sofort danach begannen schon die Abschiebungen.

---

<sup>2</sup> Wie schon einige Male vorher führte die spanische Regierung 2000 eine sogenannte Regularisierung durch: papierlose MigrantInnen konnten, sofern sie bestimmte Kriterien erfüllten, einen Antrag auf Legalisierung stellen. (Anm.d.Ü.)

<sup>3</sup> CGT: anarchosyndikalistische Gewerkschaft, Abspaltung von der CNT, EUIA: Esquerra Unida i Alternativa, katalanische Organisation der Izquierda Unida; UGT: der sozialistischen PSOE nahestehende Gewerkschaft; CCOO: der kommunistischen PCE nahestehende Gewerkschaft. (Anm.d.Ü.)

Inzwischen hatte die Polizei versucht, durch Befragungen die Identität von Papierlosen zu ermitteln, die wegen ihrer Herkunft aus einem Land mit Bürgerkrieg (Sierra Leone) den Status von politischen Flüchtlingen beanspruchten. Ihr Dialekt wurde mit dem der Region, aus der sie ihren Angaben nach stammten, verglichen. Und noch schlimmer: in jenen Tagen wurde bekannt, daß die spanische Regierung mit der nigerianischen ein Abkommen geschlossen hatte, daß Nigeria die abgeschobenen Migranten aufnehmen würde. Wer auch nur eine vage Vorstellung vom Charakter der nigerianischen Regierung hat, kann sich ausmalen, welche Folgen diese niederträchtige Transaktion, die als diplomatisches Abkommen daherkommt, für das Leben der Abgeschobenen haben kann.

Einige, denen es gelungen war, der Razzia zu entkommen, fanden Zuflucht in den Räumen der Unterstützerorganisationen. Der Kompromiß, der vorher mit der Regionalregierung und der Stadt über die Unterbringung bei der Caritas und beim Roten Kreuz ausgehandelt worden war, erwies sich als Täuschungsmanöver. Am 28. August wurden 19 der festgenommenen Migranten abgeschoben. Die Verbliebenen sind jederzeit von Abschiebung bedroht, denn das Ausländergesetz sieht ein Eilverfahren zur beschleunigten Abschiebung der Papierlosen vor. Die Übrigen zogen in der ersten Septemberwoche weiter über die Straßen.

Während der Konflikt im Gange und die Migranten auf den Plätzen waren, folgten kaum zweihundert Leute den Aufrufen zu Demonstrationen. Selbst wenn man die Urlaubszeit als schwache Entschuldigung nimmt, bleibt es Tatsache, daß die institutionalisierten politischen Organisationen und Gewerkschaften, die von sich behaupten, die Zivilgesellschaft zu repräsentieren, wegschauten. Und als Parteien und Gewerkschaften etwas tun mußten, weil der Konflikt weiterging, riefen sie für den 19. August zu einer Demonstration mit mehreren tausend Personen auf und bildeten eine Vermittlungsinstanz, um ihr Gesicht zu wahren und um eine mögliche Ausweitung der Mobilisierung zu verhindern, wie es schon im Januar bei den Kirchenbesetzungen passiert war. So profilieren sich nun zwei Bündnisse zur Unterstützung der Migranten; das eine von den institutionalisierten Organisationen und NGOs (SOS Rassismus, CCOO, usw.) und das andere von CGT, EUIA und Einzelpersonen. Zweifellos haben beide Bündnisse die Frage der Migranten politisch benutzt und so das Absterben der Bewegung herbeigeführt. Die Kundgebung mit nur etwa 400 TeilnehmerInnen vor dem Gebäude der Zentralregierung in Barcelona am Sonntag, den 2. September, hat das gezeigt.

Auch wenn das Spiel der politischen Interessen von Parteien, Gewerkschaften und humanitären Organisationen eine Rolle bei der Entschärfung des Konflikts gespielt hat, so ist doch eines klar: angesichts der Einwanderung und der elementaren Forderung nach Papieren weiß niemand – abgesehen von Polizei und Regierung –, was zu tun ist. Die Einwanderung taucht einfach so auf, als unaus-



weichliches und wachsendes Problem, das die Möglichkeiten von Vermittlung und Politik übersteigt. Nicht nur die der institutionellen Politik, sondern auch die der angeblich alternativen. Wie soll man sonst erklären, daß die Antiglobalisierungsbewegung durch Abwesenheit glänzt und nicht in der Lage ist, auf das konkrete Problem der Migranten, das doch eine direkte und dramatische Folge der weltweiten Ausbreitung kapitalistischer Herrschaft ist, eine Antwort zu geben – und sei es auch nur eine symbolische?

Nach der Mobilisierung im Januar und dem wachsenden Migrationsdruck<sup>4</sup> brauchte die Regierung eine Geste der Einschüchterung gegenüber den Migranten, mit Hilfe von Ausländergesetz und schnellen Abschiebungen. Es war eine klare und kalkulierte Entscheidung der Regierung für eine exemplarische Abschreckung. Nur so ist zu verstehen, daß das Angebot der *Unió de Pagesos*<sup>5</sup> kein Gehör fand, die öffentlich versprach, den Migranten Arbeit zu geben, falls die Regierung ihren Aufenthalt legalisierte. Eine kalkulierte Entscheidung der Regierung, die sie zu einem Zeitpunkt (August) durchführte, an dem sie nur geringen Widerstand erwartete, und gegen Migranten, die die zentrale Plaza Cataluña dazu benutzt hatten, auf ihre Anwesenheit aufmerksam zu machen – in einer Stadt, die ihr Image als touristische und kulturelle Attraktion<sup>6</sup> verbreitet.

Im Gegensatz zu den Ereignissen im Januar, als die Regierung sich zu Zugeständnissen gezwungen sah (Aussetzung der Abschiebungen und erneute Prüfung der Anträge), wurden diesmal keine Kirchen besetzt. Außerdem verschwand diesmal die Parole vom Januar »Papiere für alle«, die die CGT und die radikalen Organisationen vertreten hatten. Dies muß man vielleicht aus der Suche nach Einheit unter den unterstützenden Organisationen heraus verstehen und aus dem Bemühen der CGT, eine moderatere Sprache zu finden, da sie an den Verhandlungstischen als dritte gewerkschaftliche Kraft anerkannt werden will. Die Einheit zwischen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und NGOs

---

<sup>4</sup> Gleichzeitig mit der Episode in Barcelona, aber ohne direkten Bezug, begannen rund hundert maghrebinische Migranten aus der Ortschaft Las Pedroñeras in der Provinz Cuenca einen viertägigen Marsch auf die Provinzhauptstadt, um die Regularisierung zu fordern, die für die Arbeitsaufnahme notwendig ist. Außerdem ging im August der Verkehr der Flüchtlingsboote zwischen Marokko und der Küste Andalusiens weiter, mit dem Ergebnis von mehreren Dutzend Toten.

<sup>5</sup> Bauernverband, hauptsächlich Klein- und Mittelbetriebe. (Anm.d.Ü.)

<sup>6</sup> Der Verkauf von Barcelona als Stadt von Kultur und Spektakel und der Tourismus haben die Eventdesigner auf die Idee gebracht, das Forum 2004 zu erfinden, bei dem Barcelona sich ein paar Tage lang in eine Art Demonstration und Zentrum der Debatte der Weltkulturen verwandeln soll: eine Art Medien-Ökumene. Die zynische Frivolität des Projekts, das in schreiendem Gegensatz zur repressiven und fremdenfeindlichen Praxis der Verwaltung steht, und die Feindseligkeiten, die es hervorrufen könnte (besonders nach den Ereignissen in Genua), haben jedoch zum Rücktritt des obersten Verantwortlichen geführt.

hat jedoch nur dazu gedient, die 'Radikalen' zu isolieren und den Konflikt von der Straße zu holen, wie wir an der geringen Beteiligung an der Kundgebung am 2. September sehen konnten.

Wie schon im Januar haben die Unterstützergruppen das Drama der Migranten politisch benutzt und die Bewegung mit Hilfe der Stellvertreterinstitutionen der sogenannten Zivilgesellschaft zum Schweigen gebracht. Wenn es damals einige positive Ergebnisse gab, dann nicht wegen der institutionellen Vermittlung, sondern wegen der Stärke der Bewegung und der realen Fähigkeit der Migranten, Druck zu machen, indem sie die Ernte in den Treibhäusern der Levante in Gefahr brachten.

So wie die Sache im August abgelaufen ist, muß man vermuten, daß verschiedene Kreise, auch die der Unterstützergruppen, ein Interesse hatten, den Konflikt zu lösen, ohne daß er sich ausweitete, damit es nicht wieder zu einer Mobilisierung wie im Januar käme. Der geringe Enthusiasmus, den die sogenannte Zivilgesellschaft und ihre Vertreter im Laufe des August an den Tag gelegt haben, weist darauf hin.

Man darf auch nicht vergessen, daß es einen breiten Konsens darüber gibt, der Immigration mit Repression zu begegnen, was sich im Konzept der Regulierung ausdrückt. Ein großer Teil der Opposition gegen das derzeitige Ausländergesetz gehorcht im Grunde den Spielregeln der Stellvertreterpolitik: von der rechten Regierung bis zur angeblich linken Opposition und den humanitären Organisationen sind sich alle einig, daß die Einwanderung reguliert werden muß.

### *Die Regulierung der Einwanderung*

Da die Migration (von Süden nach Norden) eine Folge der transnationalen Kapitalakkumulation ist, ist sie als Phänomen so unausweichlich wie das Kapital selbst. Anders ausgedrückt: Solange nicht das kapitalistische Reproduktionsmodell, also letzten Endes unsere Art zu leben, in Frage gestellt wird, bleiben die Migrationsbewegungen ein Phänomen, dem politisch nicht beizukommen ist. Das liegt daran, daß der derzeitige Konzentrationsgrad und die Geschwindigkeit des Reproduktionszyklus des Kapitals weltweit an einem Entwicklungspunkt angekommen sind, dem die politischen Formen der Vergangenheit (Staat-Nation, parlamentarische Demokratie, Bürgerrechte usw.) nicht mehr entsprechen. Der Akkumulationszyklus des Kapitals und die politische Form, die das Kapital als gesellschaftliches Verhältnis annimmt, entwickeln sich nicht gleichzeitig. Von daher hat der politische Inhalt der derzeitigen Migration die Politik überholt. Die weltweiten gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse machen die Migrationsbewegung zu einem politischen Phänomen, das die Möglichkeiten der Politik übersteigt. Die Instrumente der Sozialkontrolle, die das Kapital auf politischer Ebene hat, sind nicht geeignet, mit der allgemein verbreiteten Migration, die das Kapital in seiner historischen Entwicklung selbst hervorbringt, fertig zu werden.

Wenn die politischen und gewerkschaftlichen Institutionen und NGOs die Migrationsfrage politisch und opportunistisch benutzen, läßt sich das nicht einfach als Folge ihrer typischen Verkommenheit, Korruption und Abhängigkeit vom Staat abtun, sondern dies muß als Ausdruck der historischen Grenzen ihrer Funktion im kapitalistischen Vertretungs- und Herrschaftssystem verstanden werden. Angesichts der unaufhaltsamen Tatsache der Migration und der ökonomischen, sozialen und kulturellen Verwicklungen, die sie mit sich bringt, teilen alle staatlichen Institutionen (eingeschlossen die sogenannten NGOs, die sich aus öffentlichen Mitteln finanzieren), dieselbe verwaltungstechnische Herangehensweise: Mechanismen in Gang bringen, um die Migration zu regulieren.

Während sich die amtierende Regierung auf Recht und Gesetz berufen und zu Repression und Abschiebung der Papierlosen greifen wird, werden die Unternehmervereinigungen Anwerbebüros in den Heimatländern der Migranten eröffnen, damit sie mit Arbeitsvertrag und Rückfahrkarte kommen können. Das haben die Agrarunternehmer in Lleida schon letztes Jahr mit marokkanischen Frauen gemacht, und dieses Jahr mit kolumbianischen Arbeitern.<sup>7</sup>

Die MigrantInnen werden instrumentell als reine Arbeitskraft behandelt, ohne zu berücksichtigen, daß es sich um Menschen handelt. Das Konzept der Regulierung setzt Ausschließlichkeit (für die Einheimischen) und Ausschluß (für die MigrantInnen) voraus. Man kann noch so viele sprachliche Verrenkungen machen – im Vorschlag der Regulierung sind Fremdenfeindlichkeit und Rassismus unausgesprochen enthalten, unter der technischen Tünche der Arbeitskraftpolitik.

Hinter alledem steht letzten Endes das Recht auf Freizügigkeit und die Niederlassungsfreiheit der Menschen. Während das freie Zirkulieren von Kapital und Waren propagiert wird, erfährt die Ware Arbeitskraft paradoxerweise die schlimmsten Einschränkungen.

Wie die Scheinheiligkeit zum Wesen der bürgerlichen Moral gehört, wird im übrigen die Unstimmigkeit zum praktischen Ausdruck der Widersprüche des transnationalen Kapitals. Der Aberglaube, daß die Identität mit Staat und Nation verbunden ist, lebt weiter und macht sich in den derzeitigen politischen Wirren der Nationalstaaten die Staatsbürgerschaft als Ausschlußkategorie gegen Migranten zu eigen.

---

<sup>7</sup> Für die diesjährige Ernte haben die Agrarunternehmer aus Lerida 400 kolumbianische Arbeiter angeheuert, die nach Ablauf ihres Vertrags in ihr Land zurückkehren werden. Sie verdienen 700 ptas pro Stunde (knapp 9 Mark), wovon ihnen 25 Prozent für die Unterkunft abgezogen werden. Trotz des geringen Lohnes ist das sechsmal so viel, wie sie in ihrem Land verdienen würden. Andererseits zeigten sich von den 25 000 Arbeitslosen, denen das katalanische Arbeitsamt ein Arbeitsangebot für die Ernte geschickt hatte, nur etwa 1800 interessiert. (El Periódico de Cataluña, 22. 5. 2001).

Die Einwanderung ist tatsächlich eine direkte und dringende Mahnung für unsere Identität als BürgerInnen und für die Kategorien, die unsere wirtschaftliche, soziale, politische und symbolische Ordnung ausmachen. Wenn wir die Bedeutung dieser Feststellung in ihrer ganzen Tragweite annähmen, hätten wir eine erste Grundlage für eine wirkliche Solidarität mit den MigrantInnen. Wir müssen aber auch berücksichtigen, daß wir vor einem relativ neuen Phänomen mit noch zu geringen Ausmaßen stehen (drei Prozent der spanischen Bevölkerung sind MigrantInnen), als daß schon die Bedingungen gegeben wären für eventuell wirklich gleiche Interessen mit den prekarierten und oppositionellen Teilen der Bevölkerung in den reichen Ländern. Deshalb nimmt die Solidarität zur Zeit die Formen von Humanitarismus und Sozialarbeitertum an, weil wir mit den MigrantInnen überhaupt keine materiellen Existenzbedingungen gemeinsam haben, auf deren Grundlage wir gemeinsame Interessen entwickeln könnten. Hier liegt der Grund für die Schwierigkeit, ein gemeinsames Vorgehen zu formulieren, und auch dafür, daß bis heute das Sozialarbeitertum die Selbstkritik ersetzt. Eine wirkliche Solidarität kann es nur unter Gleichen geben; alles andere ist Caritas, Hilfe oder Beratung, was zumindest kurzfristig nicht verwerflich ist. Es reicht aber nicht, denn wir weichen damit der Auseinandersetzung mit der realen und unmittelbaren Frage aus, daß auf dem Gebiet, das unsere demokratisch gewählten Staatsvertreter verwalten, nur wir über Staatsbürgerrechte verfügen. Tatsächlich verbirgt sich hinter der sozialarbeiterischen Solidarität nicht nur die reale Ohnmacht gegenüber der Fremdenfeindlichkeit der Staaten, sondern auch die Widersprüchlichkeit unserer Haltung als BürgerInnen genau dieser Staaten.

### *Der Staatsbürgerpakt*

Die Auswirkung, die die Migration auf die Stabilität des sozialen Status Quo in den reichen Ländern hat, bringt uns an den Punkt, uns als StaatsbürgerInnen in Frage zu stellen. Der Sozialpakt in den kapitalistischen Nationalstaaten nach dem Zweiten Weltkrieg hat die Basis für eine relative Verteilung des Reichtums im kapitalistischen Block geschaffen. Damit wurden die Regierbarkeit sichergestellt und die sozialen und Klassenkonflikte abgemildert. Dies dauert bis heute in veränderter Form an – trotz der Tendenz, den Wohlfahrtsstaat abzuschaffen. Von einem formalen Sozialpakt zwischen Kapital und Arbeit in den großen Industriekomplexen, der ausgesprochener Konsens war, sind wir zu einem stillschweigenden und diffusen Pakt zwischen Bürgerschaft und Staat gelangt. Er findet seinen Ausdruck in Maßnahmen, mit denen die Verarmung der lohnabhängigen, prekarierten Bevölkerung so weit eingedämmt wird, daß sie innerhalb eines beherrschbaren Rahmens bleibt. In diesem Zusammenhang hat die Migration eine destabilisierende Wirkung auf die aktuelle bürgerliche Form des Sozialpakts. Um die

Basis für eine wirkliche Solidarität zwischen MigrantInnen und Einheimischen zu schaffen, müssen Letztere zunächst ihre bürgerliche Identität ablegen, d.h. dem bürgerlichen Sozialpakt die Grundlage entziehen.

Schlußendlich bewirkt die Migration eine Auflösung von Strukturen in doppelter Richtung. Für die MigrantInnen selbst, die durch massive Proletarisierung mit einem intensiven Prozeß der Verweltlichung konfrontiert sind, und ebenfalls für uns, weil das Dogma des demokratischen Totalitarismus des Markts zusammenbricht. Die humanistische Kapitalfraktion, die von der späten Sozialdemokratie repräsentiert wird, spricht es schon aus: ein neuer Sozialpakt muß her, der der neuen transnationalen Phase kapitalistischer Akkumulation entspricht. Zu klären wären noch die Rahmenbedingungen dieses Pakts und seine praktische Durchführbarkeit. Die Alternativen, die die Sozialdemokratie anzubieten hat, beruhen aber auf den alten Vorurteilen. Einerseits die strikt instrumentelle Betrachtungsweise der Migration als reine Arbeitskraft; und andererseits ein technisches Konzept von Kapital, als wäre das ein einfaches Gebilde, das mit den Mitteln der Finanzpolitik (Tobinsteuer) angegangen werden kann, und nicht ein gesellschaftliches Verhältnis. Wenn wir diese doppelte Falle vermeiden, könnten wir die Demagogie entkräften, daß die Migration angeblich die einheimische Bevölkerung mit Verarmung<sup>8</sup> bedroht, während sie uns doch die reale Möglichkeit aufzeigt, die kapitalistische Gesellschaftsordnung umzuwälzen. Die vollständige Anerkennung der MigrantInnen als soziale (politische) Subjekte ist die Voraussetzung für jegliches Eingreifen auf der Grundlage wirklicher Solidarität. Sie erfordert den Bruch des Staatsbürgerpakts, der in den letzten Jahren geschmiedet wurde. Und das können wir nur selber tun, indem wir etwas so Grundlegendes durchsetzen wie das universelle Recht, als freie Männer und Frauen auf der Welt zu sein, jenseits der juristischen Konvention des Staatsbürgers. Das wäre zumindest ein Anfang, die Migration nicht mehr als Problem von Soziologen und Medien zu sehen, sondern als reale Möglichkeit, in den Konflikt zwischen Kapital und proletarisiertem Menschheit einzugreifen.

*C.V., Barcelona, September 2001*

---

<sup>8</sup> Es kommt nicht selten vor, daß man in derselben Zeitung auf einer Seite Berichte über den Tod von MigrantInnen findet, die das Risiko auf sich nehmen, die Meerenge zu überqueren, oder über Repression und Abschiebung von Papierlosen, und auf der folgenden Seite Erklärungen von Unternehmerverbänden oder Wirtschaftsexperten, die über die Notwendigkeit von Einwanderung reden, um den Bevölkerungsrückgang auszugleichen. Selbstverständlich ist die Ausbeutungsrate der eingewanderten Arbeitskraft für unsere Unternehmen höchst notwendig... Wieder einmal erscheint die Migration als Gradmesser der widersprüchlichen Natur des gesellschaftlichen Reproduktionsmodells, das auf dem System der Lohnarbeit basiert.

## Zwischenruf: »Nazis/Staatsapparate«

\* Inzwischen (10.2.) sind unter den gegenüber dem Verfassungsgericht zitierten Zeugen sechs V-Männer aufgetaucht (Stand am 14.2.: 9), die meisten davon Führungskader: Landesvorsitzender der JN Layer, Landeschef der NPD in NRW Holtmann (der mit der Führungsgruppe der Nazi-Terrortruppe »Europäische Befreiungsfront« kooperierte), Vize-Chef in Thüringen Tino Brandt (Anti-Antifa und Sprecher der »revolutionären Plattform in der NPD«, der mit seinem Honorar von bis zu 100 000 Euro die rechte Szene finanzierte), NPD-Gründungsmitglied Wolfgang Frenz, NPD-Bundesvorsitzender Udo Voigt. Laut *Stern* liegt in Mecklenburg-Vorpommern »nahezu die gesamte Parteiarbeit [der NPD] in den Händen von V-Männern«. Die Situation in Thüringen ist ähnlich: nach der Enttarnung der Führungskader Dienel und Brandt sollen aktuell noch »6-7« Führungskader der thüringischen NPD von Geldern des VS leben. Der *Spiegel* geht von bundesweit über 100 V-Leuten in der NPD (6500 Parteimitglieder) aus.

\* Der NPD-Verbotsantrag wurde Anfang 2001 eingereicht. Der *Spiegel* berichtete im Herbst, es könnten V-Männer unter den Zeugen sein. Tino Brandt war im Mai 2001 aufgefliegen, Matthias Meier bereits 2000 usw.. Im Herbst 2000 hatte der VS mit einem "Geheimpapier" in die Beschlußfassung über den Verbotsantrag einzugreifen versucht: der Antrag habe keine Aussicht auf Erfolg; »aus den letzten vier bis fünf Jahren hätten die Verfassungsschutzbehörden lediglich 25 Informationen gewinnen können, aus denen eine Gewaltbereitschaft der NPD abgeleitet werden könne.« Spektakulär bei der engen Verfilzung zwischen VS und NPD! Ein Skandal wurde aber erst daraus, als die CDU/CSU Stoiber aufgestellt hatte.

\* Es ist aus Frankreich bekannt, daß Mitterand den *Front National* stützte, weil er damit die Gaullistenmehrheit bei Wahlen brechen und selbst an die Regierung kommen konnte; in den letzten Wochen kam raus, daß Chirac mit Le Pen zusammengearbeitet hat, um die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen.

\* Ob mit der V-Mann-Affäre »Schily reingelegt« werden sollte (ein SPD-ler), oder ob die SPD die Bundestagswahlen dadurch zu gewinnen versucht, daß die NPD der CDU ein paar Prozente abnimmt, das ist für uns nicht wichtig. Wir müssen nur wissen, daß solche Spiele gespielt werden, um parlamentarische Mehrheiten zu erlangen – und uns nicht zum Anhängsel solcher Kampagnen machen. Zweitens wird "der Rechtsextremismus" sehr häufig als Anlaß benutzt, um Gesetzesverschärfungen auszudrücken (z.B. Zensur im Internet), die dann für alle gelten, oder als Bande gespielt, um Gesetze gegen andere zu verschärfen (Asylrecht). Und drittens werden die "Rechtsextremisten" hin und wieder direkt

als Sturmtruppen gegen unliebsame soziale Entwicklungen im Land gebraucht (wenn Zuwanderer den Kopf zu hoch tragen, Hausbesetzer zu frech werden ...).

\* In vielen »Pogromen« hatte der deutsche Staat die Hände im Spiel

[wir hatten absolut recht mit unseren damaligen Überlegungen zu Rostock!  
siehe [www.wildcat-www.de/wildcat/60/w60rosto.htm](http://www.wildcat-www.de/wildcat/60/w60rosto.htm)]

Den Anschlag in Solingen haben Jugendliche verübt, die im Karate-Studio eines V-Manns trainiert hatten – oder soll man sagen »trainiert worden waren«?

Der als Zeuge benannte V-Mann Grube war beim Brandanschlag auf eine Pizzeria beteiligt, usw.

\* Es fällt immer wieder auf, wie geschmeidig die rechtsextreme Szene hochgefahren werden kann, wenn es politisch gebraucht wird (Verschärfung des Asylgesetzes und drohende Arbeiterkämpfe im Osten Anfang der 90er) – und wie sie wieder in die Bedeutungslosigkeit versenkt werden kann, wenn ein anderes Bild von Deutschland gemalt werden soll – Überfälle gegen »Ausländer«, »Penner« und »Schwule« oder Friedhofsschändungen gibt es seit Jahren in etwa gleich viele, aber die *politische Wirksamkeit* und die *großen Aktionen* des organisierten Rechtsradikalismus gehorchen staatlichen Bedürfnissen.

\* Eine (antifaschistische) Linke, die in die Krise gerät, wenn sich der Bundeskanzler in Rahmen einer Greencard-Kampagne als der bessere Antifaschist präsentiert, hat nicht begriffen: wer in Deutschland vom Faschismus reden will, darf vom Staat nicht schweigen.

\* Falls die Antifas sich nun von den Antideutschen neues ideologisches Rüstzeug verpassen lassen, um weiterhin »antifaschistisch« sein zu können, ohne anti-staatlich und antikapitalistisch zu sein, spielen sie letztenendes das Spiel mit, das vom Staat mithilfe der NPD aufgeführt wird.

\* Das alles heißt nicht, daß es ohne den Staat keine Fremdenfeindlichkeit und keine Gewalt gegen Schwächere geben würde. Aber die NPD würde als organisierte Struktur wahrscheinlich zusammenbrechen, wenn der Staat seine Agenten daraus abzieht. (Die PDS Thüringen höhnte, der schlimmste Schlag für die Nazis wäre es, wenn das Landesamt für Verfassungsschutz aufgelöst würde.)

\* Das alles heißt auch nicht, den Rassismus in der Arbeiterklasse in Deutschland zu unterschätzen. Anscheinend können in allen europäischen Ländern 15-20 Prozent der Menschen für rechtsradikale Propaganda gewonnen werden bzw. vertreten selber rassistisches Gedankengut. Das ist schlimm genug! Damit setzen wir uns aber nicht auseinander, indem wir mit/gegen Schily und/oder CDU oder Westerwelle zusammen das NPD-Verbot be- oder hintertreiben ... oder indem wir die Bombardierung Afghanistans oder die nochmalige Bombardierung Dresdens fordern ...

# Zur Kraft der Situationistischen Kritik und ihrer Rezeption in Deutschland

Ab den 80er Jahren galt in weiten Teilen der Linken Kritik dieser Verhältnisse als die Addition von diversen Unterdrückungsmomenten. Verschiedene »Antis« sollten erfüllt sein, wenn keines fehlt, hatte man scheinbar die Gesellschaftskritik in der Tasche. Die Mitte der neunziger Jahre auftauchende »Antiglobalisierungsbewegung« war teilweise noch von diesem Politikverständnis geprägt, teilweise versuchte sie diesen Rahmen zu überschreiten, wollte wieder das Ganze kritisieren. Auch in Teilen der zerbröckelnden Antifa-Bewegung machte sich dieses Bedürfnis breit. Der Begriff der Totalität tauchte wieder auf, und es wurde Interesse an »Antikapitalismus« bekundet. Wenn sich der Begriff jedoch nur in die Kette der anderen Antis einreihet, dann ist damit eher eine neue Identitätspolitik angezeigt, als der Versuch, sich auf eine tatsächliche Bewegung zu beziehen, die sämtliche Formen unseres Lebens umzustürzen trachtet.

Gegen eine Politik der Trennung, gegen das Aufspalten des Lebens in verschiedene Sphären war in der Nachkriegszeit die *Situationistische Internationale* entstanden. Ursprünglich in der Künstler-Szene beheimatet, emanzipierte sie sich von diesem Milieu, begriff auch die »Kunst« und den »Künstler« als ein Produkt der kapitalistischen Trennung und rezipierte Marx. Die *Situationistische Internationale* nahm bereits in den 50ern und frühen 60er Jahren einiges vorweg, was 1967 über die alte Welt hineinbrach: eine fundamentale Infragestellung der kapitalistischen Gesellschaft.

Heutzutage kramen Leute, die in Genua, Prag und Göteborg waren, wieder Texte der Situationisten hervor. Diese Texte machen die Begrenzungen der Anti-Globalisierungsbewegung deutlich: sie schafft es nicht, eine Kritik des Alltags zu formulieren, wie es die SI tat. Ihre Aktivität, Praxis und Kritik bleibt auf die wenigen Events beschränkt und droht damit ein kalkulierbares Spektakel abzugeben.

In Deutschland waren die Situationisten in der Studentenbewegung in einigen Kreisen diskutiert worden, Ende der 70er Jahre hatte die Edition Nautilus Schriften von ihnen auf Deutsch veröffentlicht. Ende der 90er Jahre werden Texte der SI in Deutschland erneut gelesen; von der AAB bis zu den Antideutschen bedient man sich des Zitatenschatzes der SI. Doch die Aufnahme erfolgt mit typischen Beschränkungen. Hervorgehoben wird ihre Kritik der Ware - ganz



in Übereinstimmung mit den Leitthesen der Neuen Deutschen Wertkritik.<sup>1</sup>

Diese Beschränkungen der SI hat Gilles Dauvé bereits 1979 kritisiert. Seine *Kritik der Situationistischen Internationale* wurde aber erst 20 Jahre später auf deutsch veröffentlicht.<sup>2</sup> Er kritisiert darin verschiedene Aspekte der Situationistischen Ideologie, die ebenso auf die Neue Deutsche Wertkritik<sup>3</sup> zutreffen:

»Die SI hatte keine Analyse des Kapitals: sie hat es verstanden, aber durch seine Auswirkungen. Sie hat die Ware kritisiert, nicht das Kapital - oder genauer gesagt, sie hat das Kapital als Ware kritisiert und nicht als Verwertungssystem, das die Produktion wie auch den Tausch beinhaltet ... Die SI sah das Kapital in der Form der Ware und ignorierte den Zyklus als Ganzes. Vom *Kapital* bewahrt Debord nur den ersten Satz, ohne ihn zu verstehen: das Kapital *erscheint* als eine Warensammlung, aber es ist mehr als das. Die SI sah die Revolution eher als eine Infragestellung der Distributionsverhältnisse (vgl. die Aufstände in Watts) als der Produktionsverhältnisse. Sie war mit der Ware vertraut, aber nicht mit dem Mehrwert.« (S. 129f.)

Die SI hielt der »toten Warenwelt« oftmals einen radikalen Subjektivismus entgegen, eine vitalistische positive Utopie, die besonders in den Schriften von Raoul Vaneigem zum Ausdruck kommt<sup>4</sup>.

»Vaneigem war die schwächste Seite der SI und enthüllt all ihre Schwächen. Die positive Utopie ist revolutionär als Forderung, als Spannung, denn sie kann innerhalb der Gesellschaft nicht verwirklicht werden. Sie wird lächerlich, wenn man versucht, sie heute zu leben ... Wie jede Moralität war Vaneigems Position unhaltbar und mußte beim Kontakt mit der Wirklichkeit zerbrechen.« (S. 126f.)

---

<sup>1</sup> Folgende Texte versuchen, sich die Situationisten im Lichte der eigenen Wertkritik anzueignen: Stephan Grigat, *Der Fetisch im Spektakel. Zur Gesellschaftskritik Guy Debords*, Dossier in: jungle world 20/01; Anselm Jappe, *Politik des Spektakels - Spektakel der Politik*, in: *krisis* 20/98. Der Artikel von Andreas Benl, *Eine Situation schaffen, die jede Umkehr unmöglich macht. Guy Debord und die Situationistische Internationale* (in: jour fixe-Initiative Berlin (Hrsg.), *Kritische Theorie und Poststrukturalismus*, Berlin 1999) ist nur noch um akademische Anschlußfähigkeit der Situationisten zu kritisch-theoretischen oder postmodernen Theorien bemüht und reißt die SI vollständig aus dem Rahmen revolutionärer Agitation heraus.

<sup>2</sup> Der Text wurde nur in English von *red eye* publiziert (<http://www.geocities.com/~johngray/barsit.htm>); auf deutsch erschien er in: Robert Orth (Hrsg.), *Das grosse Spiel. Die Situationisten zwischen Politik und Kunst*, Hamburg 1999 (<http://www.wildcat-www.de/material/m12dausi.htm>). Die Kurzfassung des Textes, die wir für dieses Zirkular übersetzt haben, erschien 2000 in *The Bad Days Will End* Nr. 3 (<http://www.geocities.com/jkellstadt/backSI.htm>).

<sup>3</sup> Siehe dazu »Zur Kritik der Neuen Deutschen Wertkritik« in diesem Zirkular.

<sup>4</sup> Raoul Vaneigem, *Handbuch der Lebenskunst für die junge Generation*, Hamburg 1972 (1967).

Teilweise wirken auch die Subversionsstrategien der SI und vor allem ihrer Nachfolger lächerlich<sup>5</sup>. Längst hat die Werbeindustrie das situationistische Motiv der Verfremdung aufgenommen, und wo die Situationisten als Subversionsstrategie noch Werbe-Girlies Marx-Zitate in den Mund legen, hat die Werbeindustrie selbst das Situationen-Schaffen, das Unvorhersehbare, die Lüste und die Revolution zu Werbezwecken entdeckt. Zeichen sind in der Tat austauschbar.

Warum solche Leute sich für die Situationisten begeistern können, hat Dauvé ebenfalls treffend beschrieben:

Die SI »stellt sich die Gesellschaft und ihren Umsturz aus dem Zusammenhang nicht-lohnabhängiger Gesellschaftsschichten vor«. Der revolutionäre Funke liege nicht mehr in der Ausbeutung, sondern im Elend der sozialen Beziehungen. Mit solcher Theorie werde die SI »zum Futter für ein Publikum von Scheusalen, die weder Arbeiter noch Intellektuelle sind, und die nichts tun ... Wenn Leute zusammenkommen, ohne irgendetwas zu tun, haben sie nichts gemeinsam außer ihrer Subjektivität... Die SI vermittelt ihnen den Eindruck, daß die wesentliche Realität in den unmittelbaren Beziehungen zwischen den Subjekten liegt, und daß die revolutionäre Aktion darin besteht, auf dieser Ebene eine Radikalität zu entwickeln, insbesondere durch die Flucht aus der Lohnarbeit« (S. 145f.).

In der deutschen Rezeption der Situationisten in den 90er Jahren ist das auf die Spitze getrieben. Kritik und Ablehnung der Arbeit verbindet sich hier mit einer Ablehnung der Arbeiterinnen und Arbeiter, die nur als »Arbeitskraftbehälter« oder vom Sozialdarwinismus geleitete »Konkurrenzsubjekte« wahrgenommen und verachtet werden.

Der Bezug der SI auf den Klassenkampf und aufs Proletariat wird entweder unterschlagen, oder als arbeiterbewegungsmarxistisch abgelehnt. Bei der SI ist der Proletariatsbegriff, der den Frühschriften von Marx entnommen wurde, gekoppelt an den Gedanken der Arbeiterselbstverwaltung und der Arbeiterräte, wie sie von der französischen Gruppe *Socialisme ou Barbarie* propagiert wurden.<sup>6</sup>

---

<sup>5</sup> Vgl.: autonome a.f.r.i.k.a. Gruppe, *Handbuch der Kommunikationsguerilla*, Berlin-Göttingen 1995.

<sup>6</sup> Ab Anfang der 50er Jahre propagierte *SoB* eine konkrete Analyse des Proletariats. Ihre Methode der Untersuchung nannte sie *témoignages* (Zeugnis, Beweis). Sie zielte darauf ab, daß die Arbeiter ihre Lage selbst erforschen sollten. Diese Form der praktischen, untersuchenden Kritik regte auch die Arbeiteruntersuchungen der italienischen Operaisten an. Bei *SoB* verblieb die Kritik jedoch in einem produktivistischen Rahmen. Den Situationisten fiel es so leicht, sich von *SoB* abzugrenzen, wobei sie aber auch das Konzept der Untersuchung verwarfen. (Ausführlich zum Untersuchungskonzept von *SoB*: Andrea Gabler, Die Despotie der Fabrik und der Vor-Schein der Freiheit, in: *Archiv für die Geschichte des Widerstands und der Arbeit*, Nr. 16, 2001.

→ [www.wildcat-www.de/material/ar16gab1.pdf](http://www.wildcat-www.de/material/ar16gab1.pdf).

Eine Kritik dessen, was selbstverwaltet werden sollte, blieb aus. Der Bezug der SI auf »Räte« war lediglich ein ideologisches Versatzstück.

»Dort, wo Kommunikation vorhanden ist, gibt es keinen Staat«. <sup>7</sup> An dieser Begeisterung für die Räte kritisiert Dauvé, daß die Situationisten die Staatsmacht unterschätzen, wenn sie meinen, man könne sie durch eine schrittweise Ausbreitung von Selbstverwaltung brechen.

Zuweilen stießen die Situationisten selber gegen ihren rätefetischistischen Bezugsrahmen:

»Die Selbstverwaltung der Warenentfremdung würde aus allen Menschen bloße Programmierer ihres eigenen Überlebens machen: Die Quadratur des Kreises. Folglich würde die Aufgabe der Arbeiterräte nicht die Selbstverwaltung der bestehenden Welt, sondern ihre ununterbrochene, qualitative Umwandlung sein: die konkrete Aufhebung der Ware (als gigantische Umlenkung der Produktion des Menschen durch sich selbst). Diese Aufhebung impliziert selbstverständlich die Abschaffung der *Arbeit* und ihre Ersetzung durch einen neuen Typ freier Tätigkeit, also die Abschaffung einer der grundsätzlichen Spaltungen der modernen Gesellschaft in eine zunehmend verdinglichte Arbeit und passiv konsumierte Freizeit.« <sup>8</sup>

Bereits zur Zeit der SI brachte der Massenarbeiter in der Großindustrie seine umfassende Ablehnung der Arbeit als solcher zum Ausdruck - im Gegensatz zur Selbstverwaltungsperspektive der Facharbeiter. Nicht der Bezug auf die Ausbeutungskategorie und das Klassenverhältnis ist der SI vorzuwerfen (wie es Vertreter der Neuen Deutschen Wertkritik zu tun pflegen<sup>9</sup>), sondern im Gegenteil ihr rein ideologischer Bezug auf die Räteidee, die ihrer idealistischen Kritik der spektakulären Gesellschaft nur beigelegt ist.

---

<sup>7</sup> *Situationistische Internationale* Nr. 8 (1963).

<sup>8</sup> Aus: *Über das Elend im Studentenmilieu* (1966).

<sup>9</sup> So will der *krisis*-Autor Anselm Jappe die Situationisten in die Neue Deutsche Wertkritik einmeinden, und dichtet ihnen die idealistische *krisis*-Position zur »Aufhebungsperspektive« an. »Debords Definition des Proletariats ist jedoch schwankend: manchmal meint sie ganz klassisch die Fabrikarbeiter, andere Male hingegen schließt sie all die ein, an denen das »Unrecht schlechthin« verübt worden ist, »an den Rand des Lebens gedrängt zu sein«, und die jede Macht über die Bestimmung ihres Lebens verloren haben«, was eher in die Richtung eines wertkritischen Begriffs der 'Antiklasse' zu gehen scheint. 'Antiklasse' steht für Jappe und *krisis* in keinerlei Verhältnis zur Produktion dieser Verhältnisse, und so schließt der *krisis*-Autor auch, es ginge hauptsächlich darum, seinen Leidenschaften zu folgen: »Ein Liebesabenteuer kann genauso dazu gehören wie der Pariser Mai, das Leben eines Banditen ebenso wie die französische Adelsrevolte der 'Fronde' im 17. Jahrhundert.« aus: Anselm Jappe, *Politik des Spektakels - Spektakel der Politik*, in: *krisis* 20/1998.

Die Warenkritik der SI und ihr Bezug auf den Klassenkampf stehen äußerlich nebeneinander. Die SI hat nämlich nirgends ausgeführt, daß die Lohnarbeit, die mehrwertkonstitutiv ist, der Verallgemeinerung der Warenform zugrunde liegt. Die Lohnarbeit als »abstrakte Arbeit« verweist aber auf das antagonistische Klassenverhältnis.

Wenn Guy Debord in seinen späten Schriften den Kapitalismus als völlig integriertes Spektakel bezeichnet und auch die Proletarier als integrierten Bestandteil desselben, so behandelt er hier das Spektakel, wie andere heutzutage den Wert. Der späte Debord wird so auch in der deutschen Rezeption gegen die Schriften ausgespielt, in denen sich die SI positiv auf Arbeiterkämpfe bezog.

»Erst später, in den neunziger Jahren, erkannte er, auch wenn er sich von der Vorstellung vom Proletariat als Vollender der Emanzipation nicht gänzlich verabschiedete, daß die Klassenherrschaft, wie er in der Vorrede zur dritten französischen Ausgabe der *Gesellschaft des Spektakels* formulierte, »mit einer Versöhnung geendet hat«, daß das Proletariat, statt die Feindschaft zu Staat und Kapital zu entwickeln, auf die volle Integration in das fetischistische Warenspektakel gesetzt hat, und daß die falsche Totalität der Gesellschaft nunmehr ohne Negation, ohne Einspruch existiert.«<sup>10</sup>

Was hier als Debords Lernprozeß verkauft wird, war jedoch schon angelegt in seinen früheren Schriften und der Warenkritik der SI, die nie den Widerspruch von Stoff und Form, die im fixen Kapital besteht und in der kapitalistischen Kooperation sich ausdrückt, aufnehmen wollte.

Die »falsche Totalität«, die als widerspruchloses Ganzes behauptet wird, ist dem Denken der Frankfurter Schule entliehen. Die Kritische Theorie, der sich fast alle linken Publizisten, die sich neuerdings mit der SI befassen, verpflichtet sehen, behauptete eine blind herrschende, negative Totalität. Nichts könne in dieser verdinglichten Gesellschaft überleben, was nicht seinerseits verdinglicht wäre. Damit wird der Totalitätsgedanke ohne den Praxis-Begriff und ohne den Widerspruchs-Begriff, der für Marx Grundlage der kapitalistischen Totalität ist, gedacht und zu einem geschlossenen System verdinglicht. Das Prozeßhafte und Widersprüchliche in der Gesellschaft wird kassiert. Die Oberfläche – bei der Kritischen Theorie die Kulturindustrie, bei Debord »das Spektakel« – beherrscht in diesen Vorstellungen die Gesellschaft total, der fundamentale Widerspruch, der in der Ausbeutung der lebendigen Arbeit liegt, erscheint als pazifiziert.

H., Freiburg

---

<sup>10</sup> Stefan Grigat, a.a.O. S. 18.

# Um noch einmal auf die Situationistische Internationale zurückzukommen ...

von Gilles Dauvé, Juni 2000<sup>1</sup>

Im Jahr 2000 ist »die Gesellschaft des Spektakels« zu einem schicken Schlagwort geworden. Nicht ganz so berühmt wie »Klassenkampf«, aber gesellschaftlich akzeptabler. Überdies wird die SI nun durch ihre Hauptfigur, Guy Debord, verdeckt, der gegenwärtig als der letzte romantische Revolutionär dargestellt wird. In Berlin wie in Athen muß man sich jenseits der situationistischen Mode begeben, um den Beitrag der SI zur Revolution beurteilen zu können. In gleicher Weise, wie man den marxistischen Schleier herunterreißen muß, um zu verstehen, was Marx eigentlich gesagt hat - und was er immer noch für uns bedeutet.

Die SI zeigte auf, daß es keine Revolution ohne sofortige generelle Vergemeinschaftung des gesamten Lebens gibt, und daß diese Transformation eine der Bedingungen für die Zerstörung der Staatsgewalt ist. Revolution bedeutet, allen Trennungen ein Ende zu setzen und zu allererst der Trennung, die alle anderen reproduziert: der Arbeit als dem Abgeschnittensein vom Rest des Lebens. Abschaffung der Lohnarbeit impliziert die Aufhebung der Warenbeziehungen in der Art, wie wir essen, schlafen, lernen und vergessen, uns von Ort zu Ort bewegen, unser Schlafzimmer beleuchten, uns auf die Eiche unten an der Straße beziehen usw..

Sind dies Banalitäten? Schon, aber das waren sie nicht immer und sind es noch nicht für jeden.

Wir brauchen nur die *Grundlagen der kommunistischen Produktion und Distribution* zu lesen, die 1935 von der Deutsch-holländischen Linken verfaßt wurden, um zu verstehen, was für ein großer Schritt nach vorne das war. Bordiga und seine Nachfolger betrachteten den Kommunismus immer als ein **Programm**, welches **nach** der Machtübernahme in die Praxis umgesetzt werden würde. Erinnern wir uns mal daran, was 1960 besprochen wurde, wenn Radikale über Arbeitermacht debattierten und soziale Veränderungen als einen essentiell politischen Prozeß definierten.

---

<sup>1</sup> aus: The Bad Days will End Nr. 3, [www.geocities.com/jkellstadt/backSI.htm](http://www.geocities.com/jkellstadt/backSI.htm)

Revolution ist Vergemeinschaftung. Dies ist gleichermaßen wichtig wie beispielsweise die Ablehnung der Gewerkschaften 1918. Wir sagen nicht, daß sich revolutionäre Theorie alle 30 Jahre verändern sollte, sondern daß eine ansehnliche proletarische Minderheit die Gewerkschaften nach 1914 ablehnte, und eine andere aktive Minderheit in den 60ern und 70ern auf eine Kritik des Alltagslebens zielte. Die SI überwand die Grenzen von Ökonomie, Produktion, Arbeitsplatz und Arbeiterismus, zu einer Zeit, als die Proleten von Watts bis Turin<sup>2</sup> das Arbeitssystem und ihr Leben außerhalb der Arbeit in Frage stellten. Aber diese beiden Bereiche wurden selten von denselben Gruppen attackiert. Schwarze erhoben sich gegen die Kommerzialisierung des Lebens im Ghetto, während Schwarze und Weiße dagegen rebellierten, daß sie auf ein Rädchen in der Maschine reduziert werden. Nur kamen beide Bewegungen nicht zusammen. In den Produktionsstätten verweigerten die Arbeiter einerseits die Arbeit, andererseits forderten sie höhere Löhne: die Lohnarbeit als solche wurde dadurch nie beseitigt. Es gab jedoch in Italien zum Beispiel Versuche, das System als ganzes in Frage zu stellen, und die SI war einer der Wege, in dem diese Bemühungen ihren Ausdruck fanden.

Genau hier klären uns die Situationisten noch immer auf. Aber auch genau hier sind sie zu kritisieren.

Die Grenze der SI liegt gerade innerhalb ihres stärksten Punktes: einer Kritik der Ware, die grundlegend sein will, aber die Grundlagen nicht erreicht.

Die SI lehnte die Räte-Linke ab und umarmte sie gleichzeitig. Ebenso wie *Socialisme ou Barbarie* betrachtete sie das Kapital als eine Art Verwaltung, welche den Proletariern jegliche Kontrolle über ihr Leben entzieht, und kam zu dem Schluß, es sei notwendig, einen gesellschaftlichen Mechanismus zu finden, der es jedem ermöglichen würde, an der Verwaltung seines Lebens teilzuhaben. Die Theorie des »bürokratischen Kapitalismus« von *Socialisme ou Barbarie* legte mehr Gewicht auf die Bürokratie als auf das Kapital. Ebenso wie die Theorie der »Gesellschaft des Spektakels« der SI das Spektakel für wichtiger hielt für den Kapitalismus als das Kapital selbst. In Debords letzten Schriften wird der Kapitalismus neu definiert als völlig integriertes Spektakel, aber dieses Mißverständnis bestand schon, seit *Die Gesellschaft des Spektakels* 1967 den Teil mit dem Ganzen verwechselte.

Das Spektakel ist nicht seine eigene Ursache. Es wurzelt in den Produktionsverhältnissen und kann nur verstanden werden, wenn man das Kapital versteht, und nicht umgekehrt. Es ist die Teilung der Arbeit, welche den Arbeiter zum Zuschauer seiner Arbeit, seines Produktes und letztlich seines Lebens

---

<sup>2</sup> Watts, Schwarzenghetto in Los Angeles: mehrtägige Revolte im Sommer 1965. Turin: militante Kämpfe von FIAT-Arbeitern (Anm.d.Ü.).

verwandelt. Das Spektakel ist unsere Existenz, die zu Bildern verfremdet ist, welche sich von ihr ernähren, das verselbständigte Ergebnis unserer gesellschaftlichen Tätigkeiten. Es beginnt bei uns und trennt sich von uns über die universelle Repräsentation der Waren. Es wird zur Entäußerung unseres Lebens, weil unser Leben ständig seine Entäußerung reproduziert.

Die Betonung des Spektakels führte zu einem Kampf für eine nicht-spektakelhafte Gesellschaft: Im situationistischen Denken funktioniert die Arbeiterdemokratie als Gegenmittel zur Kontemplation, als die bestmögliche Form, Situationen zu schaffen. Die SI war auf der Suche nach einer authentischen Demokratie, einer Struktur, in der die Proleten nicht länger Zuschauer sein würden. Sie suchten nach einem Mittel (Demokratie), einem Ort (dem Rat) und einer Art zu leben (generalisierte Selbstverwaltung), die die Leute befähigen sollte, die Fesseln der Passivität zu sprengen.

Es gibt keinen Widerspruch zwischen der Debord- und der Vaneigem-Variante der SI. Rätegedanken und radikale Subjektivität betonen beide die Selbsttätigkeit, ob sie nun von einem Arbeiterkollektiv oder von einem Individuum kommt.

»Ich denke, alle meine Freunde und ich wären völlig zufrieden damit, anonym im Ministerium des Vergnügens zu arbeiten, für eine Regierung, die schließlich und endlich für die Veränderung des Lebens sorgen würde (...)« (Debord, Potlatch, Nr. 29, 1957).

Anfangs glaubten die Situationisten, es wäre möglich, aufs Geratewohl mit neuen Lebensweisen zu experimentieren. Doch bald wurde ihnen klar, daß solche Experimente eine vollständige kollektive Wiederaneignung der Lebensbedingungen erforderten. Sie begannen mit einem Angriff auf das Spektakel als Passivität und kamen zu der Aussage des Kommunismus als Aktivität. Dies ist ein grundsätzlicher Punkt, hinter den wir nicht zurückgehen können. Aber den ganzen Prozeß dieser (Neu)entdeckung hindurch war es ein Fehler, anzunehmen, er müsse auch für das Leben taugen, was logischerweise zur Suche nach einem völlig anderen Ziel führte.

Dieses Streben nach einem anderen Gebrauch des eigenen Lebens trieb die Kritik der SI am Aktivismus<sup>3</sup> an und lähmte sie gleichermaßen. Es war notwendig, die politische Aktion als getrennte Aktivität zu entlarven, in der das Indi-

---

<sup>3</sup> (Engl. *militantism*, Anm.d.Ü.) *Militant* hat im Englischen und Französischen verschiedene Bedeutungen. Ursprung ist das Wort *military* (militärisch), und in beiden Sprachen enthält es die Vorstellung, für eine Sache zu kämpfen. Im Englischen bedeutet es *combative* (kämpferisch), *'aggressively active'* (Webster's 1993). Im Französischen war der Begriff positiv besetzt (*militants* als Parteisoldaten der Arbeiterbewegung), bis die SI ihn mit Selbstaufopferung und negativer Ergebenheit gegenüber einer Sache assoziierte: in diesem Sinne benutzen wir den Begriff.

duum für eine Sache kämpft, die von seinem eigenen Leben abstrahiert, seine Wünsche unterdrückt und es selbst für ein Ziel opfert, das seinen Gefühlen und Bedürfnissen fremd ist. Wir alle haben Beispiele der Hingabe an eine Gruppe und/oder eine Weltvision erlebt, was dazu führt, daß die Person unaufmerksam für aktuelle Ereignisse wird und unfähig, subversive Handlungen auszuüben, wenn sie möglich sind.

Doch nur das Zusammenspiel wirklicher Beziehungen kann die Entwicklung persönlicher Schwäche und entfremdeter Selbstverleugnung verhindern. Im Gegensatz dazu rief die SI zu einer überall und 24 Stunden am Tag geltenden Radikalität und Beständigkeit auf, indem sie militante Moral durch radikale Moral ersetzte, was einfach nicht machbar ist. Der Eigenanteil der SI an ihrem Ende nach '68 ist sehr betäublich zu lesen: Warum war kaum ein Mitglied dieser Situation gewachsen? War Guy Debord der einzige? Vielleicht war es Debords Hauptfehler, so zu tun (und zu schreiben), als könnte er nie Fehler machen.

Es war subversiv gewesen, sich über die falsche Bescheidenheit von Militanten lustig zu machen, indem man sich selbst als Internationale bezeichnete und das Spektakel gegen sich selbst kehrte, wie im Straßburger Skandal 1967<sup>4</sup>. Aber dieses Geschoß schlug zurück, als Situationisten versuchten, Techniken aus der Werbung gegen das Werbesystem zu verwenden. Ihr »Beendet die Show!« entartete, indem sie aus sich selbst eine Show machten und schließlich von der Bühne abtraten. Es war kein Versehen, daß es die Situationisten genossen, Macchiavelli und Clausewitz zu zitieren. In der Tat glaubten Situationisten, eine gewisse Strategie würde es einer Gruppe von smarten jungen Männern ermöglichen, die Medien mit ihren eigenen Regeln zu schlagen und die öffentliche Meinung auf revolutionäre Weise zu beeinflussen, vorausgesetzt, es würde mit Einblick und Stil inszeniert. Dies allein beweist das Mißverständnis von der spektakulären Gesellschaft.

Vor und während '68 hatte die SI gewöhnlich die richtige Haltung gefunden angesichts der Realitäten, die zuerst lächerlich gemacht werden müssen, bevor wir sie revolutionieren können: Politik, Arbeitsethik, Respekt vor der Kultur, der gute Wille der Linken und so weiter. Später, als die situationistischen Aktivitäten verblaßten, blieb nicht mehr übrig als eine Attitüde, und bald nicht einmal die richtige Haltung, als sie in Selbstverwertung, Rätefetischismus und einer Faszination für die verborgenen Seiten der Weltpolitik schwelgte und falsche Analysen über Italien und Portugal ablieferte.

---

<sup>4</sup> Linksradikale pro-situationistische Aktivisten hatten Gelder der Nationalen Union der französischen Studenten für die Veröffentlichung der Broschüre *Über das Elend im Studentenumfeld* verwendet. Diese Broschüre wurde bei einer feierlichen Universitätszeremonie an die Prominenz verteilt und sorgte für einen international beachteten Skandal.



Die SI kündigte das Kommen der Revolution an. Was kam, trug viele Züge dessen, was die SI aufgezeigt hatte. Die Straßenparolen 1968 in Paris und 1977 in Bologna waren Echos auf Artikel, die kurz zuvor in einer Revue mit glänzendem Cover veröffentlicht worden waren. Trotzdem war es keine Revolution. Die SI hielt jedoch daran fest, daß es eine gewesen sei. Generalisierte Demokratie (und vor allen Dingen Arbeiterdemokratie) war ein subversiver Traum der späten 60er und frühen 70er Jahre gewesen: Anstatt dies als Begrenztheit dieser Periode zu begreifen, interpretierten es die Situationisten als eine Rechtfertigung für den Aufruf zu Räten. Sie begriffen nicht, daß autonome Selbstverwaltung von Fabrikkämpfen nur ein Mittel, niemals ein Ziel an sich, noch ein Prinzip sein kann. Autonomie faßt den Geist der Zeit zusammen: sich vom System befreien, statt es in Stücke zu schlagen.

Eine zukünftige Revolution wird weniger die Zusammenführung des Proletariats zu einem Block sein, als eine Desintegration dessen, was die Proletarier Tag für Tag als Proletarier reproduziert. Dieser Prozeß bedeutet sowohl, zusammen zu kommen und sich am Arbeitsplatz zu organisieren, aber auch den Arbeitsplatz zu verändern und davon loszukommen, als auch Arbeiter-Versammlung. Die Vergemeinschaftung wird weder San Francisco 1966<sup>5</sup> ähneln, noch frühere Fabrikbesetzungen in größerem Maßstab neu inszenieren.

Am Ende fügte die SI dem Rätegedanken die Illusion einer revolutionären »Lebenskunst« hinzu, d.h. einen revolutionären Lebensstil. Sie beehrte eine Welt, in der menschliche Aktivität zu beständigem Vergnügen führen würde, und beschrieb das Ende der Arbeit als den Beginn von Spaß und Freude ohne Grenzen. Sie kam nie weg von der progressistisch-technizistischen Sichtweise einer Automation, die zu Überfluß führen würde.

Von den ganz wenigen Gruppierungen, die einen gesellschaftlichen Beitrag zur subversiven Welle Mitte der 60er Jahre leisteten, kam die Situationistische Internationale dem Kommunismus, wie man ihn sich zu dieser Zeit vorstellte, am nächsten.

Es gab eine historisch nicht zu überwindende Unvereinbarkeit zwischen

»Nieder mit der Arbeit!«

und

»Alle Macht den Arbeitern!«

Die SI befand sich im Zentrum dieses Widerspruchs.

---

<sup>5</sup> Systemkritische Bewegung von Hippies und Yippies mit neuen Aktions- und Lebensformen (Sit-Ins, Love-Ins, Kommunen, LSD ...)

## »Neue Deutsche Wertkritik« – Marxismus in Zeiten des Neoliberalismus

In den 90er Jahren hat sich in der deutschen Linken eine Kapitalismuskritik verbreitet, die sich als »wertkritisch« bezeichnet und als die radikalste Kritik an den Verhältnissen ausgibt. Nach Seattle, Prag usw. geht es heute wieder mehr Leuten um eine radikale Kritik an der gesamten Gesellschaft. Bei der Suche nach den theoretischen Werkzeugen stoßen sie hierzulande als erstes auf diese »Wertkritik«. Sie führt aber in eine Sackgasse, weil sie selber in den Mystifizierungen der »Marktwirtschaft« oder der »Warengesellschaft« gefangen bleibt, die in den letzten zwanzig Jahren von der Ideologie des Neoliberalismus wieder erfolgreich etabliert worden sind. Wenn der Neoliberalismus den Markt und die Verwandlung von allem in Ware als Heilmittel anpreist, dann dreht die »Wertkritik« dieses Argument nur herum und meint, mit der Kritik der Ware schon den Kapitalismus erledigt zu haben – ein Schicksal, das sie mit der Warenkritik der Situationisten teilt, die in den letzten Jahren auch wieder auf neues Interesse stoßen (siehe dazu die Beiträge in diesem Heft). Vor allem aber ist die »Wertkritik« eine *praktische* Sackgasse, weil ihre theoretische Kritik bedeutungslos bleibt für das, was wir tun und wie wir leben. Sie kann sich darauf beschränken, eine radikale »Haltung« oder »Attitüde« zu sein.

»Wertkritik« wurde zunächst von einzelnen Gruppen wie »krisis« oder ISF (Freiburg) vertreten, ist aber mittlerweile als Anspruch oder Jargon in vielen Publikationen zu finden und zu einer Art Eintrittskarte für »radikal« geworden. Ihr theoretischer Kern besteht darin, daß in Abwendung vom »Arbeiterbewegungsmarxismus«, der aus dem Marxismus eine Theorie des Verteilungskampfs zwischen den gegensätzlichen Interessen von Arbeiterklasse und Kapital gemacht hat, der Warencharakter der Produkte und ihr Wert in den Mittelpunkt der Kritik gestellt werden. Der »Wert« gilt dabei als die Basis des gesellschaftlichen Zusammenhangs (»Wertvergesellschaftung«), während der Klassencharakter der Gesellschaft als bloßes Phänomen der Konkurrenz innerhalb der Marktlogik behandelt wird.

Ironisch-polemisch bezeichnen wir dieses Denken als »Neue Deutsche Wertkritik« (NDWK) in Anspielung auf die »Deutsche Ideologie« von Marx, in der er gegen eine idealistische »kritische Kritik« polemisierte, wie sie typisch für die Linksintellektuellen in Deutschland war. Darin liegt eine Parallele zur

heutigen »Wertkritik« in Deutschland, deren Konzept von »Kritik« immer schon über den Verhältnissen steht und als »kritische Kritik« nur sich selbst gefällt. Sie wähnt sich außerhalb der Verhältnisse und bleibt gerade deswegen in den falschen Vorstellungen gefangen, die diese Gesellschaft produziert.

Im folgenden wollen wir uns nicht mit dieser oder jener besonderen Variante von »Wertkritik« auseinandersetzen (zu *Krisis* siehe Zirkular 54 und 56/57), sondern zeigen, warum diese »Wertkritik« keine Kritik des Werts ist, die Fehler des Arbeiterbewegungsmarxismus nicht überwindet, sondern sie von einem anderen Standpunkt aus wiederholt. Dabei geht es nicht um irgendwelche besonderen Theoreme der »Wertkritik«, sondern um Mystifikationen, wie sie den Kapitalismus tagtäglich begleiten.

Die Totalität des Kapitalismus stellt sich zunächst so dar, daß alle Dinge und Beziehungen zur Ware werden – und das bietet schon genug Anlaß zur Kritik und Entrüstung über die entfremdeten Verhältnisse. Aber die Warenform erklärt uns nicht, warum die Verhältnisse so sind und wo der Ansatzpunkt ihrer Umwälzung liegen kann. Das Rätselhafte der Warenform besteht eben darin, daß sie die wirklichen Zusammenhänge und Grundlagen des Kapitalismus verdeckt. Sie ist ein Moment von Entfremdung und sie ist zugleich ein dichter Nebel, der uns die Kritik der Verhältnisse und ihre Überwindung verbaut. Es ist daher kein Wunder, daß die »Wertkritik« nur zwei gleichermaßen praxislose Auswege aus diesem Dilemma weiß: entweder überläßt sie die Umwälzung der Verhältnisse einer objektiven Gesetzmäßigkeit des ökonomischen Zusammenbruchs (*Krisis*), oder sie gefällt sich in kulturellem Pessimismus, der alle Praxis als das »Falsche« denunziert.

Die Warenform ist nicht das Ganze der kapitalistischen Gesellschaft und der Wert ist nicht der Universalschlüssel zu ihrer Kritik. Er ist der falsche Ausdruck für eine historisch besondere und widersprüchliche Weise der gesellschaftlichen Reproduktion des Lebens, und er kann nur im Zusammenhang mit diesen historischen, keineswegs ewigen Formen verstanden werden. Heute fallen uns viele dieser Besonderheiten nicht mehr auf, sie springen nicht ins Auge, sondern sind zu Normalitäten banalisiert worden. Die folgende historische Skizze soll daher keine »historische Herleitung« des Kapitalismus darstellen, sondern die Besonderheiten des Kapitalismus umreißen, die auf den Zusammenhang zwischen Warenform (Wert) und Produktionsweise hinweisen. Daran zeigt sich, daß etwas wie Wert als Kategorie und als wirkliches Verhältnis nur existieren kann unter den Bedingungen einer Produktionsweise, die auf dem Gegensatz der Produzenten zu ihren eigenen Produktionsbedingungen und dem Gegensatz zu ihrer eigenen Gesellschaftlichkeit beruht – auf Verhältnissen, die die Warenform notwendig mit einschließen und die zugleich hinter dieser Warenform verschwinden.

## 1. Die historische Herausbildung des Wertbegriffs

»Wert« ist kein besonderer Begriff der Linken oder der Marxisten, sondern zunächst mal eine Kategorie des Denkens in der kapitalistischen Gesellschaft. Obwohl die bürgerliche Ökonomie sich von einer besonderen Werttheorie verabschiedet hat, kommt sie in ihren Beschreibungen nicht ohne diesen Begriff aus (»Wertschöpfung«, »Wertpapiere«, »Wertberichtigung«, »Wertanalyse« usw.). Die Diskussionen über den Wert und die Herausbildung einer besonderen Wissenschaft der »Wertphänomene«, der politischen Ökonomie, vollzieht sich etwa seit Beginn des 18. Jahrhunderts und findet ihren Abschluß in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

In diesen Diskussionen gerät mehr und mehr ein völlig neuer Gegensatz ins Blickfeld. Alltagssprachlich wurde und wird »Wert« sowohl für eine subjektive Wertschätzung im Sinne der Nützlichkeit verwandt wie für eine objektive Zuschreibung eines abstrakten, geldlichen Werts. Die Unterscheidung zwischen Wert und Reichtum, zwischen Tauschwert und Gebrauchswert, zwischen einer abstrakten Wertgröße und der Fülle stofflichen Reichtums bildet sich in diesem Zeitraum allmählich heraus, wobei beide Seiten immer wieder durcheinandergeworfen werden. Denn sie existieren nur zusammen, in einer widersprüchlichen Einheit: etwas, was einen Wert in Geld ausgedrückt hat, muß auch irgendeine Nützlichkeit haben. Die Streitfragen sind z.B.: welche Gesellschaft oder Nation ist reicher, diejenige, die viele Güter produziert, oder diejenige, die über viel Geld verfügt?

Im historischen Prozeß trennen sich beide Seiten und treten schließlich in scharfen Gegensatz zueinander. Mit Beginn des 19. Jahrhunderts tritt der Gegensatz schlagend in den ersten industriellen Krisen hervor: Menschen hungern, nicht weil wie in früheren Agrarkrisen zu wenig Lebensmittel produziert worden sind, sondern weil zuviele produziert worden sind, die daher nicht mehr den erforderlichen Wert – als Preis – auf dem Markt erzielen. Heute haben wir uns an diese Paradoxie der kapitalistischen Krise gewöhnt. Damals war sie der schlagende Ausdruck dafür, daß Reichtum auf einmal zwei völlig unterschiedliche Bedeutungen haben konnte.

Der Begriff des Werts, in seiner scharfen Abgrenzung zum Gebrauchswert, unterstellt einen historischen Prozeß, in dem diese beiden Größen in einen wirklichen Gegensatz zueinander geraten sind. Erst dann kann dieser Gegensatz auch im Kopf festgehalten und bestimmt werden. Begriffe wie »Wert« sind gesellschaftlich gültige, objektive Gedankenformen – sie enthalten nicht einfach eine falsche Vorstellung von der Welt, sondern drücken wirkliche Verkehungen aus. Einmal etabliert, läßt sich der Begriff des Werts schon an der Ware als der elementaren Form dieser gesellschaftlichen Widersprüchlichkeit »entdecken« – vorausgesetzt und bewußt-unbewußt mitgedacht ist dabei aber immer dieser historische und praktische Trennungsprozeß.

Im Alltag und in den pragmatisch orientierten Wissenschaften verschwindet die menschliche Praxis als Grundlage, die uns überhaupt Begriffe so oder so bilden läßt; wir brauchen nicht zu wissen, warum wir mit Abstraktionen wie »Wert« oder »Arbeit« hantieren können, wir tun es. Solche Abstraktionen geraten uns zu naturhaften Kategorien, wir nehmen sie als gegeben hin. Kritik bedeutet, diese naturhaften Kategorien wieder auf das zurückzuführen, woraus sie entstehen: auf menschliche Praxis. Es gilt ihren Zusammenhang mit dem, was wir tun, aufzuzeigen, statt unser Tun aus diesen Kategorien zu erklären. Wenn in der Neuen Deutschen Wertkritik von »Wertvergesellschaftung« oder »Waren-subjekten« gesprochen wird, dann liefert sie damit keine Kritik der Kategorien, sondern reproduziert ihren Schein der Naturhaftigkeit, indem sie die wirklichen Verhältnisse aus diesen Kategorien erklärt, statt aufzudecken, wie sie in einer bestimmten menschlichen Praxis gründen. Der Wert ist Bestimmung von Reichtum – aber verrückterweise im Gegensatz zu dem, was für die Individuen unmittelbar Reichtum bedeutet, nämlich die Verfügung über die angenehmen Dinge des Lebens und Glück. Wert ist ein abstrakter Reichtum, der vom Elend der Menschen abstrahieren und sich trotzdem als Reichtum ausgeben kann. Was sind die historischen Besonderheiten in der Produktion und Reproduktion unseres Lebens, die eine solche Verrücktheit überhaupt möglich machen?

## 2. Kapitalistische Produktionsweise und Wert

Waren und Geld gibt es sehr viel länger als den Kapitalismus, aber erst mit der Entwicklung des Kapitalismus, um genauer zu sein: des industriellen Kapitalismus, rückt der Begriff des Werts ins Zentrum der Diskussionen. Dies ist bereits ein Hinweis darauf, daß es nicht ausreichen kann, die Kategorie des Werts an Ware oder Geld festzumachen. Im Gegenteil, Abstraktionen wie Tausch, Ware oder Geld abstrahieren gerade davon, was der jeweilige historische Inhalt dieser Kategorien ist, also was das Bestimmte dieser Abstraktion ist. Wir sprechen zwar von Geld im Mittelalter so gut wie von Geld heute, aber die dahinterstehende Praxis ist eine völlig andere – und auch das jeweilige Geld! Waren in vorkapitalistischen Gesellschaften haben einen Tauschwert, aber keinen Wert. Es herrscht dort kein »Wertgesetz« als regulierendes Prinzip der Produktion, die von ganz anderen Verhältnissen bestimmt wird.

Der große Umschlagprozeß, der vom Anfang des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts in Europa und Amerika zur Verallgemeinerung der Warenform und zur Herausbildung des Werts führt, ist mit drei eng verzahnten »Revolutionen« verbunden, die ihren Ausgangspunkt in England haben: einer *kommerziellen Revolution* Anfang des 18. Jahrhunderts, die im Scheitern des Lawsons Bankexperiments und im Platzen der ersten großen spekulativen Blase, dem Südsee-

schwindel, 1719/20 endet, aber ihre Spuren hinterläßt; der englischen *Agrarrevolution* von etwa 1700 bis 1750; und der von ihren Resultaten ausgehenden *industriellen Revolution* ab 1770/80.

Es geht hier nicht um irgendeine historische Logik, es gibt keine Zwangsläufigkeit der Prozesse. Es ist das, was in einer recht einmaligen und teilweise rätselhaften Konstellation passiert ist; was die Menschen getan haben. Von heute aus können wir darin die historischen Voraussetzungen des weltweiten Kapitalismus erkennen, aber daraus ergibt sich keine Kausalität oder ein Determinismus. Dieser Prozeß hat noch weiter zurückliegende Voraussetzungen, vor allem die Herausbildung eines Weltmarkts seit dem 16. Jahrhundert – aber keine dieser vielfältigen Voraussetzungen kann für sich logisch erklären, warum es dann seit dem 19. Jahrhundert, ausgehend von einem singulären Prozeß in England, zur Dominanz und Durchsetzung des Kapitalismus kommt oder hätte kommen müssen. Geschichte besteht darin, daß die Menschen über das Vorgefundene hinausgehen, sich selber zusammen mit den Umständen verändern – was sich dem Schematismus von Ursache und Wirkung entzieht.

*Agrarrevolution:  
gesellschaftlicher Reichtum an Lebensmitteln und Armut als Proletariat*

Durch die Einführung neuer Methoden, Geräte und Fruchtarten im Ackerbau wird die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit in England zwischen 1700 und 1750 in einem Maße gesteigert, wie es in davorliegenden Jahrtausenden nicht geschehen war. Erstmals in der Menschheitsgeschichte entsteht eine Situation, in der nicht mehr 80 Prozent der Bevölkerung mit der unmittelbaren Produktion ihrer Lebensmittel beschäftigt sind, sondern »freigesetzt« werden für andere Formen der Produktion. Diese Freisetzung bedeutet vor allem, daß sie von ihren unmittelbaren Produktionsbedingungen, dem Boden, gewaltsam getrennt werden. Die Agrarrevolution umfaßt zwei sich ergänzende Momente: die Steigerung des Ertrags durch grundlegend neue Methoden und Werkzeuge *und* die Vertreibung eines Teils der Produzenten von ihrem Boden. So wie im übrigen Westeuropa hatten sich die englischen Bauern aus der Leibeigenschaft befreien zu können. Sie waren stark genug, diese Freiheit zu verteidigen, aber sie waren zu schwach, um den Besitz am Boden als Mittel ihrer Subsistenz zu behalten. Mit den Einhegungen (enclosures) von gemeinschaftlich genutztem Boden werden sie zu Proletariern – frei, aber mittellos. Der Reichtum der gesteigerten landwirtschaftlichen Produktion (England wird damals zu einem der größten Exporteure für Korn in Europa) steht ihnen fremd gegenüber.

## *Industrielle Revolution: die Macht der toten Arbeit*

Diese Trennung bildet die Basis der industriellen Revolution, die vor allem bedeutet, daß die Produktivität zunehmend von vergangener Arbeit abhängig wird. Maschinen und Fabriken zu bauen bedeutet für eine Gesellschaft, einen beachtlichen Teil des jährlichen Gesamtprodukts dem Jahreskonsum vorzuenthalten, ihn gewissermaßen »aufzusparen«, in der Hoffnung auf eine Steigerung der Produktion in der Zukunft. Damit entsteht auch eine neue und ausgeweitete Form der Arbeitsteilung: die Landwirtschaft produziert Lebensmittel und Rohstoffe für die Industrie und die in ihr Arbeitenden, die Industrie produziert Hilfsmittel und Werkzeuge für die Landwirtschaft und wiederum für die Entwicklung der Industrie, und vor allem werden völlig neue Güter produziert, historisch vor allem Baumwollstoffe und Gerätschaften aus Eisen. Während in Agrargesellschaften die Produktion für den eigenen Bedarf (Subsistenz) dominiert, tritt nun die Produktion für andere in den Vordergrund. Es entsteht eine allseitige, von Anfang an weltumspannende Abhängigkeit der einzelnen Produktionen in einem umfassenden System der Arbeitsteilung. Die Produktion wird erst jetzt gesellschaftlich im modernen Sinne des Wortes, aber diese Gesellschaftlichkeit existiert in einer doppelt widersprüchlichen Form.

## *Geld als abstrakter Ausdruck der Gesellschaftlichkeit der Arbeit*

Die Arbeit wird zu einer Totalität von Arbeiten, die alle zusammenhängen, aber es ist keine gemeinsame Arbeit, sondern nur ein durch die Arbeitsteilung und die allseitige Entäußerung (den Verkauf) der Produkte vermittelter Zusammenhang. Aufgrund dieser Widersprüchlichkeit des gesellschaftlichen Charakters der Produktion kann sich ihre Gesellschaftlichkeit nur als abstrakte Allgemeinheit ausdrücken, als Geld. In Bezug auf die Totalität der arbeitsteiligen Arbeiten wird Geld zur unmittelbaren und notwendigen Existenzweise der gesellschaftlichen Arbeit. In diesem Gesamtzusammenhang erhalten die jeweiligen Arbeiten eine doppelte Bedeutung: sie sind zugleich konkret nützliche Arbeiten und bloßer Teil dieser Totalität der Arbeit, d.h. abstrakt menschliche Arbeit.

In dieser zweiten Eigenschaft ist die Arbeit Grundlage von Wert. Auch wenn es Geld schon Tausende Jahre lang gegeben hatte, erst mit dieser Vervielfältigung der Produkte, mit der Produktion neuer Bedürfnisse und der Abhängigkeit dieser Bedürfnisse wie der gesamten Reproduktion vom weltumspannenden System der Arbeitsteilung wird Geld zum Ausdruck von abstrakter Arbeit, zum Wertausdruck. Das Geld drückt beides aus: den Zugriff auf diesen potentiellen und unbeschränkten Reichtum, der erst durch die neue Produktionsweise möglich geworden ist (darin liegt seine Faszination) – und das Entfremdete, Gesellschaftlich-Ungesellschaftliche, Isolierte, Getrennte dieser Art zu produzieren,

wodurch das Geld bzw. dessen Fehlen zugleich die Abtrennung und den Ausschluß von diesem Reichtum darstellt. Das Geld verursacht nicht die gesellschaftlichen Widersprüche, sondern es sind diese Widersprüche, die dem Geld seine scheinbar übernatürliche Macht verleihen.

Aber wie und in welcher Form findet die Produktion in diesem widersprüchlichen, arbeitsteiligen Zusammenhang statt? Die Idylle der »einfachen Warenproduktion«, in der individuelle Produzenten ihre Produkte tauschen, hat es als Gesellschaftssystem nie gegeben. Wo massenhafte Warenproduktion beginnt, basiert sie immer schon auf dem Gegensatz der Produzenten als Proletarier zu ihren Produktionsbedingungen. Juristisch stellt sich dieser Gegensatz als »Privateigentum« an den Produktionsmitteln auf der einen Seite und als die Figur der »freien Lohnarbeiter« auf der anderen Seite dar – was sich noch abstrakter zum »freien Individuum« und seinen Menschenrechten verflüchtigt, das die Befreiung von unmittelbaren, mit der Verfügung über Boden verbundenen Abhängigkeitsverhältnisse ausdrückt und zugleich die neuen quasi-sachlichen Abhängigkeiten aufgrund der Abtrennung von den neuen, industriellen Produktionsbedingungen verschleiert. Was aber hinter diesen juristischen Formen liegt, ist der widersprüchliche Charakter der Gesellschaftlichkeit der Arbeit: einerseits in einer allseitigen Abhängigkeit von einer (heute globalen) Totalität von Arbeiten zu stehen, andererseits sich (noch) nicht kollektiv, gemeinschaftlich auf diese Produktion beziehen zu können, d.h. von der eigenen Produktion beherrscht zu werden, statt sie zu beherrschen.

### *Kapital als Existenzweise einer widersprüchlichen Vergesellschaftung*

Das zweite Moment von Widersprüchlichkeit, das von Anfang an mit der Produktionsweise verbunden ist, auf der die Verallgemeinerung der Warenform beruht, ist die Verselbständigung des Werts gegenüber der Arbeit, aus der er herkommt. Als Wert ist die abstrakte Arbeit schon vergegenständlichte Arbeit. Das Besondere der neuen Produktionsweise, wie sie sich mit der industriellen Revolution durchsetzt, liegt darin, daß diese vergegenständlichte Arbeit nicht einfach konsumierbaren Reichtum darstellt, sondern selbst wieder als Maschine und Fabrik zur wesentlichen Grundlage der Reichtumsproduktion und ihrer Steigerung wird. Die ursprüngliche Trennung vom Boden, die immer umkämpft blieb, entwickelt sich dadurch zu einer viel drastischeren Abtrennung: nämlich vom eigenen gesellschaftlichen Zusammenhang, in dem der Reichtum unermesslich gesteigert wird. Es sind nicht mehr die Naturbedingungen der landwirtschaftlichen Produktivität, von denen wir abgetrennt sind, sondern es ist »produzierte Produktivkraft« und unser eigener Zusammenhang, der uns feindlich gegenübersteht. In die Reproduktion jeder Gesellschaft fließt vergangene Arbeit ein, aber hier wird die vergangene, tote Arbeit zum ersten Mal zum kalkulierten Faktor



einer beschleunigten Steigerung der Produktion. Die tote Arbeit, der Wert, wird zum Zweck und Inhalt des Produzierens – zu Kapital. Der Inhalt des Produzierens ist nicht einfach Wert, sondern Verwertung. Der Wert, wie er sich im Geld ausdrückt, ist nur eine dinghafte Fixierung dieses Prozesses der Verwertung. Außerhalb dieses ständigen Prozessierens des Werts, d.h. der Verwertung, kann Wert nicht existieren.

Wert als besondere Form des Reichtums, die dem Reichtum der guten Dinge des Lebens entgegensteht, taucht überhaupt erst da auf, wo sich dieser Umschlagprozeß vollzieht. Die Kategorie des Werts unterstellt schon seine Verselbständigung, seinen Gegensatz gegen die lebendige Arbeit, und damit den Gegensatz der toten Arbeit als Kapital gegen die Proletarier. Und so wie Wert nur als Kapital existiert, das sich abwechselnd als Geld, Ware oder Produktionsmittel darstellt, so existiert auch die abstrakte Arbeit nur unter den Bedingungen der Ausbeutung, d.h. der Unterordnung der Arbeit unter die Verwertung des Kapitals.

Aber als Wert ist sie schon vergegenständlichte Arbeit. Und daß diese vergegenständlichte Form der abstrakten Arbeit als Wert auftritt, unterstellt einen bestimmten Gegensatz zwischen vergegenständlichter und lebendiger, prozessierender Arbeit, ohne den die Kategorie Wert gar nicht auftauchen könnte. Nun wird auch klar, warum stofflicher und abstrakter, geldlicher oder wertmäßiger Reichtum im Verlauf des 18. Jahrhunderts in Gegensatz zueinander treten: weil sich die Produktionsbedingungen als Kapital, als tote Arbeit den Produzenten gegenüber verselbständigen und ihre eigene Kategorie von Reichtum, nämlich Wert, dem stofflichen Reichtum gegenüberstellen. Maßstab für Reichtum ist nicht das gute Leben der Menschen, sondern die Nützlichkeit für diesen Verwertungsprozeß, dem alles untergeordnet wird.

### *Kapital als verdinglichter Ausdruck des Klassenverhältnisses*

Kapital ist also kein Ding, sondern ein Verhältnis, genauer: ein prozessierendes Verhältnis, der beständige Prozeß der Abtrennung und der Gegensätzlichkeit zwischen Proletariern und Produktionsbedingungen. Diese Abgetrenntheit stellt sich zwar als sachliches Verhältnis dar, aber sie kann nur als gesellschaftliche Gegensätzlichkeit, als Klassenverhältnis existieren. Das Kapitalverhältnis setzt die Existenz einer Klasse eigentumsloser Proletarier voraus, wie auf der anderen Seite die abgetrennten, verselbständigten Produktionsbedingungen nicht ohne den bewußten Willen der Kapitalisten existieren können. Mit der Neuen Deutschen Wertkritik ist es Mode geworden, die Bedeutungslosigkeit des Klassengegensatzes mit dem Spruch zu begründen, »Klasse« sei lediglich eine aus den allgemeinen Begriffen wie Wert und Kapital »abgeleitete Kategorie« und bleibe völlig innerhalb der Gesetzmäßigkeiten des Kapitals. Solches Denken betet den

Fetischismus der Ware und des Kapitals nach, der aus den Verhältnissen selber resultiert und die wirklichen Zusammenhänge nur in verdrehter Form zum Ausdruck bringen kann. Der dinghafte Schein wird so weit zum Glauben an die Dinge (Wert und Kapital) getrieben, von denen unhinterfragt und unkritisch ausgegangen wird, daß alle Verhältnisse der Menschen in der Produktion ihres Lebens als bloße Reflexe eines transzendentalen Dings erscheinen. Begriffe wie Wert oder Kapital ließen sich nicht einmal im Kopf festhalten, wenn die Gegenseitlichkeit, der Antagonismus des Klassenverhältnisses nicht schon unterstellt wäre.

Die Betrachtung der Welt durch die neoliberale Brille der »Marktwirtschaft«, der sich die Neue Deutsche Wertkritik angeschlossen hat, bringt es mit sich, daß bei der Kritik der Warenform vom Inhalt dieser Form abstrahiert wird. Was in der Ware durch den Tausch gegen Geld zirkuliert, ist nicht einfach Wert, sondern wesentlich Mehrwert. Als allgemeine Form des Reichtums ist die Ware kapitalistisch produzierte Ware. Ihre Produktion wie ihr Tausch sind der Verwertung untergeordnet. Ware und Geld sind nur verwandelte Formen von Kapital, das durch diese Zirkulation hindurch seinen Wert nicht nur erhält, sondern vermehrt. Gerade weil der Bezug auf den gesellschaftlichen Reichtum nur über die Warenform erfolgt, stellt sich die Zirkulation als eine von der Produktion völlig getrennte Sphäre dar, die scheinbar für sich betrachtet werden kann. Die Neue Deutsche Wertkritik kritisiert am Marxismus der Arbeiterbewegung, daß er die Zirkulation nur quantitativ als Verteilungsproblem betrachtet und betont mit der Warenform ihre qualitative Seite. Aber beiden ist gemeinsam, daß sie die Zirkulation isoliert betrachten und den Produktionsprozeß ausblenden. Mit der Warenform und der Tauschförmigkeit des Verhältnisses zwischen Kapital und Lohnarbeit meint die »Wertkritik«, schon alles über die Produktion gesagt zu haben. Das erinnert an das Verfahren der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre und ihrer Gleichgewichtsmodelle, in denen die Fabrik eine »black box« ist, in der sich in mystischer Weise die getrennt gedachten Produktionsfaktoren »Kapital« und »Arbeit« zum Wohle des Bruttosozialprodukts vereinigen.

### *Die Fabrik als die Realität der Wertbestimmung*

Die Verallgemeinerung der Warenform beruht auf der industriellen Produktion, in der sich die Produktionsbedingungen als tote Arbeit, als verselbständigter Wert, den Produzenten gegenüberstellen. Die gesellschaftliche bestimmende Form dieses Gegensatzes ist die Fabrik mit ihrem despotischen Kommando und der Unterordnung der einzelnen Arbeitskräfte unter einen maschinellen Komplex. Entscheidend für diese Umwälzung ist nicht, daß die Mehrheit der Arbeit zur Fabrikarbeit wird – was historisch noch nie der Fall war –, sondern daß alle anderen Produktionen von der industriellen Fabrikproduktion abhängig und in

ihr System eingegliedert werden. Die gesellschaftliche Arbeit wird hier ganz handgreiflich »abstrakte« Arbeit, und hier realisiert sich erst die Bestimmung des Werts als Ausdruck abstrakt menschlicher Arbeit. Die bestimmte Arbeit wird den Produzenten gleichgültig und verhaßt, und die Entwicklung der Produktion beruht auf dem ständigen Wechsel zwischen verschiedenen besonderen Arbeiten, die alle nur als verschiedene Verausgaben gleicher, durchschnittlicher Arbeit gelten. Die Fabrik beruht nicht auf besonderer Arbeit, sondern auf Arbeit schlechthin.

Die Geschichte der Fabrik ist die Geschichte der beständig erneuerten Unterwerfung der Proletarier unter das Kapitalkommando und des ständigen Konflikts um die Abpressung von Arbeit. Sie beginnt historisch mit der Ausbeutung von Frauen und Kindern, weil zunächst nur diese unter Rückgriff auf die gesellschaftliche Hierarchie den Arbeitsbedingungen der Fabrik unterworfen werden können – das gilt bis heute für alle neuen Industrien auf der Welt, z.B. in Asien oder Lateinamerika.

Während auf der Ebene der Zirkulation, im Austausch von Arbeitskraft gegen Geld (Lohn), der Eindruck der Gerechtigkeit und der Harmonie erweckt werden kann, findet innerhalb der Produktion der »Konsum der Arbeitskraft« statt: Verwandlung von Arbeitskraft in Arbeit, Aneignung fremder Arbeit durch das Kapital, Unterordnung unter die abgetrennten Produktionsbedingungen. Die Abgetrenntheit muß ständig neu reproduziert werden, und der ganze despotische, knechtende Charakter des Produktionsprozesses, mit all seinen Zwängen, Vorschriften, Disziplinierungen, Aufsehern und Strafen, ist die notwendige Existenzweise dieser Abtrennung. Maschinerie und Technologie sind in ihrer konkreten Gestalt selber Methoden und Mittel der Unterwerfung, der despotische Charakter des Kapitalkommandos ist ihrer konkreten Gestalt eingeschrieben. Die Geschichte der Technologie folgt nicht einem abstrakten und neutralen Kriterium der Produktivitätssteigerung, sondern ist immer mit ihrer Rolle als Beherrschungstechnologie verbunden. Sie folgt dem Prinzip der Zerstückelung der Arbeit zum Zweck ihrer Kontrollierbarkeit.

Trotzdem läßt sich das Fabrikkommando nicht einfach als Technik der Disziplinierung begreifen, es bewegt sich in einem unlöslichen Widerspruch. Die Fabrik ist nicht bloße Disziplinierung, sondern sie muß die Gesellschaftlichkeit der Arbeit, den allseitigen Zusammenhang der Arbeiten, immer weiter entwickeln, um den Zweck der Kapitalverwertung zu erfüllen. Mit denselben Mitteln, mit denen sie die lebendige Arbeit unterwerfen will, schafft sie damit beständig Mittel, die die destruktive Macht der Arbeiterklasse in ihrem Gegensatz zur Abpressung der Arbeit steigern. Historisch ist dies kein gradliniger Prozeß, sondern er verläuft in Zyklen der ständigen Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse und ihrer Kämpfe. Dementsprechend wird die widersprüchliche Einheit von Disziplinierung und Arbeitermacht je nach historischer Phase nach der einen

oder anderen Seite hin vereinseitigt. Das Festhalten an dieser Einheit gegensätzlicher Momente kann auch nicht die konkrete Untersuchung ihrer Entwicklung ersetzen, aber ohne diese kritische Begrifflichkeit wird die Untersuchung nicht über empirische Bestandsaufnahmen hinauskommen.

### *Zusammenfassung: Der Schein der Marktwirtschaft*

Der allgemeine Zwang zu kaufen und damit die Verallgemeinerung der Warenform kommen nicht aus »der Ware« als solcher hervor, sondern aus der Abtrennung und Gegensätzlichkeit der Produktionsbedingungen gegenüber den Produzenten. Ihre prinzipielle Armut oder Eigentumslosigkeit zwingt sie dazu, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um sich durch Kauf die von ihnen selbst produzierten Lebensmittel wieder aneignen zu können. Das Lohnverhältnis, als welches sich diese Abtrennung darstellt, führt zur Verallgemeinerung des Warenverhältnisses – nicht umgekehrt. Und in dieser Verallgemeinerung ist die Ware nicht mehr einfache Ware, sie ist lediglich die verwandelte Form von Kapital. Das Wesen der Ware und das Rätsel des Werts können nur entschlüsselt werden, wenn der Schein der »einfachen Warenzirkulation« durchbrochen wird: alles was heute an Waren auf den Markt kommt, ist Durchgangsform im Kreislauf des Kapitals – und nur in diesem Kreislauf des Kapitals existiert das, was wir Wert nennen. Die Bestimmung der Tauschverhältnisse durch den Wert ergibt sich erst daraus, daß nicht einfache Waren getauscht werden, sondern Waren als Produkte des Kapitals. Ihre Zirkulation dient der Realisierung des von ihnen verkörperten Mehrwerts, der im Verhältnis zum vorgeschossenen Kapital als Profitrate erscheint. Vermittelt über die Konkurrenz stellt sich im Tausch der Waren die Einheit des Kapitals als allgemeine oder Durchschnittsprofitrate dar. Nur in diesem Bezug des Werts auf sich selber, in der Vereinheitlichung der Profitrate, liegt der Zwang, in bestimmten Wertverhältnissen zu tauschen, und vollendet sich der Fetischismus der Ware.

In der Kategorie des Werts ist immer schon das Kapital- und Klassenverhältnis enthalten. Es gehört zu den Merkmalen der kapitalistischen Vergesellschaftung, daß sich dieser Zusammenhang durch die Formen, in denen er sich ausdrückt, unsichtbar macht. Vom individuellen Standpunkt als Käufer, also vom durchschnittlichen Standpunkt eines kritischen Kritikers aus, erscheint der Bezug auf die Gesamtarbeit der Gesellschaft zuallererst als Ware und Markt. Durch die Warenform und ihre Wertgestalt als Preis ist unkenntlich geworden, aus welchem Prozeß sie herkommen und auf welchen Verhältnissen die Formen von Ware und Preis beruhen. Die Warenform der Produkte erzeugt so beständig das Bild einer Marktwirtschaft oder Warengesellschaft, in der uns unser Zusammenhang als die Summe von Tauschbeziehungen zwischen isolierten Individuen erscheint. Dabei ist es egal, ob ich das gut oder schlecht finde. Eine kritische

Haltung zur »Marktwirtschaft« – der mit dem Begriff der »Wertvergesellschaftung« nur ein anderes Etikett aufgeklebt wird – bestätigt diesen falschen Schein und führt zwangsläufig zu Illusionen darüber, wie sich dieser Zusammenhang aufheben läßt.

*Nachtrag: Wo bleibt da Marx?*

Jede Diskussion über Ware, Wert oder Kapital steht heute natürlich in einem engen Zusammenhang zur Kritik der politischen Ökonomie von Marx. Deren systematischer Aufbau im Kapital scheint auf den ersten Blick den Wertkritikern recht zu geben, die meinen, mit der Analyse der Warengesellschaft schon das Wesen des Werts entdeckt zu haben. Denn so geht es da los: es wird die Ware genommen, an ihr ein rätselhafter Wert festgestellt, der auf ihren Charakter als Arbeitsprodukt verweist, der im Wert aber als dingliche Eigenschaft erscheint. Und weil das für die Ware schlechthin gilt, auf die sich alle Menschen beziehen müssen, haben wir es hier mit einem allgemein-menschlichen Phänomen der Entfremdung und Fetischisierung von Verhältnissen zu tun. Ist das nicht viel radikaler, als nur die ungerechte Verteilung des Produkts zwischen Unternehmern und Lohnabhängigen zu bejammern? So ist die Frage schon falsch gestellt. Die NDWK bemüht ständig den Gegensatz zwischen einer bürgerlichen humanistischen Entfremdungsphilosophie (an der sie anknüpft) und den Ungerechtigkeitsvorstellungen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung (in denen die Protagonisten der Wertkritik ihren eigenen Marxismus-Leninismus der 70er und 80er Jahre wiedererkennen, den sie hinter sich lassen wollen).

Das Ziel von Marx in seiner Kritik ist ein ganz anderes: nämlich beide Reaktionsweisen auf den Kapitalismus als selbst noch ideologische und verdrehte Ausdrücke des grundlegenden Klassenverhältnisses zu kritisieren und zu überwinden. Antikapitalistische Romantik und gewerkschaftliche Umverteilungsphantasien sind ihm nur zwei Seiten der falschen Erscheinungsformen des Kapitalismus.

Methodisch geht er dabei so vor, daß er sich die einfachsten und elementarsten Formen (Kategorien) als Ausgangspunkt nimmt und an ihnen zeigt, daß sie für sich falsch und unhaltbar sind, daß sie nur die abstrakten Ausdrucksformen von dahinterliegenden Produktionsverhältnissen sind. Die ganze Bewegung von Waren und Geld hat keinen Zusammenhang in sich selbst, sondern ist nur eine Facette der Bewegung des Kapitals und der in ihm eingeschlossenen gegensätzlichen Produktionsverhältnisse. Die NDWK übersieht gerade das Kritische der Darstellungsweise bei Marx und wird dadurch selber zur Ideologie. Marx formulierte schärfer: zur Vulgärökonomie.

»Wir haben gesehn, daß die Verwandlung von Geld in Kapital in zwei selbständige, ganz verschiedene Sphären angehörige und getrennt von-

einander existierende Prozesse zerfällt. Der erste Prozeß gehört der Sphäre der *Warenzirkulation* an und geht daher auf dem *Warenmarkt* vor. Es ist der *Kauf und Verkauf des Arbeitsvermögens*. Der zweite Prozeß ist der *Konsum des gekauften Arbeitsvermögens* oder der *Produktionsprozeß* selbst. (...)

Der erste Prozeß, der *Kauf und Verkauf des Arbeitsvermögens*, zeigt uns Kapitalist und Arbeiter nur als Käufer und Verkäufer von Ware. Was den Arbeiter von anderen Warenkäufern unterscheidet, ist nur die *spezifische Natur*, der *spezifische Gebrauchswert* der von ihm verkauften Ware. Aber der besondere Gebrauchswert der Waren ändert durchaus nichts an der ökonomischen Formbestimmtheit der Transaktion, nichts daran, daß der Käufer Geld und der Verkäufer Ware vorstellt. Um also zu *beweisen*, daß das Verhältnis zwischen Kapitalist und Arbeiter durchaus nichts als ein Verhältnis zwischen Warenbesitzern ist, die zu ihrem wechselseitigen Vorteil und durch einen freien Kontrakt Geld und Ware mit einander austauschen, genügt es den ersten Prozeß zu isolieren und an seinem formellen Charakter festzuhalten. **Dies einfache Kunststück ist keine Hexerei, aber es bildet den ganzen Weisheitsvorrat der Vulgärökonomie.**«

F., Köln



siehe Seite 15 ff.

## **Streik- und Blockade-Aktionen der BahnreinigerInnen in Italien**

Am Montag und Dienstag [11. + 12.2.] haben ReinigungsarbeiterInnen u.a. auf Bahnhöfen in Rom, Palermo, Mailand, Florenz, Bologna und Neapel Aktionen gemacht, um die angekündigten Entlassungen, Lohnkürzungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zu verhindern. Die staatliche Eisenbahngesellschaft FS - wie die Deutsche Bahn inzwischen in verschiedene Unternehmen unterteilt - hat die Reinigungsaufträge neu ausgeschrieben. Die FS hat das Budget für Reinigung um fast 40 Prozent gekürzt und einen Unterbietungswettbewerb der Reinigungsfirmen ausgelöst. Die Ausschreibefrist wurde deshalb um zwei Monate auf 21. Februar verlängert. D.h., die Reinigungsfirmen sollen dafür sorgen, daß dieselbe Arbeit in weniger Zeit erledigt wird. Sie werden versuchen, die Löhne zu drücken, die Arbeitszeit zu senken und ArbeiterInnen entlassen.

Die Aktionen der ArbeiterInnen zielen auf eine Rücknahme der Kürzung des Budgets und der schon angekündigten Entlassungen bei den privaten Reinigungsfirmen. Die ArbeiterInnen, die sich in der Regel an unterschiedlichen Orten über die Stadt verteilt treffen, bevor sie dann Züge und Bahnhöfen putzen, machen seit Montag einen Bummelstreik, was bedeutet, daß sie zwar zur Arbeit erscheinen, aber dann mehr oder weniger nicht arbeiten. In Mailand sind einige Bahnhöfe inzwischen (Donnerstag, 14.2.) übersät mit Müll. Montag und Dienstag hatten zudem in einigen Städten Hunderte von ArbeiterInnen stundenlang die Gleise besetzt. Viele Züge wurden aufgehalten, die Reisenden mußten zum Teil in U-Bahn oder Busse umsteigen, um an anderen Bahnhöfen weiterzufahren.

Insgesamt arbeiten etwa 13 000 ArbeiterInnen für die privaten Reinigungsfirmen, allein in der Lombardei 5 000, in Mailand 2 000. Wenn die Pläne der FS durchkommen, sollen 5 000 der ArbeiterInnen entlassen werden. Die restlichen erwarten Lohnkürzungen um 150 bis 200 Euro (in einem Bericht war gar von 350 Euro weniger die Rede; bei einem Lohn – je nach Dienstalder – von unter 1000 Euro). In Mailand sind fast die Hälfte der ArbeiterInnen über 40 und diese meist ItalienerInnen. Viele der Jüngeren sind ImmigrantInnen, vor allem aus Asien und Nordafrika. In der Mehrzahl putzen hier Männer.

Die Stimmung ist ziemlich angespannt, weil die Bedingungen seit Jahren schlechter geworden sind. Im Moment wollen die ArbeiterInnen mit weiteren Gleisbesetzungen bis zur endgültigen Entscheidung warten, die nächste Woche fallen soll. In einem Interview hat ein Arbeiter gemeint, daß sie bisher keine Pendlerzüge blockiert hätten, um nicht andere ArbeiterInnen mit reinzuziehen. Wenn jetzt aber nicht bald was geschehe, würden sie dafür sorgen, daß alle sie hören und verstehen könnten, auch wenn es dann Anzeigen und Verhaftungen gäbe. Mal sehen ...



# Hintergründe der Intifada des 21. Jahrhunderts

*Aufheben #10, 2002*



Beilage zum Wildcat-Zirkular 62  
Februar 2002



## Zur Beilage: »Hintergründe der Intifada im 21. Jahrhundert«

Die in England erscheinende Zeitschrift *Aufheben* versucht eine Analyse des Israel/Palästina-Problems und der jüngsten Intifada von einem Klassenstandpunkt aus, d.h. aus dem Zusammenhang der proletarischen Kämpfe im Nahen Osten. In der hiesigen Debatte werden dagegen meist Bilder gebraucht wie: ein unterdrücktes Volk kämpft gegen eine Besatzungsmacht oder: ein antisemitischer Mob rennt gegen einen von allen Seiten bedrohten und angefeindeten Staat an, der das Vermächtnis von Auschwitz darstelle. Der Text ist uns wichtig, weil er gegen solche ideologischen Zuweisungen in den materiellen Hintergründen nach den Möglichkeiten sucht, die ganze Scheiße aufzuheben. Wir hoffen, daß er frischen Wind in eine sterile Diskussion bringt. Auf einige kritische Punkte und Fehlstellen gehen wir im Nachwort ein.

*Redaktion wildcat*

### Zahlen über Palästina

<u>Einwohner</u>		<u>Israelische Siedler</u>	
Westbank und Gaza insgesamt:	3,3 Mio	1999:	177.000
Westbank:	2,1 Mio	2000:	199.000
Gaza:	1,2 Mio	davon in Gaza:	6.500
Zuwachs: 4 % pro Jahr;			
47 % der Einwohner sind unter 15 Jahre alt.		zusätzlich in Ostjerusalem:	180.000

Anzahl der Siedlungen: zwischen 145 und 190 (je nach Quelle). Der Hausbau innerhalb der Siedlungen stieg zwischen 1993 und 2000 um mehr als 50 Prozent. 85 Prozent der Siedlungen in der Westbank sind kleiner als ein qkm und haben weniger als 700 Einwohner.

<u>Beschäftigung im ersten Quartal 2001</u> (gerundet):		<u>Lohnarbeiter nach Branchen im ersten Quartal 2000:</u>	
»Aktive Bevölkerung« (Beschäftigte und Arbeitslose älter als 15 Jahre):	39 %	Dienstleistungen (inkl. PNA):	29,0 %
Beschäftigungsrate (Leute, die mehr als 35 Stunden die Woche arbeiten):	69 %	Handel, Hotel und Tourismus	17,3 %
Arbeitslosenquote:	27 %	Transport	5,3 %
Lohnarbeiter:	64 %	Landwirtschaft	12,6 %
Selbständige (employers, self-employed und own-account workers):	26 %	Handwerk/Industrie:	14,4 %
Mithelfende Familienangehörige:	9,5 %	Bauwirtschaft	21,4 %
In Israel und Siedlungen beschäftigt:	15 %		
		<u>Beschäftigte in absoluten Zahlen:</u>	
		In den Industriezonen:	4.000
		Bei der PNA:	130.000

(Quelle: Statistik Stand 2001, ILO Report vom Juli 2001, unter Berufung auf PCBS)

<b>1. Einleitung</b>	3
<b>2. Der Aufstieg Amerikas</b>	5
2.1 Die ökonomischen Interessen der USA im Nahen Osten	6
2.2 Panarabischer Nationalismus und erdölproduzierendes Proletariat	7
2.3 Der palästinensische Nationalismus als illegitimes Kind des Arbeiterzionismus	8
<b>3. Zwei nationale Befreiungsbewegungen: der Arbeiterzionismus und die palästinensische Nationalbewegung</b>	10
3.1 Arbeiterzionismus und Militanz der europäisch-jüdischen Arbeiterklasse	10
Die Ankunft des Arbeiterzionismus in Palästina	11
Die zionistische ethnische Schichtung	12
3.2 Widerstand der jüdischen Arbeiterklasse und Zwang zur Expansion	13
Der Boom nach 1967	14
Siedlungen und Klassenkompromiß	16
Die israelischen Black Panthers	17
Die Inflationskrise 1978-1985	18
Arabische Staaten, Expansion und die USA	19
Siedlungen und Widersprüche	22
3.3 Wie entstand die palästinensische Arbeiterklasse?	24
Ein Land ohne Volk?	24
Das Niederhalten der örtlichen palästinensischen Bourgeoisie	26
»Die einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes«	26
3.4 Die PLO gegen die Selbsttätigkeit des Proletariats	27
Jordanien; Libanon	27
<b>4. Die Intifada (1987-93)</b>	29
4.1 Kampf um »nationale Befreiung«?	30
Die Intifada als Klassenkampf und Klassenkämpfe innerhalb der Intifada	30
Die »Rebellion der Steine«	32
Die Antwort der israelischen Bourgeoisie	33
Die Islamisten	34
Der Golfkrieg von 1991	35
4.2 Der Weg nach Oslo	36
<b>5. Der Osloer »Friedensprozeß« (1993-2000)</b>	39
Die PLO als Polizist	40
5.1 Friedensprozeß und Umstrukturierung des israelischen Kapitals	40
Die palästinensische Arbeiterklasse	41
Die jüdische Arbeiterklasse	42
<b>6. Die Intifada im 21. Jahrhundert</b>	43
Die israelischen Araber	
Weitere Diskreditierung der PNA und Militarisierung des Kampfs	
6.1 Die Wirkung der neuen Intifada	46
<b>7. Zusammenfassung: Vom Aufstand zum Krieg?</b>	48

# Hintergründe der Intifada im 21. Jahrhundert

*aus: Aufheben #10, 2002*

## 1. Einleitung

Während wir in Druck gehen [im September 2001, d.Ü.], unternehmen die USA ernsthafte Anstrengungen, den »Friedensprozeß« von Oslo zu retten, und zwar als zentralen Bestandteil ihrer Strategie einer Mobilisierung und Vereinheitlichung der Welt-Bourgeoisie hinter dem »Krieg gegen den Terrorismus«. Vorher hatten die USA Israel und die Palästinenser ein ganzes Jahr lang in einem einseitigen, bedrückenden und blutigen Konflikt versinken lassen. Der Eindruck, daß die USA den israelischen Staatsterrorismus gegen die Palästinenser unterstützen, hat stark dazu beigetragen, daß viele Menschen im Nahen Osten und anderswo mit gemischten Gefühlen oder sogar positiv auf den gegen das Herz der US-Militär- und Finanzmacht gerichteten Terrorismus reagieren. Dadurch ist der israelisch-palästinensische Konflikt in den Mittelpunkt gerückt, was eine Analyse der Kräfte hinter der neuen Intifada umso dringender macht.

Als World Trade Center und Pentagon angegriffen wurden, wütete die sogenannte »Al Aksa Intifada« schon etwa ein Jahr. Sie schien den Versuch eines bürgerlichen Friedens, wie ihn die Osloer Verträge darstellen, praktisch sabotiert zu haben. Das hat das palästinensische Proletariat allerdings teuer bezahlt: Es hat mehr Tote und Verletzte zu beklagen als während der Intifada von 1987 bis 1993. Vor allem ist die Intifada mit der hohen Anzahl von Toten unter der palästinensischen Bevölkerung im israelischen Kernland in bisher nicht gesehener Weise nach Israel zurückgekehrt: in den ersten Tagen des Aufstands gab es in Jaffa und Nazareth Generalstreiks und Riots, und die wichtigste Straße durch das nördliche Galiläa war mit brennenden Reifen übersät. Auf der anderen Seite der Grünen Linie steigt durch die israelische Attentatspolitik stetig die Zahl der Todesopfer, und jeden Tag werden neue Details über die Schrecken des Nationalismus und der Repression bekannt, die einen immer mehr abstumpfen lassen.

Was die gegenwärtige Intifada aber tatsächlich von der vorherigen unterscheidet, ist die Existenz eines palästinensischen Staatsgebildes, dessen Polizeirole und Satelliten-Status durch den Aufstand deutlich geworden sind. Der

israelische Staat hat angefangen, die von der palästinensischen Autonomiebehörde kontrollierten Gebiete offenbar vorübergehend wieder zu besetzen. Was auch immer die wirklichen Ziele des israelischen Staates sein mögen: Diese Besetzungen sollten die Autonomiebehörde brutal daran erinnern, daß Israel sie geschaffen hat und sie darum auch wieder zerstören kann.

Der Artikel soll keine Vorhersagen über zukünftige Entwicklungen im palästinensisch-israelischen Konflikt aufstellen, sondern die gegenwärtige Intifada in ihren historischen Zusammenhang stellen und sie aus der Perspektive des Klassenkampfes verstehen. Viele Leute reagieren auf das Palästina-Problem meist mit einem abstrakten Appell an die Solidarität zwischen arabischen und jüdischen Arbeitern. Gleichzeitig legitimiert die leninistische Linke die nationalistische Ideologie, die die Arbeiterklasse spaltet, indem sie das »Recht auf nationale Selbstbestimmung« bekräftigt und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) »kritische Unterstützung« anbietet.<sup>1</sup> Während wir dies schreiben, läßt die Intifada eine Überwindung der nationalistischen Ideologie kaum erkennen. Die arabischen und jüdischen Arbeiter »kämpfen zusammen« – offenbar aber zusammen mit ihren Bourgeoisien und gegeneinander.

Der Artikel wird einige materielle Gründe dafür skizzieren, warum es so wenig jüdisch-arabische proletarische Solidarität gibt. Die Besetzung und die schlechtere Stellung der Palästinenser auf dem Arbeitsmarkt in Israel wie in den besetzten Gebieten bedeuten für Juden aus der Arbeiterklasse materielle Vorteile. Seit Mitte der 70er Jahre verliert dieses Arrangement (das wir Arbeiterzionismus nennen) aber an Bedeutung, und die wirtschaftliche Lage der jüdischen Arbeiter wird prekärer. Die Besetzung der Westbank (auch: Westjordanland) und des Gaza-Streifens war notwendig, um die jüdische Arbeiterklasse in Israel zu befrieden. Die Siedlungen in den besetzten Gebieten funktionieren als sozialer Wohnungsbau, der die immer prekärere wirtschaftliche Lage der jüdischen Arbeiter abfedern soll, und dies ist für die Architekten des bürgerlichen Friedens inzwischen ein unlösbares Problem.

Eine typisch linke Position ist die Forderung nach einem »demokratischen, sozialistischen Staat Palästina«, »in dem Araber und Juden in Frieden leben können«.<sup>2</sup> Dies hört sich für uns vielleicht relativ reformistisch an, aber in Israel gilt eine derartige Forderung nach einem »weltlichen, demokratischen, binationalen Staat« als abenteuerlich revolutionär – sogar bei relativ radikalen Aktivisten. Seit Anfang des 20. Jahrhunderts werden die Kämpfe beider Gruppen von Arbeitern zunehmend durch das nationalistische Prisma gebrochen. Trotzdem ist das gräßliche Schauspiel von Proletariern, die Proletarier töten, kein unausweichliches Schicksal; der Nationalismus im Nahen Osten ist als Antwort auf die Militanz der Arbeiterklasse entstanden und wird auch als solche weiter am Leben gehalten. Für uns läßt sich die Ideologie des Nationalismus, wie sie sich

im Nahen Osten zeigt, nur über die Entstehung des Erdöl-Proletariats und die zunehmende Macht der USA in der Region verstehen. So waren die Formen, in denen sich der palästinensische Nationalismus – vor allem der PLO – ausdrückte, zum Beispiel eine praktische Antwort der palästinensischen Bourgeoisie im Exil auf ein offen rebellisches palästinensisches Proletariat. Der von den USA vermittelte »Friedensprozeß« entwickelte sich aus der Erkenntnis, daß die PLO in der Intifada eine integrative Rolle spielte, während das Scheitern von Oslo und die offensichtliche deutliche Zunahme der islamistischen Feindschaft gegenüber der USA damit zusammenhing, daß die PLO noch nicht einmal die grundlegenden Forderungen des palästinensischen Nationalismus erfüllen konnte.

Wir müssen deswegen erstmal die internationalen Zusammenhänge im Nahen Osten verstehen, vor allem die hegemoniale Rolle der USA in der Region.

## **2. Der Aufstieg Amerikas**

Die militärische Bedeutung des Erdöls zeigte sich erstmals im Weltkrieg von 1914-18. Danach wurde der Einfluß Deutschlands im Nahen Osten drastisch zurückgestutzt, und allen Großmächten wurde klar, daß das Osmanische Reich sich nicht länger halten konnte (zum Teil infolge eines arabischen Aufstands 1917, den die Briten unterstützt hatten). England und Frankreich teilten den Nahen Ostens in Einflußsphären auf, wobei England Palästina kontrollierte. Obwohl dies angeblich dazu dienen sollte, Rußland daran zu hindern, in der Region Fuß zu fassen, wollte England auch die französischen Ambitionen in Syrien und Libanon zurechtstutzen, den Zugang zum Suezkanal sichern und für den ungehinderten Nachschub irakischen Öls sorgen.

Angesichts des britischen Niedergangs als imperialer Macht war seine Position in Palästina 1947 nicht mehr zu halten. Ausgelaut durch den Zweiten Weltkrieg, angegriffen von militanten jüdischen Siedlern und außenpolitisch zunehmend von den USA ins Abseits gedrängt, wurstelte Großbritannien bis 1948 weiter, als nach Staatsgründung Israels sein »Abzug« inszeniert wurde.

Im selben Jahr expandierte und konsolidierte sich der israelische Staat durch Krieg gegen seine arabischen Nachbarn, und die USA stiegen zur dominierenden fremden Macht in der Region auf. Die USA hatten drei strategische Interessen: die Ausdehnung der Sowjetunion in den Mittelmeerraum zu stoppen, die neu gefundenen Ölfelder auf der arabischen Halbinsel zu schützen und schließlich jede Fortsetzung des britischen und französischen Einflusses in der Region zu torpedieren.

In den Jahren unmittelbar nach dem Krieg sahen die USA ihre Hauptkonkurrenten im Nahen Osten weniger in der Sowjetunion als vielmehr in den alten europäischen Mächten. Der von der CIA unterstützte Pahlawi-Putsch von 1953 im Iran – eine Reaktion auf die Verstaatlichung der britischen Ölfelder im Iran – hatte zur Folge, daß 40 Prozent des britischen Öls an die USA fielen. Der Putsch machte den Iran zu einem Satellitenstaat der USA im »weichen Unterbauch« an der Südgrenze der Sowjetunion, zu einer Bastion der »westlichen Kultur« im Nahen Osten. In ähnlicher Weise verhinderten die USA in der Suez-Krise 1956, daß England und Frankreich wieder ihre nationalen Interessen in Ägypten geltend machten, so daß diese alten imperialen Mächte im Nahen Osten fortan nur noch die zweite Geige hinter den USA spielten.

Als Ägypten aber nach dem Putsch der Freien Offiziere 1952 in die sowjetische Einflußsphäre geriet und 1955 Waffenlieferungen mit der Tschechoslowakei vereinbarte, erkannten die USA, daß die Sowjetunion versuchte, in der Region die Muskeln spielen zu lassen. Die offizielle Losung der US-Außenpolitik hieß jetzt Eindämmung der Sowjetunion, d.h. die Schaffung von Hindernissen für den sowjetischen Einfluß im Nahen Osten. Dahinter stand eine Politik einer Verteidigung der ökonomischen Interessen der USA um jeden Preis.

## **2.1 Die ökonomischen Interessen der USA im Nahen Osten**

Das Hauptinteresse der USA in der Region gilt natürlich dem Öl. Der Zweite Weltkrieg hatte nicht nur die USA in der imperialistischen Hackordnung ganz nach oben befördert, sondern auch die zentrale strategische Bedeutung des Nahen Ostens als wichtigste erdölproduzierende Region bestätigt. 1945 nannte ein Bericht des amerikanischen Außenministeriums Saudi Arabien »eine unglaubliche Quelle strategischer Macht und eines der größten materiellen Besitztümer in der Weltgeschichte«. Daran hat sich seither wenig geändert, außer daß das Öl während des dynamischen fordistischen Wachstums der USA in den 20 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg sogar noch wertvoller wurde.

Mit der Ablösung des Eisenbahnbaus durch die Automobilproduktion und die petrochemische Industrie als Wachstumsmotoren ging das Kapital von der Kohle zum Erdöl als zentralem Rohstoff über. Ölquellen, vor allem im Nahen Osten mit seinen riesigen Vorkommen, erlangten zentrale Bedeutung. Nachdem die Bedeutung des Öls der Region in der Energiekrise der 70er Jahre deutlich geworden war, machten die USA vor nichts halt, um es sich vor und über allen anderen zu sichern. Eine sekundäre, aber nicht unwichtige Profitquelle entsteht den USA seit Anfang der 70er Jahre durch den Fluß arabischer Petrodollars nach Nordamerika in Form von Rüstungsaufträgen, Bauprojekten, Einzahlungen auf Bankdepots und anderen Investitionen.

## 2.2 Panarabischer Nationalismus und erdölproduzierendes Proletariat

Zunächst spielte der neugeborene Staat Israel in den US-Planungen keine große Rolle. In der Suez-Krise hatten sich die USA gegen den israelischen Expansionismus auf die Seite Ägyptens gestellt. Die Vorteile einer besonderen strategischen Partnerschaft mit »dem zionistischen Gebilde« erkannten die USA erst in den 50er Jahren mit dem Aufkommen eines aggressiveren arabischen Nationalismus.

Das Wachstum der Erdölproduktion im Nahen Osten hatte zu einer schnellen Modernisierung bislang traditioneller Gesellschaften geführt. Aus dem Militärapparat und der Bürokratie entstand eine Pseudo-Bourgeoisie, die eine nationale Akkumulation betrieb, sich am sowjetischen Modell der kapitalistischen Entwicklung orientierte und gegen den »Imperialismus« wandte.

Die konsequenteste Form des Anti-Imperialismus war der »pan-arabische« Nationalismus. Seine Ursprünge lagen im Osmanischen Reich, das die Araber unter türkischer Herrschaft geeint hatte, aber nach dem Ersten Weltkrieg zusammenbrach. Danach teilten die imperialistischen Mächten den Nahen Osten unter sich auf, um Zugang zu neuen Märkten und strategischen Rohstoffen zu erlangen. Die neuen Grenzen verliefen quer zum Gefüge der »Umgangssprachen, Gewohnheiten und Traditionen« unter den Einwohnern des Osmanischen Reichs. In der pan-arabischen Ideologie soll eine auf einer Idealisierung vorkapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse basierende »natürliche Gemeinschaft« die Klassengegensätze neutralisieren. Der Pan-Arabismus ist zwar eine politische Bewegung der Moderne, aber mit Hilfe dieser vorgestellten »natürlichen Gemeinschaft« konnte er sein Modernisierungsprojekt vorantreiben und den Klassenkampf einbinden.

Als nationalistische Bewegung diente der Pan-Arabismus der Spaltung und Kooptierung der Arbeiterklasse der Region und damit der Förderung der kapitalistischen Entwicklung. Trotzdem bedrohten seine Orientierung an der Sowjetunion und seine staatskapitalistischen Tendenzen die besonderen Interessen des westlichen Kapitals.<sup>3</sup> Obwohl keineswegs alle westlichen Kapitale identische Interessen hatten, gefährdeten die staatskapitalistischen Tendenzen des arabischen Nationalismus langfristig den ungehinderten Zugang des westlichen Kapitals zu den Ölfeldern des Nahen Ostens.

Zu der Zeit, als der arabische Nationalismus sich zu einem kämpferischen Pan-Arabismus verbündete, wurde er aber von Israel vernichtend geschlagen. Und ökonomisch fiel es den Bourgeoisien der verschiedenen arabischen Staaten früher oder später schwer, den riesigen Wirtschaftshilfen zu widerstehen, die bei einer Wiederanlehnung an die USA winkten.<sup>4</sup> Ihr innenpolitisches Problem (und die PLO macht da keine Ausnahme), offen pan-arabisch zu sein oder nicht, besteht darin, sich glaubhaft mit Amerika zu verbünden und gleichzeitig den Traum von der arabischen Unabhängigkeit und der Zerstörung Israels am Leben zu halten.

Ein Ausdruck dieser Spannung war die drastische Ölpreiserhöhung 1973, die als Reaktion auf den Yom-Kippur-Krieg zwischen Israel und den arabischen Staaten gesehen wurde. Die Forderungen des erdölproduzierenden Proletariats führten aber dazu, daß in einigen Ländern ein unverhältnismäßiger Teil der von der OPEC durchgesetzten höheren Ölpreise für die Bedürfnisse der Arbeiterklasse ausgegeben wurde, statt für die umfangreiche Technologie, die für die industrielle Entwicklung notwendig gewesen wäre.<sup>5</sup>

Die strategischen Imperative der USA drehten sich vor allem um zwei Achsen: erstens Eindämmung der scheinbaren Bedrohung durch die Sowjetunion und zweitens Zerschlagung oder, wo möglich, Kooptierung der verschiedenen Erscheinungsformen des arabischen Nationalismus, der über die Region fegte.

Zusätzlich zu ihrer üblichen Vorgehensweise bei Interventionen von außen – enthusiastische Unterstützung der glaubwürdigsten pro-westlichen Fraktion der Bourgeoisie, Einbindung möglichst großer Teile jeder Volksbewegung, Eliminierung der unverbesserlichen Unruhestifter – stellten die USA in raffinierter Art und Weise den Nahen Osten als permanent krisenhaften und nicht rational zu verstehenden Teil der Welt dar. Sie gingen zu einer Politik des »Krisenmanagements« über, um »Frieden in die weltweite Krisenregion Nr. 1 zu bringen«. Unabhängig von den jeweiligen Krisen flossen aber das Erdöl und die Petrodollars weiter von Ost nach West, und die USA stehen nach wie vor nicht unter Druck, für einen dauerhaften bürgerlichen Frieden in der Region zu sorgen.<sup>6</sup>

### **2.3 Der palästinensische Nationalismus als illegitimes Kind des Arbeiterzionismus**

Israel befindet sich zwar in der Nähe der Ölfelder des Nahen Ostens, hat aber keine eigenen, was zu seiner strategischen Verwundbarkeit gegenüber seinen Nachbarn beiträgt. Die USA nutzten Israels Ruf als »Bastion der westlichen Kultur in einem von kleinen Despoten beherrschten Meer der Rückständigkeit«<sup>7</sup>, um die Kontrolle über die Ölfelder zu behalten.

Seit Ende der 50er Jahre wurde an den dramatisch ansteigenden finanziellen und militärischen Hilfeleistungen deutlich, daß die USA Israel als strategischen Verbündeten sahen, der als Gegengewicht zu den sowjetischen Satellitenstaaten Ägypten und Syrien fungieren und diese sogar besiegen konnte. Die Kriege von 1967 und 1973 zeigten der arabischen Welt deutlich, wie mächtig Israel geworden war, nämlich zur regionalen Supermacht. Besonders die israelische Luftwaffe hatte unumschränkte Kontrolle über den östlichen Mittelmeerraum.

Israel hatte für die politischen Entscheidungsträger in den USA noch eine zweite Funktion: Da die USA noch tief getroffen vom Vietnamkrieg waren und die öffentliche Meinung im eigenen Land oder Bedenken hinsichtlich ihrer inter-



nationalen Stellung sie häufig daran hinderten, nach Belieben an den politischen Brennpunkten der Welt zu intervenieren, benutzten sie vor allem in den 70er und 80er Jahren regelmäßig Israel als Kanal, durch den sie selbst oder Israel diverse Aufstandsbekämpfungsbewegungen mit Geld und Waffen versorgten. Unter anderem profitierten die herrschenden Klassen von Zaire, Südafrika, Angola, El Salvador, Guatemala und Indonesien bei der Niederschlagung von Aufständen von rechtzeitiger israelischer Hilfe.

Obwohl die Bourgeoisie der USA eher pro-zionistisch war, hat Israel aber »nie ausgereicht«, um die Sicherheit ihrer Interessen zu gewährleisten. Dafür mußte sie direkt mit den arabischen Staaten zusammenarbeiten, was sich zuweilen als höchst riskante Strategie erwies, die nicht immer im Sinne der USA aufging. Im Gegensatz zu den Golfstaaten und der Türkei, die ihre Rolle als Satellitenstaaten nie in Frage gestellt haben, ließen arabischer Nationalismus, »Sozialismus« und Islamismus einige arabische Nationen eine unnachgiebige Haltung gegenüber den USA einnehmen. Ägypten unter Nasser, Syrien unter Hafez al-Assad und der Iran unter den Mullahs sind einige Beispiele dafür.

Zur Zeit bereiten noch zwei Punkte den amerikanischen Politikern schlaflose Nächte: *erstens* der Aufstieg des Islamismus, der ursprünglich von den USA als Gegengewicht zur Sowjetunion gefördert wurde, sich inzwischen aber von den USA und ihren Satellitenstaaten kaum noch einbinden läßt. Von Syrien über Jordanien bis Ägypten sind die Gefängnisse im Nahen Osten voll mit radikalen, anti-amerikanischen Islamisten. *Zweitens* die immer wieder auftauchende Palästina-Frage. Teile der arabischen Bourgeoisie nahmen eine radikal anti-amerikanische Haltung ein, weil Israel eine große palästinensische Diaspora quer durch das erdölproduzierende Proletariat des Nahen Ostens geschaffen hatte. Als »Wachhund« des US-Imperialismus sorgte Israel für die außenpolitische Bedrohung, die die entstehenden arabischen Bourgeoisien vereinigte und die arabischen Arbeiter mobilisierte. Jedes Mal, wenn sich die arabische Bourgeoisie mit der Gefahr des proletarischen Antagonismus konfrontiert sah, konnte sie die Wut des Proletariats auf »den wahren Feind« lenken: Israel. Nach 1967 wurde die PLO zum wichtigsten politischen Ausdruck des Pan-Arabisismus.

Angesichts der pan-arabischen Feindseligkeit sucht die israelische Bourgeoisie immer wieder militärische Bündnisse mit nicht-arabischen islamischen Staaten. Die Verbindung zum Iran wurde allerdings 1979 durch den Sturz der Pahlawi-Dynastie abgebrochen. Das neue schiitische Regime war noch vehementer anti-westlich eingestellt als die arabischen Nationalisten.<sup>8</sup> Inzwischen hat Israel in der Türkei einen neuen nicht-arabischen Alliierten in der Region gefunden.

Der pan-arabische Nationalismus, die ideologische Basis des palästinensischen Nationalismus, hing also aufs engste mit dem Zionismus zusammen und von ihm ab.<sup>9</sup> Wie seine Nemesis war auch der Zionismus eine nationalistische

Bewegung, die auf einer idealisierten »natürlichen Gemeinschaft« beruhte, in diesem Fall von Juden.<sup>10</sup> Den gegenwärtigen Aufstand und die nationalistische Ideologie, von der er getränkt ist, kann man nicht verstehen, ohne den Nationalismus zu verstehen, gegen den sie sich richten: den Zionismus. Wir wollen uns nun seiner bis vor kurzem herrschenden Form, die man als Arbeiterzionismus bezeichnen könnte, zuwenden.

### **3. Zwei nationale Befreiungsbewegungen: der Arbeiterzionismus und die palästinensische National-Bewegung**

#### **3.1 Der Arbeiterzionismus und die Militanz der europäisch-jüdischen Arbeiterklasse**

Die Basis des Arbeiterzionismus war traditionell das Umfeld einiger großer Institutionen, vor allem der Histadrut und des Jüdischen Nationalfonds (JNF). Die Histadrut ist eine staatliche »Gewerkschaft«, die auch schon immer ein großer Arbeitgeber war. Schon vor der Schaffung Israels war sie ein Arbeitsministerium in Embryonalform, das für Teile der jüdischen Arbeiter auch als Gewerkschaft fungierte. Der Jüdische Nationalfonds wurde 1903 als Fonds zur Sammlung von Spenden von Zionisten gegründet. Seine wichtigste Funktion war die einer nationalen Landverwaltungsbehörde. Im Namen »aller Juden« kaufte er große Landflächen und kontrollierte einen Großteil des in der Landnahme von 1948 gewonnenen Bodens. JNF-Land konnte nur an Juden verpachtet und von ihnen bestellt werden und ging 1948 in Staatseigentum über. Achtzig Prozent der Israelis leben auf Land, das ursprünglich einmal dem JNF gehörte, und ein Großteil davon wird immer noch vom JNF kontrolliert.

Die frühen Zionisten waren eine bürgerliche Interessengruppe, die bei verschiedenen europäischen Führern (einschließlich Mussolini) Lobby-Arbeit betrieben. Anders als die meisten europäischen Juden verstanden sich diese Zionisten als Antikommunisten. »Ehrliche Antisemiten« sahen sie als Verbündete, die ihnen Land geben würden, um die »revolutionäre Bedrohung« durch die Juden loszuwerden. Sie umwarben auch westeuropäische jüdische Kapitalisten, die die anhaltende Einwanderung militanter osteuropäischer Juden in ihre Länder als eine Gefahr für die Assimilierung und als Ermutigung des Antisemitismus betrachteten und sie deshalb verhindern wollten, und Kolonialstaaten, die ihnen Land geben oder verkaufen konnten (was damals nicht unbedingt Palästina sein

mußte). Der Zionismus war aber immer darauf angewiesen, daß er eine Massenbewegung war, und die frühen Zionisten hielten ihre politischen Bündnisse zu diesem Zweck gerne flexibel.

In seinen frühen Tagen spielte der Zionismus für die meisten proletarischen europäischen Juden, die sich eher der über den Kontinent fegenden revolutionären Arbeiterbewegung verbunden fühlten, keine Rolle.<sup>11</sup> Und auch viele osteuropäische Juden aus der Mittelschicht sahen angesichts des rechten Antisemitismus ihren einzig möglichen Platz auf der Linken.

Um diese Basis anzusprechen, mußten die zionistischen Gruppen ihre »sozialistischeren« Aspekte betonen.<sup>12</sup> Das fiel zusammen mit der im Zionismus ausgedrückten Sehnsucht nach einer Rückkehr zu den vorkapitalistischen Gemeinschaftsbindungen als der eigentlichen Grundlage der »jüdischen Identität«. Die eher »sozialdemokratischen« Elemente im Zionismus traten in den Vordergrund und überdauerten als dominante Form. Dadurch konnten die zionistischen Gruppen in der jüdischen Arbeiterbewegung Fuß fassen.

### *Die Ankunft des Arbeiterzionismus in Palästina*

Die frühen jüdischen Siedlungen waren mehr oder weniger geschäftliche Unternehmungen, die letztlich meistens arabische Arbeiter anstellten (welche oftmals durch die zionistischen Landnahmen frisch proletarisiert worden waren).<sup>13</sup> Neue jüdische Einwanderer auf der Suche nach Arbeit mußten manchmal sogar auf der gleichen Grundlage wie die Araber Gelegenheitsarbeiten annehmen.<sup>14</sup>

Der Aufstieg der Institutionen des Arbeiterzionismus in der jüdischen Gemeinschaft in Palästina begann in den 20er Jahren. Etwa seit 1905, als nach dem Scheitern der Revolution viele linke russische Juden zum Zionismus wechselten, hatte es einen anhaltenden Kampf gegeben. Die zweite Welle der zionistischen Einwanderung bestand v.a. aus jungen, gebildeten, linken Mittelschichts-Juden, die zurück aufs Land und dort als Pioniere arbeiten wollten. Von der zionistischen Kolonisation waren sie enttäuscht, weil sie diese im Gegensatz zu ihren Hoffnungen als viel zu kapitalistisch empfanden. Im Gegensatz zu den jüdischen Kapitalisten, die froh waren, (billige) arabische Arbeitskraft ausbeuten zu können, brachten sie die Idee auf, daß auf jüdischem Land und in jüdischen Unternehmen ausschließlich jüdische Arbeiter arbeiten sollten. Wenn ein Bestandteil des modernen Antisemitismus ein Pseudo-Antikapitalismus ist, in dem die Juden mit der abstrakten Seite der Warenform gleichgesetzt werden – mit abstrakter statt konkreter Arbeit, mit der »wurzellosen und kosmopolitischen« Finanz- und Zirkulations- statt der bodenständigen und auf nationaler Grundlage stehenden Produktionssphäre<sup>15</sup> – dann ist der Zionismus mit seiner Betonung der Arbeit und der Rückkehr aufs Land auf einer bestimmten Ebene eine Antwort darauf. In einem ausschließlich jüdischen Staat, glaubte man, würden sich die Juden

nicht in ausgesuchten Gewerben oder Berufen konzentrieren, sondern das ganze Spektrum kapitalistischer Arbeitsteilung abdecken. Daher die Losungen: »Eroberung des Landes« und »Eroberung der Arbeit«.

Das führte zu einem Konflikt zwischen alten Siedlern und neuen Einwanderern.<sup>16</sup> Bei jüdischen Bossen, die weiterhin arabische Arbeiter beschäftigten, standen die zionistischen Gewerkschaften Streikposten.<sup>17</sup> Der Konflikt wurde durch die zionistische Organisation gedämpft, die den größten Teil ihrer Gelder benutzte, um die Löhne jüdischer Arbeiter zu subventionieren, sodaß die Unternehmer jüdische Arbeiter genauso billig wie arabische beschäftigen konnten. Trotzdem gab es immer noch Streiks. Als Reaktion darauf organisierte die rechte Opposition mit Hilfe polnischer Einwanderer aus dem Kleinbürgertum, reicher Bauern und Fabrikbesitzer eine »Nationale Gewerkschaft« mit Streikbrechern. Außerdem führten sie Angriffe auf proletarische Organisationen durch.<sup>18</sup> Andererseits erhielten die linken »Eroberung der Arbeit«-Zionisten starken Auftrieb durch die palästinensischen Generalstreiks von 1936, als jüdische Arbeiter sich als Streikbrecher gegen die streikenden Palästinenser betätigten.

Schon in den 20er Jahren waren über drei Viertel der jüdischen Arbeiter in der Histadrut organisiert, die nach der britischen Regierung der größte Arbeitgeber war. Sie betrieb auch die Arbeitsvermittlungsstellen und war eng mit den Handels- und Produktionsgenossenschaften verbunden. Mit dieser Struktur stellte die Histadrut eine lebenswichtige Grundlage der »Quasi-Regierung« der zionistischen Organisationen dar. Sie organisierte Ausbildung, Einwanderung und wirtschaftliche und kulturelle Angelegenheiten. Der zionistische Staat verwurzelte sich also bereits vor 1948 in korporatistischen sozialdemokratischen Formen.<sup>19</sup>

### *Die zionistische ethnische Schichtung*

Nach der massenhaften Landnahme 1948 trat erstmals ein Problem auf, das seitdem ständig wiederkehrt: Mangel an jüdischen Arbeitskräften. Europäische bürgerliche Juden präsentierten ihren Geldgebern und Unterstützern den Zionismus als Problemlösung gegen die Militanz der jüdischen Arbeiter. Allerdings wollten die meisten Juden nicht nach Israel, sondern eher nach Amerika oder Westeuropa. Europäische Juden waren überhaupt nicht begeistert von der territorialen Unterlegenheit des winzigen Staats im Verhältnis zu seinen feindlichen arabischen Nachbarn, die letztlich den Expansionsdrang anheizte: Anders als Ägypten im Westen oder Syrien im Nordosten konnte Israel es sich nicht leisten, auch nur einen Hektar Land zu verlieren. Die daraus resultierende Militarisierung Israels schreckte potentielle Einwanderer erst recht ab.

Das Problem wurde teilweise durch die Einwanderung von Juden aus dem Nahen Osten und Nordafrika gelöst. Viele orientalische Juden hatten allerdings keine Lust, nach Israel zu gehen, und waren sogar gegen den Zionismus, weil er

ihre Situation, vor allem in arabischen Ländern, noch schwieriger machte. Große Teile der arabischen Bourgeoisie versuchten, gegen den Zionismus den Pan-Arabisismus zu unterstützen, und obwohl die orientalischen Juden keinem systematischen Völkermord auf dem Niveau des Holocaust ausgesetzt waren, gab es in einigen Ländern im Nahen Osten Pogrome. Die Gründung Israels, der Krieg von 1948 und das darauf folgende Erstarken des arabischen Nationalismus machten die Lage der orientalischen Juden noch schwieriger, so daß viele von ihnen nach Israel emigrierten.<sup>20</sup>

Die orientalischen Juden wurden in diesem Umsiedlungsprozeß häufig proletarisiert. Wer berufliche Qualifikationen besaß, stellte oft fest, daß diese in Israel nicht benötigt wurden, und mitgeführte Wertsachen wurden ihnen bei der Einreise oft weggenommen. Im völligen Gegensatz dazu wurden westliche Juden bei der Wohnungs- und Arbeitssuche bevorzugt behandelt, und einige konnten individuelle Entschädigungszahlungen aus Deutschland als Geldkapital nutzen. Orientalische Juden kamen regelmäßig auch in die Durchgangslager und Neubaustädte, die in Grenznähe lagen und ebenso überbevölkert wie gefährlich waren. Als die hauptsächlich nordafrikanischen Juden, die in Grenzstädten wie Musrara abgeladen wurden, die Häuser der durch den Enteignungskrieg 1948 vertriebenen Araber besetzten, drückte der Staat ein Auge zu. Praktisch führte das dazu, daß die orientalischen Juden die Grenzen gegen die Araber sicherten. Die Praxis des Arbeiterzionismus in Israel basierte also auf einer ethnischen Schichtung der Arbeiterklasse, nicht nur zwischen Juden und Arabern, sondern auch zwischen orientalischen und westlichen Juden. Die treibende Kraft hinter dem »Blühenlassen der Wüste« zu einem modernen kapitalistischen Staat war die Arbeit der orientalischen Juden und der wenigen verbliebenen Palästinenser.

Trotzdem entstand in Israel aufgrund der großen Bedeutung ausländischer finanzieller Unterstützung keine »normale« kapitalistische Ökonomie. Ab den 50er Jahren kam aus Deutschland jährlich eine Milliarde Mark an kollektiven Entschädigungen für den Nazi-Holocaust. Noch wichtiger waren die Beiträge aus den USA. 1983 erhielt Israel mit nur drei Millionen Einwohnern 20 Prozent aller amerikanischen Hilfgelder. Jede israelische Familie erhielt mit anderen Worten 2 400 Dollar von der US-Regierung. Allerdings hatte sich die israelische Bourgeoisie im entwickeltsten kapitalistischen Staat der Region ihre eigenen potentiellen Totengräber akkumuliert: eine kämpferische Arbeiterklasse.

### **3.2 Widerstand der jüdischen Arbeiterklasse und Zwang zur Expansion**

Anders als viele andere Länder im Nahen Osten hat Israel schon immer eine relativ große Arbeiterklasse auf einem kleinen Gebiet konzentriert. Die ethnische

Schichtung hat verhindert, daß gegen das israelische Kapital ein homogenes Proletariat entstand. Trotzdem war die israelische Arbeiterklasse immer kämpferisch. Das Hauptmerkmal des Klassenkampfes in dieser Zeit war der Kampf orientalischer Juden gegen ihre untergeordnete Position in der israelischen Gesellschaft. Während der ganzen 50er Jahre gab es in den zum allergrößten Teil orientalischen Durchgangslagern »Brot und Arbeit«-Riots, die sich regelmäßig gegen die Polizei richteten. Die »Wadi Salib Riots« 1959 begannen in einem Slum von Haifa und sprangen sofort auf andere Orte mit einer starken marokkanisch-jüdischen Bevölkerung über.

Wie in westeuropäischen Staaten wurden die Klassenkämpfe in Israel durch sozialdemokratische Institutionen vermittelt. Viele der militanten orientalischen Juden sahen die Histadrut und die Arbeitspartei allerdings als Gegner, daher waren diese Institutionen oft Angriffen ausgesetzt. Bei einer Gelegenheit wurde 1953 das Büro der Histadrut Ziel eines Brandanschlages durch orientalisch-jüdische Demonstranten, die im nackten Korporatismus der Histadrut die Verkörperung ihrer eigenen Unterordnung unter die westlichen Juden sahen.

Anfang der 60er Jahre steckte die israelische Wirtschaft in einer Krise, zum Teil, weil die deutschen Reparationszahlungen, die dem israelischen Kapital einen guten Start verschafft hatten, langsam versiegteten. Viele Einwanderer, die gekommen waren, weil sie auf ein besseres Leben hofften, sahen sich nun mit wachsender Arbeitslosigkeit konfrontiert. Die jüdischen Arbeiter machten den Kapitalisten das Leben weiterhin schwer; allein 1966 kam es zu 277 Streiks.<sup>21</sup>

Als das Verbrennen der roten Fahne (die die Hegemonie der Arbeitspartei symbolisierte) auf den Demonstrationen der Hafenarbeiter zur Routine wurde, war klar, daß es den sozialdemokratischen Formen des Arbeiterzionismus nicht mehr gelang, die Kämpfe der jüdischen Arbeiter zu befrieden.

### *Der Boom nach 1967*

Nach dem Krieg von 1967 war Israel weiterhin von feindlichen arabischen Staaten umgeben – herrschte nun aber auch über die palästinensische Bevölkerung der besetzten Gebiete: Ein Drittel der Bevölkerung waren Palästinenser. Angesichts der Bedrohung von außen *und* innen verlangte das Überleben des zionistischen Staats die Einheit aller israelischen Juden – der westlichen wie der orientalischen. Aber um alle Juden hinter dem Staat Israel zu vereinen, mußten die bisher ausgegrenzten orientalischen Juden in einen erweiterten Arbeiterzionismus integriert werden. Günstigerweise schufen dieselben Umstände, die die Ausweitung des Arbeiterzionismus notwendig machten, auch die Bedingungen für eine derartige grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft.

Erstens hatte der Krieg von 1967 die USA gezwungen, sich zu Israel als Gegengewicht zum wachsenden panarabischen Nationalismus zu bekennen, der sich mit der UdSSR verbündete. Zweitens versorgte die Besetzung der Westbank Israel mit

einem großen Reservoir hochgradig ausbeutbarer palästinensischer Arbeitskraft. Zusammen mit den immer reichlicher fließenden Hilfen aus den USA schuf die billige palästinensische Arbeitskraft die Bedingungen für das schnelle Wachstum der israelischen Wirtschaft im folgenden Jahrzehnt.

Nach 1967 konnte der israelische Staat eine militärkeynesianistische Politik betreiben, in den 70er Jahren stiegen die Militärausgaben auf bis zu 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Der Wirtschaftsboom wurde von steigenden öffentlichen Ausgaben angetrieben, die mit einem wachsenden Staatsdefizit finanziert wurden. Dadurch schuf die Regierung neue Arbeitsplätze, direkt durch die Ausweitung des öffentlichen Sektors, und indirekt, weil der private Sektor wuchs, um die Nachfrage der Armee zu bedienen. Die zunehmenden Forderungen aus dem israelischen Militär nach High-Tech-Bewaffnung verschafften den die israelische Wirtschaft beherrschenden und von der westlich-jüdischen Bourgeoisie kontrollierten fünf größten Konzernen sichere Profite. Zudem ließ das Militär auch Militärstützpunkte, Kasernen und andere Einrichtungen bauen, was dem erstarkenden orientalisch-jüdischen Kleinbürgertum Geschäftsmöglichkeiten bot, das hohe Gewinne aus der Ausbeutung billiger palästinensischer Arbeiter zog. Rüstungsgüter bedienten nicht nur die Binnennachfrage, sondern wurden zum wichtigsten Exportprodukt. Da ein Großteil des öffentlichen Sektors der militärischen Akkumulation diente, durften in diesen Branchen nur Wehrpflichtige arbeiten. Von diesem zweifelhaften Privileg waren selbst Araber mit israelischer Staatsbürgerschaft ausgeschlossen, von den Palästinensern in den besetzten Gebieten ganz zu schweigen. Somit waren die »strategischen« (besser bezahlten) Branchen per Definition den (oft orientalischen) Juden vorbehalten.

Die Militarisierung der Wirtschaft beförderte zwar die Integration der orientalischen Juden, verstärkte aber die Benachteiligung der nicht-jüdischen Arbeiter. Praktisch hatte Israel nun einen doppelten Arbeitsmarkt: einen jüdischen und einen palästinensischen. Bezeichnenderweise folgte der israelischen Besetzung dieser Gebiete kein *de jure*-Anschluß. Das hätte nämlich bedeutet, den Palästinensern der Westbank oder des Gazastreifens dieselben begrenzten Staatsbürgerrechte zugestehen zu müssen wie den Palästinensern, die es geschafft hatten, bis 1966 innerhalb der Grenzen von 1948 zu bleiben. Durch die Besetzung konnte das israelische Kapital, vor allem in der Landwirtschaft und auf dem Bau, Mehrarbeit aus palästinensischen Arbeitern pumpen, ohne den jüdischen Charakter des Staats anzutasten. Die Palästinenser wurden nicht in die israelische Gesellschaft integriert: tagsüber arbeiteten sie in Israel, nachts sollten sie in ihre Schlafstädte auf der Westbank oder im Gazastreifen zurückkehren. Und während ihre billige Arbeitskraft beiderseits der Grünen Linie einen Bau-Boom ermöglichte, zog die israelische Wirtschaft zusätzlichen Nutzen aus der Eroberung der besetzten Gebiete als Absatzmarkt für israelische Konsumgüter.

Außerdem konnte der israelische Staat durch gezielte staatliche Aufträge und die Zwänge der nationalen Sicherheit sowie militärische und zivile Bauprojekte eine Politik der schnellen Industrialisierung und Importsubstitution betreiben. Investitionen wurden durch hohe Importzölle und großzügige Exportsubventionen vor ausländischer Konkurrenz geschützt und in den Aufbau einer modernen Industrie gelenkt. Dadurch konnte Israel importierte Industrieprodukte durch eigene Industrieerzeugnisse ersetzen. Mit dieser Politik etablierte sich Israel Ende der 70er Jahre als relativ hoch entwickeltes Industrieland.

Die militärkeynesianistische Politik und die schnelle Industrialisierung führten zu einem hohen Handelsbilanzdefizit, da die Nachfrage sowohl der Privatverbraucher als auch der Industrie dem Angebot davonlief. Das Handelsbilanzdefizit stieg schließlich auf 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, was sich nur mit Hilfe des großzügigen Zustroms amerikanischer Hilfe finanzieren ließ.

Das schnelle Wirtschaftswachstum und die Entwicklung Israels in den zehn Jahren nach dem Sechstagekrieg schufen die materiellen Bedingungen, die notwendig waren, um den Arbeiterzionismus auszuweiten. Während die Arbeitslosigkeit in Israel 1966 noch 11 Prozent betragen hatte, herrschte nun mehr oder weniger Vollbeschäftigung. Der zionistische Staat konnte nun allen Juden, die sich entschieden, hier zu leben, einen Job und steigenden Lebensstandard in einer modernen Wirtschaft westlicher Prägung anbieten.

### *Siedlungen und Klassenkompromiß*

Seit dem Ende des Sechstagekriegs war die Politik der Errichtung von jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten immer ein wichtiger Teil der Ausweitung des arbeiterzionistischen Klassenkompromisses mit dem Ziel gewesen, die vorher ausgeschlossenen orientalischen Juden zu integrieren. Das unmittelbare Ziel der Siedlungen bestand natürlich darin, die israelische Kontrolle über die besetzten Gebiete zu festigen. Aber die Siedlungspolitik bot den ärmeren Schichten der jüdischen Arbeiterklasse auch Wohnraum und Arbeitsmöglichkeiten, um aus ihrer benachteiligten Stellung in der israelischen Gesellschaft herauszukommen. Das war vor allem in den 70er Jahren wichtig, als das Fehlen von anständigem Wohnraum dazu führte, daß obdachlose orientalische Juden leerstehende Häuser in reichen, westlich-jüdischen Vororten besetzten.

Die Siedlungen boten eine Alternative zur direkten antagonistischen Aneignung, indem sie den Antagonismus in eine andere Richtung lenkten. Sie stellten die jüdische Arbeiterklasse direkt an die Front – in ein direktes und antagonistisches Verhältnis zum potentiell aufständischen palästinensischen Proletariat – und banden sie damit an den jüdischen Staat, der ihre neu erworbenen Privilegien gegen die Ansprüche der Palästinenser verteidigte. 1971 gab es bereits 52 solcher Siedlungen.



### *Die israelischen Black Panthers*

Aber nicht alle waren in den Klassenkompromiß integriert, und die Kämpfe gingen weiter. Viele junge orientalische Juden waren von den »Vorteilen« der Vermittlung ausgeschlossen, weil sie vorbestraft waren und damit von den guten Jobs und Wohnungen ausgeschlossen waren, die angeblich in Israel für Juden ein Geburtsrecht waren. Der Boom nach 1967 führte in ehemaligen Grenzstädten wie Musara zu einer Gentrifizierung [Luxussanierung; A.d.Ü.], wodurch die armen nordafrikanischen Juden verdrängt wurden. Das war die Basis einer neuen Bewegung, der israelischen Black Panthers.

Obwohl ihre soziale Basis sicher kleiner war als die der Bewegungen der 60er Jahre, kamen 1971 Zehntausende von Leuten zu ihrer Demonstration gegen Polizeirepression, bei der es 171 Verhaftungen gab und 35 Menschen bei Auseinandersetzungen mit der Polizei verletzt wurden. Sie flirteten auch mit linken Antizionisten, und einige dachten sogar über Gespräche mit der PLO nach. Mitglieder oder Sympathisanten von Matzpen (einer kleinen, aber bekannten antizionistischen Gruppe) schrieben einige Flugblätter, und an manchen Punkten gab es eine Zusammenarbeit. Die Sprüche der Black Panthers zeigen, daß sie anfangen, einen Klassenstandpunkt zu vertreten: »Sie brauchen uns immer, wenn sie Krieg führen«, »Ich will gar nicht darüber nachdenken, was passieren wird, wenn es Frieden gibt«, »Wenn die Araber ein wenig Verstand hätten, würden sie die Juden alleine lassen, damit sie sich gegenseitig fertig machen«.

Aber ihre Kritik der israelischen Gesellschaft wurde von Leuten untergraben, die eine Vermittlung im Rahmen des Arbeiterzionismus suchten und sich deswegen gegen Verbindungen zur antizionistischen Linken und erst recht zu den gesellschaftlichen Parias – den Palästinensern – aussprachen. Führende Mitglieder der Black Panthers bekamen bessere Wohnungen und Jobs und verließen die Gruppe, die zunehmend von internen Spaltungen bestimmt wurde.

Trotzdem blieb die Unzufriedenheit mit dem arbeiterzionistischen Establishment unter orientalischen Juden stark, und der Kauf von jüdischen Radikalen wie den Führungsfiguren der Black Panthers war Teil eines Klimas, in dem jüdische Arbeiter allgemein einen höheren Lebensstandard als ihre Eltern erwarteten. Der Zwang, allen Juden Vollbeschäftigung zu garantieren, stärkte die Verhandlungsposition der jüdischen Arbeiter in Lohnverhandlungen, was für die israelische Wirtschaft letztlich zu Inflationsproblemen führte.

Diese Probleme gab es nicht nur in Israel. Auch in Westeuropa und Amerika sah man sich mit einem Proletariat konfrontiert, das sich nicht mit den »Errungenschaften« des Nachkriegs-Sozialpakts zufrieden gab, sondern diese nutzte, um die Freiheit der Kapitalakkumulation einzuschränken. In Israel wurden diese Probleme noch verstärkt durch die Beschränkungen einer intensiven Akkumulation und die Zwänge der Sicherheitspolitik.

Angesichts der Rigidität der jüdischen Arbeiterklasse war die Politik des auf Importsubstitution beruhenden intensiven Wirtschaftswachstums Ende der 70er Jahre an die Grenzen der engen Spielräume der israelischen Wirtschaft gestoßen. Das Wirtschaftswachstum, das Anfang der 70er Jahre noch über zehn Prozent betragen hatte, sank auf bescheidene drei Prozent. Der Wachstumseinbruch löste eine Inflationskrise aus, die Preise stiegen in sieben Jahren um 100 000 Prozent. Die Krise ließ sich nur durch tiefgreifende Einschnitte in den arbeiterzionistischen Klassenkompromiß mit seinem relativ großzügigen Soziallohn lösen.

### *Die Inflationskrise 1978-1985*

In einer Wirtschaft, die von einigen Großkonzernen beherrscht wird und durch hohe Zollschränken vor ausländischer Konkurrenz geschützt ist, ist Vollbeschäftigung ein klassisches Rezept für Inflation. Da 85 Prozent der Tariflöhne und auch andere Unterstützungszahlungen und Einkommen an die Preisentwicklung gekoppelt waren, übersetzte sich jede Preissteigerung bald in höhere Löhne, was wiederum zu steigenden Preisen führte, weil höhere Lohnkosten an die Verbraucher durchgereicht wurden. Im Ergebnis neigte die israelische Wirtschaft zu einer sich selbst verstärkenden Lohn-Preis-Spirale.

Der Militärkeynesianismus führte fast die ganzen 70er Jahre hindurch zu Inflationsraten von 30 bis 40 Prozent. Der israelischen Regierung gelang es aber, die Inflation unter Kontrolle zu halten, indem sie (trotz des Zusammenbruchs des Systems fester Wechselkurse von Bretton Woods) am festen Wechselkurs des israelischen Pfunds zum US-Dollar festhielt. Die steigenden Inlandspreise wurden dadurch ausgeglichen, daß Importe durch den festen Wechselkurs billiger blieben, als sie eigentlich gewesen wären, und damit der Preisindex, auf den sich die Lohnerhöhungen bezogen, niedrig gehalten wurde. Natürlich wirkten sich die steigenden Preise bei festen Wechselkursen nachteilig auf die Konkurrenzfähigkeit der israelischen Industrie aus, was aber durch die Anhebung der Zölle, die Erhöhung der Exportsubventionen und gelegentliche kontrollierte Abwertungen des israelischen Pfunds ausgeglichen werden konnte.

Der ökonomische Einbruch in Verbindung mit der sich verändernden politischen Situation im Nahen Osten führte aber zu einem entscheidenden Schwenk in der Wirtschaftspolitik, der in den 80er Jahren eine Wirtschaftskrise auslöste. Diese politische Verschiebung wurde 1978 durch die Wahl der Likud-Regierung ausgelöst, womit eine dreißigjährige Regierungszeit der Arbeitspartei zuende ging. Durch die Neuordnung der Rechten und Spaltungen in der Arbeitspartei konnte Likud bei den Wahlen von der anhaltenden Unzufriedenheit orientalischer Juden mit der Arbeitspartei profitieren. Aber Likuds deflationäre Politik ließ sich nur durch einen Angriff auf die jüdische Arbeiterklasse durchsetzen, deren Rigidität zur Inflationskrise und zum Sinken der Profite für Teile der

israelischen Bourgeoisie beigetragen hatte. Gleichzeitig stieß Likud mit Teilen seiner Politik auch auf Widerstände seitens des »Arbeiterestablishments« der westlichen Bourgeoisie, denn die Histadrut wollte eine Eskalation der Kämpfe der israelischen Arbeiterklasse wie z.B. der gewalttätigen Streikposten der Straßenbauarbeiter verhindern.

### *Arabische Staaten, Expansion und die USA*

Israels entscheidender Sieg im Krieg von 1973 hatte die Einheit der arabischen Staaten endgültig zerstört. Israels Position im Nahen Osten war nun gegen die äußere Bedrohung durch ein feindliches arabisches Bündnis gesichert. Die darauf folgende Ausrichtung Ägyptens auf die USA verursachte jedoch einige Zweifel am langfristigen finanziellen Engagement der USA für Israel. Warum sollten die USA weiterhin Milliarden Dollar nach Israel pumpen, wenn arabische Staaten sich den USA annäherten?

Darüber hinaus war mit der Neutralisierung Ägyptens im Süden der Weg für eine israelische Expansion im Norden und Osten offen. Die Annexion der besetzten Gebiete der Westbank und die wirtschaftliche Unterordnung Jordaniens und des Libanon boten einen Ausweg aus den zunehmenden Beschränkungen der intensiven Akkumulation.

Aber diese Politik lief den Interessen der USA zuwider. Die USA wollten Israel als ihren imperialistischen Wachhund im Nahen Osten haben, aber dieser Wachhund sollte nicht die Region destabilisieren und Amerikas reiche Ölverbündete, wie z.B. Saudiarabien, verärgern. Die Likud-Politik, ein größeres Israel zu errichten, erforderte daher eine Lockerung der goldenen Ketten der US-Hilfe.

Die Kapitalflucht aus den westlichen Ökonomien Ende der 70er Jahre sowie das daraus folgende Anwachsen des globalen Finanzkapitals schuf die Aussicht auf eine Reduzierung der israelischen Abhängigkeit von US-Hilfe. Durch eine Politik der wirtschaftlichen Liberalisierung und Deregulierung hoffte man, Israel an den internationalen Kapitalfluß anschließen und dabei seine Abhängigkeit von den USA verringern zu können. Diese von der Likud-Partei befürwortete Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik stimmte auch mit großen Teilen der israelischen Bourgeoisie überein, die angesichts fallender Profite größere Freiheiten für die Erschließung profitabler Investitionsbereiche wünschten.

Infolgedessen wurde innerhalb weniger Wochen nach Amtsantritt Milton Friedman – einer der Pioniere des sogenannten »Neoliberalismus« – beauftragt, Empfehlungen für ein Liberalisierungsprogramm vorzulegen. Aufgrund von Friedmans Rat senkte die neue israelische Regierung Einfuhrsteuern und Ausfuhrsubventionen, verringerte die Kontrolle des Währungstransfers ins und aus dem Land und setzte den festen Wechselkurs zwischen israelischem Pfund und US-Dollar aus.

Nachdem die Bindung an den US-Dollar gelöst worden war, verlor das israelische Pfund in wenigen Wochen ein Drittel an Wert. Die Preise für Importgüter stiegen drastisch und somit auch der Preisindex. In wenigen Monaten trieb die dementsprechende Lohnanpassung die Inflationsrate auf über 100 Prozent. In Folge dieser beschleunigten Inflation wurde das israelische Pfund durch den Schekel als israelische Währung ersetzt, zu einem Kurs von zehn zu eins.

Die Kombination der Liberalisierungspolitik mit den deutlichen Kürzungen der Reallöhne (weil die Lohnanpassung hinter dem Preisauftrieb zurückblieb) steigerte jedoch die Profite und führte zu einem neuen Wachstumsschub.<sup>22</sup>

Als Folge davon erreichte die israelische Wirtschaft 1981 wieder Wachstumsraten wie zu Beginn der 70er Jahre. Tatsächlich wurde damals, als die weltweite Krise immer noch andauerte, argumentiert, daß die hohe Inflation in Israel nichts ausmache. Da der Wert des Schekel gemessen am Dollar im selben Maß fiel wie die Inflation seine Kaufkraft im Land verringerte, wurde argumentiert, die Inflation sei gemessen am Dollarstandard mehr oder weniger gleich Null. Tatsächlich bedeutete eine Nullinflation gemessen am Dollarstandard, verglichen mit einer sehr viel höheren Inflationsrate in den USA und anderswo, eine steigende internationale Wettbewerbsfähigkeit der israelischen Industrie.

Aber der Optimismus hielt nicht lange an. Als das Wirtschaftswachstum ins Straucheln kam und das Haushaltsdefizit in Folge der Libanon-Invasion wuchs, stieg die Angst, daß die hohe Inflationsrate in eine unkontrollierbare Hyperinflation umkippen könnte. Deshalb führte die Regierung Beginn eine neue Wirtschaftspolitik ein, um die Inflation zu senken: die öffentlichen Ausgaben wurden gekürzt, die Abwertung des Schekel zum Dollar wurde auf fünf Prozent im Monat begrenzt und der Inflationsausgleich der Einkommen wurde beschränkt.

Die Stabilisierung des Schekel erhöhte sofort die Popularität der Regierung, da die Einfuhr von Konsumgütern billiger wurde. Allerdings verloren dadurch israelische Exporte ihre Konkurrenzfähigkeit, israelische Firmen gingen bankrott und die Arbeitslosigkeit stieg. Die Versuche, die Löhne niedrig zu halten, führten zu wachsender Unruhe bei den Industriearbeitern.

Nach Beginns Rücktritt im Herbst 1983 kam es aus Angst, die Regierung könnte den schnellen Wertverfall des Schekel nicht stoppen, zu einem Ansturm auf die Banken, die Sparer versuchten, ihre Schekel in Dollar zu tauschen. Die Regierung sah sich gezwungen, die großen Banken zu verstaatlichen und den Kurs des Schekel im Verhältnis zum Dollar einbrechen zu lassen. Um die Finanzmärkte zu beruhigen, wurden größere Einschnitte in den öffentlichen Ausgaben und eine strenge Geldpolitik angekündigt.

Diese neue Politik traf auf die entschlossene Opposition sowohl von seiten der Histadrut als auch führender Kapitalisten innerhalb des »Establishments der Arbeiterbewegung«. Die Histadrut rief zu einer Reihe von Streiks auf, die das

Land lahmlegten. Da die Löhne nicht mehr niedrig gehalten werden konnten, führte die Drehung an der Lohn-Preis-Spirale, die durch den schnellen Fall des Schekel verursacht wurde, zu einer Beschleunigung der Preissteigerung. Zum Zeitpunkt der Wahlen im Juli 1983 näherte sich die Inflationsrate 400 Prozent. Da die Lohnsteigerungen hinter den Preissteigerungen zurückblieben, bewirkte diese Beschleunigung der Inflation einen Reallohnverlust von 30 Prozent.

Sowohl Arbeits- als auch Likudpartei verloren bei der Wahl Stimmen und waren gezwungen, eine Regierung der »Nationalen Einheit« zu bilden. Peres, der Vorsitzende der Arbeitspartei, wurde Ministerpräsident. Unter Ausnutzung seines Einflusses beim »Establishment der Arbeiterbewegung« schlug Peres ein Notstandsprogramm vor. Löhne sollten mit einer zehnpromzentigen Steuer belegt, die Indexierung ausgesetzt und ein dreimonatiger Lohn- und Preisstopp verhängt werden. Das ganze sollte durch ein beispielloses Programm zur Reduzierung des Haushaltsdefizits unterstützt werden, das darauf abzielte, das Haushaltsdefizit in Höhe von 20 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu halbieren. Als dieses Programm nach langatmigen Verhandlungen, die sich den Sommer durch hingen, im Herbst 1983 eingeführt wurde, hatte die Inflationsrate 1 000 Prozent erreicht.

Peres' Programm war teilweise erfolgreich. Angesichts der starken Opposition seitens der Histadrut hatte die Likudregierung das Herumbasteln an Lohn- und anderen Einkommensanpassungen zurückgezogen. Ein Eingreifen bei den Lohnanpassungen erschien dem »Establishment der Arbeiterbewegung« jedoch eher legitim, wenn eine ihrer Gallionsfiguren es vorschlug. Bis zum Mai 1985 war die Inflationsrate auf 400 Prozent gedrückt und das Haushaltsdefizit trotz wachsender Opposition auf 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts reduziert. Nun kündigte Peres das nächste Maßnahmenpaket an. Löhne und Preise sollten für weitere drei Monate eingefroren und gleichzeitig weitere Einsparungen bei öffentlichen Ausgaben durchgeführt werden, um das Haushaltsdefizit der Regierung nochmal zu halbieren. Gleichzeitig wurde der Schekel um 19 Prozent abgewertet, danach sollte ein fester Wechselkurs zum US-Dollar eingehalten werden.

Vielleicht hätte man das »Establishment der Arbeiterbewegung« hinter diese Sparmaßnahmen bekommen können, aber der Antagonismus der jüdischen Arbeiter angesichts einer weiteren Runde des Gürtel-Enger-Schnallens drohte der Kontrolle der Histadrut zu entgleiten. Angesichts zunehmender wilder Streiks rief die Histadrut einen Generalstreik aus, der die Regierung zwang, eine begrenzte »Lohnaufholung« vor dem Lohn- und Preisstopp zuzulassen – was die zwanzigprozentigen Reallohnverluste und die hohe Arbeitslosigkeit, die aus der ersten Runde von Peres' Sparmaßnahmen herrührten, kaum abmilderte.

Die drakonische Politik der Likud-Arbeitspartei-Regierung besiegte schließlich die Inflation, 1986 war sie auf respektable 20 Prozent gefallen. Bei der Lösung der Inflationskrise hatte Peres jedoch den zionistischen Klassenkompromiß ernst-

lich untergraben. Während sich die Reallöhne nach 1986 langsam erholten, stieg die Arbeitslosigkeit auf Werte, wie man sie seit dem Konjunkturunbruch zu Beginn der 60er Jahre nicht mehr gesehen hatte, und blieb bis zu Beginn der 90er Jahre hoch. Die in den 80er Jahren fortgesetzten Sparmaßnahmen enthielten weitere Einschnitte im Sozialbereich und den Abbau sozialer Garantien. Das wurde der jüdischen Arbeiterklasse mit Hilfe der Histadrut aufgedrückt.

Politiker beider großer Parteien begannen nun »neoliberale« Politikmodelle gutzuheißen, obwohl der tatsächliche Fortschritt in Richtung Deregulierung und Privatisierung zuerst langsam vorankam, teilweise wegen des Widerstands der Histadrut, die viele der großen staatlichen Konglomerate besaß. Arbeitslosigkeit, Gelegenheitsarbeit und Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen sollten jedoch für immer mehr Teile der israelischen Arbeiterklasse zur Realität werden.

Mit dem Abbau der sozialeren Aspekte des Arbeiterzionismus im Gefolge der Inflationskrise von Anfang der 80er Jahre wurde die Politik der Siedlungsgründung in den besetzten Gebieten immer wichtiger, um die jüdische Arbeiterklasse in den zionistischen Staat einzubinden. Der Likud hatte verstanden, daß die Siedler die langfristige Strategie unterstützten, ein größeres Israel zu errichten, worin Teile der israelischen Bourgeoisie den Weg sehen, um aus der chronischen Stagnation der israelischen Wirtschaft seit Ende der 70er Jahre herauszukommen. Bis zu einem gewissen Grade enthoben die Siedlungen die Regierung der politischen Bürde der Besetzung, insbesondere was die Arbeitspartei angeht. Die Schuld für den Unwillen Israels, den Palästinensern Zugeständnisse zu machen, konnte auf die Kompromißlosigkeit und den »Extremismus« der SiedlerInnen abgewälzt werden, die sich dadurch stärker mit den Zwängen der Sicherheit identifizieren mußten, als eine aus noch so harten »Falken« bestehende Regierung.

Andererseits steht die Beschleunigung des Siedlungsbaus für einen kleinen Kompromiß mit den Teilen der israelischen Bourgeoisie, die eine auch rechtliche Annexion der besetzten Gebiete befürworteten. Weil die Krise nur durch den Abbau sozialer Aspekte des Arbeiterzionismus bewältigt werden konnte, wurden die Siedlungen sowohl zu einer Form der sozialen Entschädigung für arme Juden als auch zu einer tatsächlichen Annexion, um den Traum eines größeren Israels auf anderen Wegen zu realisieren. Israel ist aber weiter von US-Hilfe abhängig und muß seine expansionistischen Ausschweifungen daher zügeln.

### *Siedlungen und Widersprüche*

Daß viele Israelis aus der Mittelklasse, die *Peace Now* unterstützten, gegen den Siedlungsbau waren, verstärkte die Probleme der israelischen Bourgeoisie.<sup>23</sup> Die Besetzung des Gazastreifens und der Westbank spielten für den israelischen Klassenkompromiß seit 1967 eine zentrale Rolle. Durch die Unterordnung der palästinensischen Arbeiter in Kombination mit den Vorteilen der US-Hilfe konn-

ten jüdische Arbeiter höhere Löhne als ihre palästinensischen Nachbarn fordern und die schlechtesten Jobs vermeiden. Durch die Landbesetzung bekamen jüdische Arbeiter, die sich das Leben in den städtischen Gebieten nicht leisten konnten, subventionierte Wohnungen (gebaut mit billiger palästinensischer Arbeitskraft). So wurden Juden aus der Arbeiterklasse in einem Gebiet deponiert, das in Wirklichkeit eine Sicherheits-Pufferzone in den besetzten Gebieten war.

Diese Maßnahmen waren unbedingt notwendig, um die Militanz des jüdischen Proletariats zu schwächen, aber sie führten direkt zum Widerstand der liberalen Mittelklassen und, was bedeutsamer ist, zu dem der PalästinenserInnen. Das dauernde Problem der israelischen Bourgeoisie war, wie sie ihren Kompromiß mit der jüdischen Arbeiterklasse aufrechterhalten konnte, ohne die Palästinenser zu sehr zu provozieren. In den Flüchtlingslagern im Gazastreifen wurde die dichtgedrängt lebende palästinensische Bevölkerung durch die Ausweitung der Siedlungen auf immer engerem Platz zusammengezwängt, wobei viele von ihnen noch dazu gezwungen waren, in diesen Siedlungen zu arbeiten. Zu Beginn der 70er Jahre hatte es dort Aufstände gegeben, diese waren von Sharons Panzern buchstäblich zermalmt worden. Seitdem war es im Gazastreifen relativ ruhig – aber wie lange noch? Die israelische Bourgeoisie war in der Lage, jüdischen Arbeitern Zugeständnisse zu machen, aber um die Palästinenser zu befrieden, blieb ihr nur die Repression. Jedes Zugeständnis an die Palästinenser würde wahrscheinlich den zionistischen Klassenkompromiß untergraben.

1985 trugen die besetzten Gebiete die Hauptlast der Krise. Die Rettung des israelischen Kapitals schloß eine verstärkte Unterordnung der palästinensischen Bourgeoisie mit ein, weil Genehmigungen »zum Ausbau von Landwirtschaft oder Industrien, die mit dem Staat Israel konkurrieren könnten«<sup>24</sup> verweigert wurden. Mit der steigenden Arbeitslosigkeit in den besetzten Gebieten waren palästinensische ArbeiterInnen noch stärker gezwungen, Arbeit innerhalb der Grünen Linie zu finden oder beim Bau jüdischer Siedlungen – der ausgeweitet wurde, um jüdische ArbeiterInnen für den Mangel an erschwinglichem Wohnraum in den städtischen Gebieten des »eigentlichen« Israel zu entschädigen. Obwohl der Siedlungsbau den palästinensischen Arbeitern ein Einkommen verschaffte, war er auch Quelle von Ärger, und der Widerstand, den er provozierte, lieferte die Rechtfertigung für eine intensiviertere Repression durch die Militärverwaltung.

Die Politik der »Eisernen Faust«, mit der der Widerstand in den besetzten Gebieten gezügelt werden sollte, ging 1985 Hand in Hand mit den Sparmaßnahmen, um die Krise zu Hause im Zaum zu halten. Die »Eiserne Faust« verschärfte Repressionsmaßnahmen wie die »Administrativhaft« für palästinensische Militante und Kollektivstrafen für die gesamte Bevölkerung. Das gab den Hintergrund der Intifada 1987-93 ab. Doch bevor wir dazu kommen, müssen wir einen Blick auf die Klassenzusammensetzung der PalästinenserInnen werfen.

### 3.3 Wie entstand die palästinensische Arbeiterklasse?

#### *Ein Land ohne Volk?*

Der Mythos, zionistische Pioniere seien in der unbewohnten Wüste gelandet und hätten sie in üppige Weinberge verwandelt, verdeckt eine alltäglichere Verwandlung – die der palästinensischen Bauern in Proletarier:

*»Die vollständige Enteignung der palästinensischen Bauern ist die Voraussetzung für das »Paradies« der Negev-Wüste, den blühenden Anbau von Zitrusfrüchten und Avocados in der Küstenebene sowie den Boom der Industrie.«<sup>25</sup>*

Dieser Prozeß war bereits im Gange, als die ersten jüdischen Siedler ankamen, und er ist immer noch nicht abgeschlossen. Zum ersten Mal durchdrang die kapitalistische Entwicklung den Nahen Osten in den Jahren nach den Napoleonischen Kriegen. Das Osmanische Reich, das die Region beherrschte, hatte schon ein Jahrhundert des Niedergangs hinter sich, und es sollte noch eines folgen. Den Weg zur neuen Ausbeutung der Region ebnete die Neuordnung des Kräftegleichgewichts nach Frankreichs und Napoleons Niederlage, die in den Jahren nach dem Wiener Kongreß formalisiert wurde und die zeitlich mit dem Aufschwung der industriellen Revolution in Britannien zusammenfiel.

Britannien und Österreich waren in anderen Regionen zwar Rivalen, aber sie stimmten darin überein, das Osmanische Reich als Schutzwall gegen die russische Expansionspolitik nach Osteuropa einzusetzen. Später wurde Deutschland der Hauptunterstützer des Osmanischen Reichs. In dieser Periode erlebten Teile des Nahen Ostens die Invasion der neuen kapitalistischen Produktionsweise. Die Textilindustrie der Region, besonders in Ägypten, war bereits in den 1830er Jahren durch billige englische Textilien zerstört worden, und in den 1860er Jahren hatten britische Fabrikbesitzer damit begonnen, entlang des Nils Baumwolle zu pflanzen. 1869 war der Suezkanal eröffnet worden, um den britischen und französischen Handel zu erleichtern. Einhergehend mit dieser Modernisierung kann man den Beginn der ursprünglichen Akkumulation auf das Bodenreformgesetz aus dem Osmanischen Reich von 1885 zurückdatieren. Das Gesetz ersetzte gemeinschaftliches Eigentum an Land durch individuellen Grundbesitz. Dörfliche Stammeschefs wurden zu einer Grundbesitzerklasse gemacht und verkauften diesen Besitz an libanesischen, syrischen, ägyptischen und iranischen Händler. Das Muster während dieser ganzen Periode war eines ungleicher Entwicklung, mit einer fremden Bourgeoisie, die die Initiative ergriff, und der einheimischen Bourgeoisie, die völlig schwach und politisch ineffektiv blieb.

Zur gleichen Zeit blieben riesige Gebiete im Nahen Osten, in denen niemand erkennbaren ökonomischen Nutzen sah, ungenutzt, und in diesen Gebieten konnte die Tradition von Subsistenzwirtschaft und Nomadentum fortbestehen.



Unter dem britischen Mandat verkauften viele woanders lebende Landbesitzer ihr Land an die *Jewish Colonisation Association*, was zur Zwangsräumung von palästinensischen Pächtern und Bauern führte. Wo der enteignete Fellache zum Landarbeiter auf seinem eigenen Land wurde, hatte eine ausschlaggebende Veränderung der Produktionsverhältnisse begonnen, die zu den ersten Anzeichen eines palästinensischen Proletariats führte.<sup>26</sup>

Dieser Prozeß stieß auf gewalttätige Opposition durch die Palästinenser. Der Wendepunkt in der Folge von Revolten war der Aufstand von 1936-1939. Seine Bedeutung lag in der Tatsache, daß die vorantreibende Kraft nicht mehr aus den Kleinbauern oder der Bourgeoisie bestand, sondern zum ersten Mal aus einem landwirtschaftlichen Proletariat, das der Mittel zur Arbeit und Subsistenz beraubt war, zusammen mit einer embryonalen Arbeiterklasse, die sich im wesentlichen in den Häfen und der Ö Raffinerie in Haifa konzentrierte.<sup>27</sup>

Dabei gab es Angriffe auf palästinensische Landbesitzer genauso wie auf die englischen und zionistischen Kolonisten, und Britannien wurde gezwungen, die jüdische Migration nach Palästina für ein paar Jahre einzuschränken. Obwohl die Schüsse vom britischen Militär abgefeuert worden waren, mit etwas Hilfe von der Haganah, der linken zionistischen Miliz, spielten auch die örtlichen Stammeschefs eine Schlüsselrolle beim Niederschlagen der Rebellion.

Die »Nakba« (Katastrophe) von 1948 – die Gründung Israels – kann man als Vermächtnis dieser Niederlage sehen. Obwohl der Aufstand von 1936-1939 zeigte, daß in Palästina ein Proletariat am Entstehen war, bestand der größte Teil der palästinensischen Bevölkerung in Israel zu jener Zeit immer noch aus Bauern. Der neue Staat nutzte die Gesetze des britischen Mandats, um die Enteignung der Palästinenser fortzuführen. Mit diesem Gesetz konnten Bauern, die nur ein paar hundert Meter geflüchtet waren, um einem Massaker zu entgehen, als »nicht anwesend« erklärt und ihr Land konfisziert werden. Die wenigen, die es geschafft hatten, innerhalb der Grenzen von 1948 zu bleiben, erhielten als Entschädigung für die gewaltsame Trennung von ihren Produktionsmitteln die Bürgerrechte.

Die Proletarisierung der palästinensischen Bauern wurde mit der Besetzung der Westbank und des Gaza Streifens 1967 ausgeweitet. Die neue Welle der ursprünglichen Akkumulation nahm nicht nur die Form von Landraub an. Das israelische Kapital verschaffte sich auch die Kontrolle über die Wasservorräte der Westbank, indem sie ihre Brunnen tiefer grub als die der Palästinenser. Das Resultat war, daß die palästinensische Flüchtlingsbevölkerung außerhalb der israelischen Rechtsprechung die Bindung an ihr Land verloren hatte, und auch innerhalb des Gebietes, das Israels Jurisdiktion unterlag, hatte nur eine Minderheit noch Landbesitz. In beiden Regionen wurde die palästinensische Bevölkerung zu großen Teilen proletarisiert.

### *Das Niederhalten der örtlichen palästinensischen Bourgeoisie*

Die Enteignung der palästinensischen Bauern schuf ein Proletariat, aber das Entstehen einer einheimischen industriellen Bourgeoisie wurde unterdrückt. Sie blieb hoffnungslos schwach und konnte nicht mit dem israelischen Kapital konkurrieren, obwohl »die Löhne, die von arabischen Chefs gezahlt werden, noch miserabler sind als die von deren zionistischen Herren«. Palästinenser aus den Gebieten besetzten die untersten Positionen auf dem israelischen Arbeitsmarkt, noch unterhalb der Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft. Nach dem Krieg von 1967 wurden in Israel arbeitende Palästinenser von palästinensischen Nationalisten als Kollaborateure betrachtet.<sup>28</sup> Die israelischen Gesetze verboten Palästinensern jedoch Geschäfte, die eine Konkurrenz für israelische sein könnten, und so sahen schließlich sogar die verhärtetsten palästinensischen Nationalisten ein, daß Arbeiten Gehen in Israel für viele die einzige Einkommensquelle war.

Die palästinensische Bourgeoisie teilte sich in drei Fraktionen.<sup>29</sup> Einige der reicheren Flüchtlinge bildeten eine Handels- und Finanzbourgeoisie im Libanon, in Syrien, Ägypten und anderen arabischen Staaten. Die örtliche Bourgeoisie, soweit vorhanden, bestand aus Kleinunternehmern, selbständigen Handwerkern und Bauern. Die Unterdrückung des produktiven Kapitals durch Israel machte es der lokalen Bourgeoisie unmöglich, die Produktivkräfte zu entwickeln. Die, die es versuchten, bildeten ein elendes Kleinbürgertum, sie teilten mit ihren proletarischen Nachbarn die gleichen tagtäglichen Entbehrungen und Demütigungen in den besetzten Gebieten, nur daß sie nicht von den Produktionsmitteln getrennt waren.<sup>30</sup>

Andere wurden zu einer »Lumpen-Bourgeoisie«, die von der halben Milliarde Dollar Hilfgelder reich wurde, die die PLO zwischen 1977 und 1985 in die Gebiete pumpte. Das Geld wurde ausschließlich für ihren eigenen individuellen Konsum benutzt, und so zog sie den Groll des palästinensischen Proletariats und Kleinbürgertums auf sich.

Es war die ausgelagerte Bourgeoisie in der Diaspora, die die Klassenbasis für die PLO und den palästinensischen »Staat im Exil« bildete.

### *»Die einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes«*

Nach dem Krieg von 1967 ist der Pan-Arabismus am Boden zerstört, doch die Keime seiner Erneuerung sprießen (zugegebenermaßen weniger ansteckungsfähig) in Form der neuen Kohärenz und Organisation des palästinensischen Nationalismus, besonders der PLO. Diese Situation und die erste Intifada (1987-1993) hält die Flammen des Antiamerikanismus im Nahen Osten weiter am Lodern und stellt die Legitimation der pro-westlichen Bourgeoisie in der ganzen Region in Frage. Die Aktionen der PLO, der Vertretung der im Exil lebenden palästinensischen Bourgeoisie, widersprechen jedoch erwartungsgemäß oft den Bedürfnissen der Proletarier, deren Kämpfe die erdölproduzierenden Länder erschüttern.

### 3.4 Die PLO gegen die Selbsttätigkeit des Proletariats

Sechzig Prozent der palästinensischen Bevölkerung landeten in Flüchtlingslagern außerhalb Israels und der besetzten Gebiete. Der Prozeß, der die meisten in Proletarier verwandelte, verstreute sie gleichzeitig über den Libanon, Jordanien, Kuwait und Syrien. Wer in wohlhabendere Golfstaaten wie Kuwait emigrierte, konnte höhere Löhne verlangen, sogar im Vergleich mit den jüdischen Arbeitern in Israel. Doch die meisten waren weniger erfolgreich und wurden zu einem Katalysator für die Klassenkonflikte in der Region.

1964 halfen die arabischen Führer (gemeinsam mit der palästinensischen Handels- und Finanzbourgeoisie) beim Aufbau der PLO als Instrument zur Kontrolle dieser Diaspora. Die Nakba von 1948 hatten sie nicht verhindern können, und angesichts ihrer Machtlosigkeit gegenüber dem israelischen Militär war die arabische Bourgeoisie in den eigenen Ländern mit Revolten konfrontiert.

#### *Jordanien*

In Jordanien waren die palästinensischen Flüchtlinge nun wegen des Kriegs bewaffnet und im Verhältnis zur geringen Zahl der jordanischen Bevölkerung in der Mehrheit. Es hieß zwar, die PLO bilde einen Staat im Staat, doch sogar sie konnte die palästinensischen Flüchtlinge nicht unter Kontrolle halten. Ende der 60er und Anfang der 70er standen die Flüchtlingslager unter Waffen. Sie waren unabhängig von der PLO und ließen keine Polizei herein. Zudem benutzte die PLO Jordanien als Basis für Angriffe auf Israel, und so war der jordanische Staat israelischen Repressalien ausgesetzt.

Die Kämpfe des palästinensischen Proletariats in Jordanien wurden durch das Massaker des »Schwarzen September« ausgelöscht, bei dem 1970 in Amman 30 000 Palästinenser vom jordanischen Militär umgebracht wurden. Das wurde durch das Abkommen der PLO mit dem haschemitischen Regime erleichtert. Bei den Verhandlungen mit dem jordanischen Staat hatte die PLO ihren Rückzug aus Amman akzeptiert, was das Massaker an den Proletariern, die in der Stadt zurückblieben, erst ermöglichte.

#### *Libanon*

Viele der Überlebenden flohen in den Libanon, und die arabische Bourgeoisie war nun mit einem kampfbereiten Proletariat konfrontiert, das in überfüllten Flüchtlingslagern lebte. 1972 landeten 14 000 von ihnen in Tel-Al-Zatar im Libanon, einer industrialisierten Region, die 29 Prozent der libanesischen Industrie umfaßte. 1969 hatten die Flüchtlinge und andere Proletarier sich Waffen verschafft, sie besetzten die Fabriken und versuchten, Tel-Al-Zatar zu einer »no-

go-area« [Zone, in die sich bestimmte Leute aus Angst nicht trauen, in diesem Fall staatliche Kräfte; A.d.Ü.] zu machen, in der sie vor dem libanesischen Militär und Staat sicher waren.<sup>31</sup> Als der libanesischer Staat 1970 versuchte, die Macht der Arbeiterklasse zu brechen, beteiligten sich palästinensische, syrische und libanesische ProletarierInnen an Schießereien mit der libanesischen Polizei.

*Das Vorhandensein von Waffen ermöglichte Streiks, die die Industrie im Libanon zerstörten.*<sup>32</sup>

Es gab auch eine begrenzte Arbeiterräte-Bewegung. Aufgrund der Schwäche und Fraktionierung der libanesischen Bourgeoisie gipfelte ein großer Streik in der Fischindustrie in einem ausgedehnten Bürgerkrieg, der dann zum Schlachtfeld der konkurrierenden strategischen Ambitionen von USA und UdSSR wurde, in Gestalt ihrer jeweiligen Vermittler Israel und Syrien.

Nach ihrer Vertreibung aus Jordanien versuchte die PLO, einen neuen »Staat im Staat« zu errichten, diesmal im Libanon. Sie hatte jedoch kein Interesse an den autonomen Kämpfen der palästinensischen Flüchtlinge, die sich von der Hölle ihrer proletarischen Existenz emanzipieren wollten. Stattdessen wollte sie mit der libanesischen und syrischen Bourgeoisie gut Freund bleiben. Die allgemeine Instabilität und Schwäche des libanesischen Staates bedeutete, daß die Stärke des Proletariats durch Syrien und falangistische Truppen gebrochen werden mußte, mit Hilfe der israelischen Flotte.<sup>33</sup> Immer noch der verzweifelten Illusion des Nationalismus anhängend riefen die Palästinenser die PLO zu Hilfe.

Die PLO hatte – wenig überraschend – kein Interesse, ihnen in dem Kampf zu helfen, den sie als Ablenkung vom »Kampf gegen den wahren Feind Israel« sah.

Als die Kämpfer für den Kampf in Tel-Al-Zatar um militärische Hilfe ersuchten, antwortete die Führung der Fatah: »Al Naba'a, Salaf und Harash sind nicht das besetzte Aga, Haifa und Jerusalem«.<sup>34</sup>

Durch die Ausübung ihres »Rechts auf Nichteinmischung« half die PLO, die Revolte zu zerschlagen und sicherzustellen, daß die »no-go-area« zu einer Grabstätte für Proletarier wurde. Trotz seiner Rolle bei der Aufstandsbekämpfung in Tel-Al-Zatar wollte Israel auf keinen Fall einen starken libanesischen Staat. Im Gegenteil, sowohl Israel als auch Syrien strebten die »Balkanisierung« des Landes an, um ihre strategische Position zu stärken. Die Fragmentierung der libanesischen Bourgeoisie in gegeneinander Krieg führende Fraktionen lieferte den Vorwand für die Intervention der Nachbar-Staaten im Bürgerkrieg. Israel hatte ein zusätzliches Motiv für ein Engagement im Libanon: die Präsenz der PLO.

Das Streben der PLO nach einem »Staat im Staate« paßte nicht zusammen mit Israels Herrschaft im Libanon. Die massenhafte Präsenz von PalästinenserInnen stand seinen strategischen Interessen im Weg, und so marschierte Israel 1982 in Beirut ein, um die PLO von dort zu vertreiben. Die Grundlage für die Anziehungskraft des Nationalismus der PLO war ihre Bereitschaft gewesen, sich

am bewaffneten Kampf gegen Israel zu beteiligen. Ihre Vertreibung aus Jordanien und dem Libanon zeigte jedoch ihre Schwäche gegenüber dem israelischen Militär. Ihre demütigende Evakuierung aus Beirut machte deutlich, daß sie ihre Strategie des bewaffneten Kampfs nicht erfolgreich umsetzen konnte. Was folgte, ähnelte dem Muster der Vertreibung der PLO aus Jordanien: ihr Abzug ebnete den Weg für das Massaker der Falangisten – unterstützt vom israelischen Militär – an den PalästinenserInnen in den Flüchtlingslagern in Sabra und Shatila.

Die israelische Invasion in Beirut stellte für das gesamte antiimperialistische Lager eine Demütigung dar. Da Ägypten jetzt unter US-Einfluß stand, war Syrien die Hauptmacht in der Region auf der Seite der UdSSR. Die israelische Invasion verdrängte jedoch nicht nur die PLO, sondern auch die syrische Armee wurde zum Rückzug gezwungen.

Mit jeder Konfrontation wurde klarer, daß die Palästinenser von den arabischen Staaten wenig Hilfe zu erwarten hatten. Die Kriege von 1967 und 1973 hatten den Pan-Arabismus effektiv untergraben und Israels Position als militärische Supermacht in der Region bestätigt. Die arabischen Staaten hatten keinen großen politischen Willen, Israel anzugreifen. Trotz seiner Wiederannäherung an Israel wurde Ägypten 1987 auf dem Gipfel in Amman freundlicher begrüßt als die PLO. Hier deutete sich an, daß die arabischen Staaten sich zunehmend Richtung USA orientierten. Arafat wurde von König Hussein vor den Kopf gestoßen, und es wurde offensichtlich, daß der Krieg zwischen Iran und Irak bei den Delegierten größere Priorität hatte als die Palästinenser. Das bestätigte die unter den Einwohnern der besetzten Gebiete weitverbreitete Vorstellung, niemand außer ihnen selbst könne die israelische Dominanz überwinden.

#### **4. Die Intifada (1987-93)**

Die Initiative für die Intifada kam von den BewohnerInnen des Flüchtlingslagers Jabalya in Gaza, nicht von der PLO, die ihre Basis in Tunesien hatte und vollkommen überrascht wurde. Es war eine spontane Massenreaktion der Bewohner Jabalyas auf die Tötung palästinensischer Arbeiter durch ein israelisches Auto, die sich schnell auf die Westbank und den Rest des Gazastreifens ausweitete.

Langfristig half die Intifada, die PLO diplomatisch zu rehabilitieren.<sup>35</sup> Letzten Endes mußte sie sich als kleineres Übel erweisen als die Selbsttätigkeit des Proletariats. Die Stärke der Verhandlungsposition der PLO als »einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes« hing von ihrer Fähigkeit ab, ihre Mandanten zu kontrollieren. Das konnte jedoch nie als gesichert gelten, insbesondere

jetzt, wo sich ihre Strategie des bewaffneten Kampfs als fruchtlos erwiesen hatte. Das machte es ihr schwierig, einen Aufstand zu vereinnahmen, den Proletarier angefangen hatten, die wenig Interesse am Nationalismus hatten und die palästinensische »Lumpen-Bourgeoisie« fast so haßten wie den israelischen Staat.

#### **4.1 Kampf um »nationale Befreiung«?**

Das Bulletin *Worldwide Intifada* Nr. 1 von 1992 versucht, der konventionellen linken Sichtweise der Intifada dadurch entgegenzutreten, daß es die Widersprüche zwischen den verschiedenen palästinensischen Klassen hervorhebt.<sup>36</sup> Obwohl die Sichtweise von *Worldwide Intifada* der Unterstützung für »nationale Befreiung« deutlich überlegen ist, hat ihre Argumentation gewisse Schwächen. Während *Worldwide Intifada* den Nationalismus korrekt als »Keim der Niederlage« der Intifada von 1987 identifiziert, diskutieren sie Nationalismus abstrakt, als ob er eine Art psychologischer Trick wäre, der von der palästinensischen Bourgeoisie gegen die palästinensische Arbeiterklasse ausgespielt wird.<sup>37</sup> Nationalismus ist allerdings eine Ideologie. Diese Ideologie ist jedoch mehr als bloße Irreführung: sie hat Macht, weil sie im Alltag eine materielle Basis hat.

Vieles in der Intifada ging über Nationalismus hinaus. Viele Kommentatoren sahen in der Intifada von Anfang an eine Kampagne zur Errichtung eines palästinensischen Staates, aber die ersten Tage des Aufstands legen etwas anderes nahe. Als die IDF (Israel Defense Forces) die ersten 100 verhafteten Aufständischen verhörten, fanden sie heraus, daß diese Proletarier »nicht in der Lage waren, die bekanntesten Parolen der Routine-Propaganda der PLO wiederzugeben, und sogar das zentrale Konzept des palästinensischen Kampfs – das Recht auf Selbstbestimmung – war ihnen vollkommen fremd«. <sup>38</sup> Was für ein Skandal!

##### *Die Intifada als Klassenkampf und Klassenkämpfe innerhalb der Intifada*

Die Unterordnung der palästinensischen Bourgeoisie nahm die Form der Unterdrückung der palästinensischen Kapitalakkumulation durch den israelischen Staat an, sodaß die palästinensische Bourgeoisie nicht in der Lage war, die Produktivkräfte angemessen zu entwickeln. Obwohl einige Palästinenser in palästinensischen Werkstätten, Farmen und kleinen Fabriken angestellt waren, waren diese auf Sektoren beschränkt, die nicht mit israelischem Kapital konkurrierten. Deshalb wurde ein erheblicher Teil des Geldes der palästinensischen Bourgeoisie als Einkommen für individuellen Konsum ausgegeben statt als Kapital für produktive Investitionen.

In den allerersten Tagen des Aufstands sah man in Gaza Tausende von Proletariern, die das Getreide benachbarter Grundbesitzer plünderten. Viele

Vermieter wurden gezwungen, drastische Mietsenkungen bekannt zu geben. Reiche Ortsansässige riefen die IDF auf, ihr Eigentum zu schützen.

Der Schlachtruf der Aufständischen war: »Zuerst die Armee, dann Rimal!«.<sup>39</sup> Rimal war ein reicher palästinensischer Vorort von Gaza Stadt. Als die israelischen Behörden neue Ausweise ausgaben, um den Aufstand niederzuschlagen, wählten sie diesen Bereich aus, um das Projekt unter günstigen Voraussetzungen zu beginnen. Zum Glück für die PLO war sie genügend geeint, um durch das Entstehen der Vereinten Nationalen Führung des Aufstands (UNLU) im Aufstand Fuß zu fassen. Diese hatte ihre Basis in den besetzten Gebieten und damit als Instrument zur Vereinnahmung lokaler Militanter mehr Glaubwürdigkeit als die in Tunesien residierende »Fünf-Sterne-PLO«. Dadurch war sie bestens plaziert für den Versuch, den Aufstand von einem Angriff auf alle Formen bourgeoiser Macht in eine konzertierte »nationale« Anstrengung umzudrehen, einen embryonalen palästinensischen Staat zu errichten. Dies setzte aber voraus, die besetzten Gebiete unregierbar zu machen, was bei der bestehenden Unnachgiebigkeit des israelischen Staats leicht außer Kontrolle geraten konnte.

Einen Monat nach Beginn des Aufstands gab die UNLU ihr 1. Kommuniqué heraus, das sich zunächst an die »tapfere palästinensische Arbeiterklasse« wandte, dann an die »tapferen militanten Geschäftsinhaber« und der PLO als der »einzigen legitimen Vertretung des palästinensischen Volkes« zujubelte.<sup>40</sup> Ein Jahr später wurden Proletarier und Kleinbürgertum als »heldenhafte Massen unseres Volkes« zusammengefaßt, aber die PLO blieb die ganzen Kommuniqués hindurch die »einzige legitime Vertretung«.<sup>41</sup>

Trotz der angeblich klassenübergreifenden Einheit, die von der UNLU beschworen wurde, mußte das Kleinbürgertum oft eingeschüchtert werden, die Geschäfte an Streiktagen zu schließen. Manchmal reichte ein Kind mit einem brennenden Streichholz vor der Tür des Geschäfts, um sie daran zu erinnern, daß es Ziel von Vergeltungsmaßnahmen werden könnte. Auch die militanten Proletarier an der Front machten Druck: »Wir sind bereit, unser Leben im Kampf zu geben, ist es da zuviel von euch verlangt, wenn ihr etwas von euren Profiten aufgebt?«<sup>42</sup> Die Kleinbürger sind aber nicht nur mit Tritten und Schreien in die Intifada hineingedrängt worden, obwohl es das auch gab. Das Eigentum von Geschäfts- und Werkstattbesitzern wurde konfisziert, weil sie sich weigerten, Steuern an die israelische Militärregierung zu zahlen. Gegen diese Maßnahmen streikten Geschäftsinhaber in Beit Sahour drei Monate lang. Um sich als wirkliche Bourgeoisie zu entwickeln, brauchten sie ihren eigenen Staat, mit einem anständigen Territorium. Die Eigentumsbeschlagnahmen wegen Steuerverweigerung beschleunigten ihre Proletarisierung, anstatt ihre Entwicklung zu einer vollentwickelten Bourgeoisie zu unterstützen. Oft hatten »Geschäftsstreiks« schlicht die Wirkung, palästinensische Kaufleute in den Bankrott zu treiben.

Auch wenn zu einem gewissen Grad alle Klassen ihre Rolle bei der Zerrüttung der israelischen Wirtschaft spielen konnten, indem sie der Militärregierung ihre Steuereinkünfte verweigerten oder ihre Waren boykottierten, kam die sichtbarste Zerrüttung der israelischen Wirtschaft aus der Arbeiterklasse.

Im wilden Generalstreik im Dezember 1987 gingen 120 000 Arbeiter nicht zur Arbeit in Israel. Und das während der Zitrusenernte, bei der die Palästinenser ein Drittel der Arbeitskraft stellen! Auf Grund der verlorenen Aufträge für den britischen Markt kostete das die israelische landwirtschaftliche Vertriebsbehörde in den ersten beiden Monaten des Aufstands 500 000 \$. Viele Palästinenser arbeiteten auch als Tagelöhner in einem anderen Schlüsselsektor, der Bauindustrie. Sie waren in der Lage, etwas zu erreichen, wovon PLO und Friedensbewegung nur träumen konnten: den Siedlungsbau abrupt zu stoppen.

### *Die »Rebellion der Steine«*

Während der Intifada erzählte man sich eine Geschichte über eine Auseinandersetzung. Als jemand versuchte, seine Autorität mit dem Anspruch zu behaupten, einer der Führer der Intifada zu sein, hielt ein 14-Jähriger einen Stein hoch und sagte: »Das ist der Führer der Intifada«. So viel zur UNLU! Sogenannte »Führer« wurden von Palästinensern bei Demonstrationen angegriffen, wenn sie zu gemäßigt wurden.<sup>43</sup> Die aktuellen Versuche der Palestinian National Authority (PNA), die heutige Intifada zu militarisieren, sind eine Taktik um zu verhindern, daß diese »Anarchie« wieder auftritt.

Der weitverbreitete Gebrauch von Steinen als Waffe gegen das israelische Militär lief auf die Erkenntnis hinaus, daß die arabischen Staaten nicht in der Lage waren, Israel mittels konventioneller Kriegsführung zu überwältigen, vom »bewaffneten Kampf« der PLO ganz zu schweigen. »Unbewaffneter« ziviler Aufruhr bootete notwendigerweise die »Kriegsführungslogik des Staats« aus,<sup>44</sup> (obgleich er sicher auch eine Antwort auf eine verzweifelte Situation war, in der man den Tod als »Märtyrer« der aktuellen Hölle des Lebens vorziehen konnte). Das Steine-Werfen überlistete gewissermaßen die bewaffnete Macht des israelischen Staats. Um den Geldfluß und die Unterstützung der USA aufrechtzuerhalten, mußte Israel den Anschein wahren, es sei eine wehrhafte Demokratie, die von barbarischen Horden belagert wird. Das Töten zu vieler unbewaffneter Zivilisten konnte diesen Anschein zu einer Zeit zerstören, wo Ägyptens pro-amerikanische Position die Rolle von Israel als strategischer Aktivposten zu untergraben drohte.

Dennoch hatten die IDF bereits Mitte Juni 1988 300 Palästinenser getötet. Aber das persönliche Dilemma der Erfahrung, unbewaffneter Zivilisten mit tödlicher Gewalt zu begegnen, vermehrte den Druck auf die Moral der israelischen Soldaten. Sie sollten Teil dieser mächtigen Armee sein, die Ägypten und Syrien besiegt hatte, und hier wurde ihnen befohlen, mit scharfer Munition auf



Kinder zu schießen, die mit Steinen bewaffnet waren! Dies trug zur Wiederbelebung der »Kriegsdienstverweigerungs«-Bewegung bei.<sup>45</sup>

Die Steine waren auch ein großer Gleichmacher, da sie Waffen sind, zu denen jeder Zugang hat. Das palästinensische Proletariat nahm nach Jahren erfolgloser Appelle an die arabische Bourgeoisie den Kampf buchstäblich in die eigenen Hände. In der vordersten Kampflinie stand eine neue Generation junger Proletarier, die unter der Besatzung aufgewachsen waren. Aber im Laufe ihrer Entwicklung von einer spontanen proletarischen Erhebung zu einer nationalen Bewegung unter Schirmherrschaft der UNLU wurde die Intifada allmählich zum Ausdruck einer unsicheren Allianz zwischen Proletariat und Kleinbürgertum.

### *Die Antwort der israelischen Bourgeoisie*

In den 70er und 80er Jahren war die israelische Regierung eisenhart in ihrer Linie. Bis hin zur »linken« *Peace Now* wollte man mit der PLO nichts zu tun haben und versuchte, eine alternative palästinensische Führung aufzubauen, um mit ihr Geschäfte zu machen. Aber die »Dorf-Bündnisse« waren so offensichtliche Marionetten, daß der Versuch komplett scheiterte.

Die Intifada trieb *Peace Now* in eine radikalere Richtung, weil kleinere Friedensgruppen schon dabei waren, Verbindungen zu Palästinensern herzustellen, die im Allgemeinen die Form von »humanitärer« Unterstützung annahmen. Die langfristige Strategie des Friedenslagers benötigte einen »Friedenspartner« und das Scheitern der »Dorf-Bündnisse« machte die PLO zur einzigen Adresse.

Seit Mitte der 80er Jahre hatte man mit der Idee gespielt, die Palästinenser massenhaft nach Jordanien umzusiedeln. Das war nicht möglich und so gingen der israelischen Bourgeoisie die Optionen aus. Jordanien hatte bereits sein eigenes Palästinenser-Problem und Ende der 80er Jahre war das Letzte, was König Hussein wollte, mit noch mehr von ihnen fertig werden zu müssen. Palästinensische Bürokraten in den besetzten Gebieten, ob nun von Jordanien oder Israel ernannt, waren gezwungen worden, zurückzutreten oder sich der revolutionären Justiz zu stellen. Falls dies ein Beispiel dafür war, wie sehr seine zukünftigen Staatsbürger das jordanische Regime dem israelischen vorzogen, war König Hussein nur zu froh, seinen Anspruch auf die Westbank losgeworden zu sein.

Trotz dieser Faktoren war der Likud-Flügel der Einheitsregierung unnachgiebig, aber die USA standen unter wachsendem internationalen Druck, ihren diplomatischen Boykott der PLO zu beenden. Während Likud zu reiner Unterdrückung tendierte, gab es jedoch unter dem wachsenden Druck der USA und angesichts des mangelnden Interesses israelischer Wehrdienstpflichtiger an einer Tötungssorgie eine Grenze für das, was mit brutaler Gewalt und Terror zu erreichen war. Außerdem war es ja die »Eiserne Faust« gewesen, die erst dazu beigetragen hatte, die Bedingungen für die Revolte zu schaffen.

Als die USA bereit waren, im Gegenzug für eine Deeskalation des Konflikts und die Anerkennung Israels die PLO anzuerkennen, war der israelische Ministerpräsident Shamir zu entsprechenden Zugeständnissen gezwungen. Sein Angebot »freier und demokratischer Wahlen« für palästinensische Delegierte, die »eine Interimsperiode für eine selbstregierende Verwaltung aushandeln« würden, wurde ebenfalls unter der Bedingung einer Deeskalation der Unruhen gemacht.

Obwohl die PLO das »Existenzrecht« Israels formal schon im Dezember 1988 anerkannt hatte, war in Israel der Prozeß zur Anerkennung der PLO noch keineswegs abgeschlossen. Der Prozeß, PLO und Israel an den Verhandlungstisch zu bekommen, wurde zu einer Sackgasse, nie gab es mehr als Gespräche über Gespräche, und die israelische Taktik des politischen Hinhaltens (während sie ständig Palästinenser ermordeten) schien sich auszuzahlen. Die durch US-Hilfe gepolterte israelische Wirtschaft konnte den Anfangsschock der wirtschaftlichen Zerrüttung auffangen, die Intifada hingegen erschöpfte sich, je länger sie anhielt. Mit der Zeit wurde das bißchen palästinensische Wirtschaft, das es gab, zerstört. In der Zwischenzeit konnte israelisches Kapital das Netz nach alternativen Quellen billiger Arbeitskraft auswerfen, um die Palästinenser zu ersetzen und sie aus dem israelischen Arbeitsmarkt hinauszudrängen.

### *Die Islamisten*

Noch dazu begann ein erbitterter Revierkampf darum, wer der Hauptwachhund auf den palästinensischen Straßen werden sollte. Die nationalistischen Banden übten schon ihre zukünftige Rolle als Wächter von bürgerlichem Recht und Gesetz und Privateigentum. Während der Aufstand sich erschöpfte, wurde das Proletariat in den besetzten Gebieten durch Fraktionskämpfe und das »Töten von Kollaborateuren« dezimiert, wobei im Frühjahr 1990 mehr Palästinenser von anderen Palästinensern getötet wurden als von israelischen Kräften. Viele dieser »Kollaborateure« waren Plünderer oder Klassenkampfmilitante.

Beteiligt waren auch neue Gruppen, Hamas und Islamischer Jihad. Um ein authentisches palästinensisches Gegengewicht zur PLO zu schaffen, hatte Israel Anfang der 80er Jahre die Moslem-Bruderschaft gefördert. Seit diese ihre Einstellung gegen die Arbeiterklasse gezeigt hatte, indem sie eine Bücherei als »Brutstätte des Kommunismus« niederbrannte, versorgte Israel sie mit Waffen.<sup>46</sup> Da sie glaubten, die israelische Vorherrschaft könne nur überwunden werden, wenn alle Palästinenser gutgläubige Moslems wären, schien es, als könne ihr Wachstum den Widerstand gegen die Besatzung dämpfen. Während der Intifada politisierten sich die Islamisten als islamischer Jihad und Hamas. Um Wirksamkeit zu entfalten und die PLO herauszufordern, organisierten die Islamisten Streiktage gegenläufig zum UNLU-Kalender. Diese »Streiks gegen den Friedensprozeß« bestätigten sie als »authentische, einheimische und Massen-Opposition« zur PLO.<sup>47</sup>

Hamas wollte die PLO untergraben, aber sie wollte sie nicht ersetzen. Ihr militanter-als-du-Wettkampf mit der Fatah (dem militärischen Flügel der PLO) war eher darauf ausgerichtet, ihnen selbst eine Rolle im zukünftigen palästinensischen Staat zu garantieren. Sie lehnten nicht nur den »Friedensprozeß« und die Übereinkunft mit Israel ab, sie waren auch gegen die bloße Idee eines weltlichen bürgerlichen Staates. Trotz ihrer »Ablehnungs«-Haltung suchte Hamas eine Verständigung mit der PLO, weil sie die Form des palästinensischen Staates beeinflussen wollte.

Die Anfangsphasen der Intifada hatten ein Element der Revolte gegen die Institution der patriarchalen Familie enthalten. Palästinensische Frauen hatten ihre gesellschaftliche Unsichtbarkeit verweigert und sich dem Militär entgegengestellt. In Ramallah bewarf eine Gruppe von Mädchen ihre Eltern mit Steinen, als diese versuchten, sie von der Teilnahme am Aufstand abzuhalten. Für Hamas muß ein palästinensischer Staat per Definition ein muslimischer Staat sein, einschließlich Einführung des Scharia-Rechts, um genau die Formen einer »sozialen Kontrolle niedriger Intensität« wiederherzustellen, die die Intifada in Frage gestellt hatte.

### *Der Golfkrieg von 1991*

Der »Friedensprozeß« wurde zudem durch die Golfkrise in die Länge gezogen, die Arafats gesplante Loyalität infrage stellte. Während ein großer Teil der arabischen Bourgeoisie sich auf die Seite der USA stellte, konnte Arafat sich wegen Iraks pro-palästinensischem Standpunkt und massiver palästinensischer Unterstützung für dessen Konfrontation mit den USA nicht leisten, dasselbe zu tun. Der Golfkrieg untergrub endgültig die Illusionen in einen »progressiven Nationalismus«, der von der nunmehr ehemaligen UdSSR unterstützt wurde. Gleichzeitig verstärkten die Scud-Angriffe auf Israel dessen öffentliches Image im Westen als eine Bastion der Demokratie inmitten aggressiver »Schurkenstaaten«.

Trotz der neuen globalen Realität, die dem Zusammenbruch der UdSSR folgte, ist Israel ein lebenswichtiger strategischer Aktivposten für das US-Kapital geblieben. Jene wenigen arabischen Staaten, die sich an Moskau orientiert hatten, mußten mittlerweile im Bemühen um einen neuen Sponsor die vorsichtige Neuausrichtung nach Westen beginnen. Fast sofort bot sich den widerstrebenden arabischen Bourgeoisien eine Gelegenheit, ihr Verständnis der »Neuen Weltordnung« zu demonstrieren, indem sie Partei ergriffen für die Koalition gegen den Irak. Fast alle bedeutenden arabischen Hauptstädte unternahmen diesen Schritt. Mehr und mehr erscheint der Golfkrieg als eine Sache Amerikas, das plötzlich von den Zwängen des Kalten Krieges befreit war und nun schlicht auf brutalste und willkürlichste Weise zeigte, wie vollständig seine Vorherrschaft über die Ölfelder im Nahen Osten war. Als der »Schurkenstaat« jedoch wirklich

von einem kurdischen Aufstand im Norden und einer schiitischen Rebellion im Süden bedroht wurde, ließen die USA ihn von der Kette, weil sie ein arabisches Regime, das sie verteufeln und periodisch bestrafen konnten, der Möglichkeit vorzogen, eigenhändig eine gesellschaftliche Revolution zerschlagen zu müssen, was das Risiko einer weiteren Verstärkung anti-amerikanischer Gefühle im Nahen Osten mit sich gebracht hätte.

Der Golfkrieg war Teil einer Neuzusammensetzung der gesamten Arbeiterklasse der Region. Die Massenvertreibung palästinensischer Arbeiter aus Kuwait trug zur allgemeinen Verarmung der palästinensischen Proletarier bei. Einige hatten aufgrund der Löhne, die ihre Angehörigen aus Kuwait geschickt hatten, einen höheren Lebensstandard als ihre jüdischen Nachbarn genossen.

Die von Israel während des Kriegs verhängte allgemeine Ausgangssperre verstärkte die wirtschaftlichen Härten in den besetzten Gebieten. Israelische Bosse konnten viele palästinensische Arbeiter entlassen, weil sie die Ausgangssperre befolgt hatten oder nicht befolgt hatten oder in Zukunft befolgen sollten. Das verschärfte wiederum die Klassenantagonismen in den besetzten Gebieten und führte zu Diebstahl und allgemeiner Gesetzlosigkeit. Während der Ausgangssperre wurden Geschäfte, deren Waren als übersteuert betrachtet wurden, angegriffen und zu Preissenkungen gezwungen.

## **4.2 Der Weg nach Oslo**

Als die USA nach dem Golfkrieg die unangefochtene Hegemonie über die Region erlangt hatten und die einheimischen Bourgeoisien vor allem in Ägypten und Syrien die Gefahr der islamistischen Militanz fürs erste einigermaßen im Griff hatten, blieben den USA als einziges Problem die Palästinenser. Die breite Unterstützung für die erste Intifada bedrohte die US-Interessen zweifellos, und der Osloer »Friedensprozeß« bedeutete auf rhetorischer Ebene, daß wirklich Schluß sein sollte mit dem jahrelangen Konflikt und dem Krisenmanagement, zu dem eine US-Administration nach der anderen gezwungen gewesen war.

Da Amerikas arabische Verbündete den alles entscheidenden Loyalitätstest des Golfkriegs bestanden hatten, eröffnete die »Neue Weltordnung« die Möglichkeit, daß Israel als strategischer Hauptverbündeter der USA in der Region überflüssig werden könnte, da der Großteil der arabischen Bourgeoisie Ruhe gab und Israels Unfähigkeit, das Palästina-Problem zu lösen, diese vielbeschworene neue Ära bürgerlichen Friedens bedrohte.

Für den israelischen Staat bedeuteten Konzessionen an die Palästinenser die Möglichkeit einer Konfrontation mit seiner eigenen Arbeiterklasse. Da aber die israelische Wirtschaft immer noch an den Folgen der Krise und der Intifada litt,

benötigte man immer noch US-Hilfe, was sich dazu benutzen ließ, den israelischen Staat zu einem Abkommen mit den Palästinensern zu drängen.

Angesichts der ausbleibenden Fortschritte bei der Lösung der Intifada zeigten sich die USA bereits 1989 zunehmend frustriert. Israel sollte einer ihrer regionalen Polizisten sein. Stattdessen hatte es mit einem inneren Aufstand zu tun, der wegen der palästinensischen Diaspora die gesamte Region zu destabilisieren drohte. Shamir konnte die Situation nicht lösen – vor allem nach dem Zusammenbruch der Einheitsregierung und unter Druck der rechten Koalitionspartner.

Als die Arbeitspartei, die versprach, den »Friedensprozeß« zu beschleunigen, an die Regierung gewählt wurde, wollte Hamas ihre Basis als wichtigste »Ablehnungs«-Alternative zur PLO festigen. Die Tötung von sechs israelischen Soldaten durch Hamas-Guerillas im Dezember 1992 bewies, daß sich Israels Förderung des politischen Islam als Gegengewicht zur PLO ausgezahlt hatte, allerdings nicht so, wie Israel es sich vorgestellt hatte. Andererseits hatte der Aufstieg von Hamas nicht nur tödliche Nebenwirkungen, sondern bot auch einen Vorwand für die IDF, im Frühjahr 1993 hart durchzugreifen. Der Schlag richtete sich hauptsächlich gegen Gaza als angebliche »Basis für Hamas«.

Als Teil dieser allgemeinen Repressionswelle verhängte Israel unter dem Vorwand des »Antiterrorismus« außerdem eine »unbefristete« Abriegelung über die Gebiete. Das hieß, daß 189 000 PalästinenserInnen nicht zur Arbeit nach Israel konnten. Während der ganzen 90er Jahre wurde die Politik der Abriegelung immer wieder als »Kollektivstrafe« für Selbstmordbombenattentate und andere Anschläge benutzt. Nach der Abriegelung der besetzten Gebiete im März 1993, die auf dem Bau und in der Landwirtschaft zu Arbeitskräfteknappheit führte, gab die Regierung grünes Licht für die Anwerbung von Gastarbeitern.

Die Intifada zwang die israelische Bourgeoisie also dazu, das Monopol der Palästinenser auf den unteren Rand des Arbeitsmarkts zu beenden und eine stabilere Quelle billiger Arbeitskraft zu finden. Da die jüdischen ArbeiterInnen ihre Stellung zäh verteidigten, wäre es problematisch gewesen, sie in diese Rolle zu drängen. Zu Beginn der Intifada hatten Baustellen in Jerusalem erfolglos versucht, jüdische Arbeiter für das Doppelte des normalen Palästinenserlohns zu bekommen. Die jüdischen ArbeiterInnen sind zwar eher loyal dem Staat gegenüber und identifizieren sich auch mehr mit seinen Sicherheitserfordernissen. Sie an den unteren Rand des Arbeitsmarktes zu drängen, hätte aber eine Neuverhandlung des nach 1967 ausgehandelten Klassenkompromisses bedeutet, und außerdem gab es sowieso schon eine Knappheit bei jüdischen Arbeitskräften. In den 80er Jahren verließen mehr Juden Israel, als neu hinzukamen.

Der Zusammenbruch der UdSSR schien eine Lösung zu bieten in Form einer neuen Welle von potentiellen Einwanderern. Auch das brachte aber Probleme mit sich, denn die meisten der neuen EinwandererInnen hatten eigentlich

nach Amerika gehen wollen, und als Ausgleich dafür, daß sie in Israel festsäßen, verlangten sie einen Teil vom zionistischen Kuchen. Der untere Rand des Arbeitsmarktes war weit weg von den hochqualifizierten Jobs, die viele von ihnen früher in der Sowjetunion gehabt hatten.

Außerdem brauchte Israel für die Integration der neuen EinwandererInnen US-Hilfe, und wegen der Frustration der US-Bourgeoisie über Israels Siedlungspolitik hatte Bush Senior 1991 damit gedroht, den Kredithahn zuzudrehen, und klargemacht, daß Israel die neuen EinwandererInnen nicht ohne substantielle Fortschritte bei der Lösung der Intifada integrieren konnte.

Die russischen EinwandererInnen sind in Israel zum Streitobjekt geworden, da viele Leute meinen, ihre Aufnahme sei auf Kosten von anderen jüdischen ArbeiterInnen gegangen. Die Aufnahme der russischen Einwanderer wird mit dem Anstieg der Mieten in »gesuchten Wohngebieten«, der Verdrängung von ärmeren Juden und der Notwendigkeit der Ausweitung der Siedlungen in Verbindung gebracht. Dieses Ressentiment und eine allgemeine Sorge über die Erosion des exklusiv jüdischen Charakters des Staats heizt daher Gerüchte über die mangelnde Authentizität der »jüdischen Identität« der neuen Immigranten an.

Weiter angeheizt werden diese Sorgen durch den zunehmenden Einsatz von nichtjüdischen GastarbeiterInnen aus Osteuropa und dem Pazifikraum. Diese Gastarbeiter, hauptsächlich aus Rumänien und von den Philippinen, teilweise auch aus Jordanien und Ägypten, arbeiten meist über Leiharbeitsagenturen wie Manpower. Sie haben äußerst miese Arbeitsbedingungen und Wohnverhältnisse, und es gibt regelmäßig Berichte über körperliche Übergriffe durch Arbeitgeber<sup>48</sup>. Ihre Pässe werden ganz selbstverständlich von der Agentur einbehalten, so daß sie an den Job gebunden sind, wenn sie im Land bleiben wollen. Viele Arbeitgeber behalten den Lohn ein und lassen die Leute abschieben, wenn diese die Auszahlung fordern. Neuerdings müssen die ArbeiterInnen den Agenturen eine Kautionszahlung zahlen, die sie erst bei Erfüllung ihres Arbeitsvertrages zurückbekommen. Angesichts dieser Bedingungen arbeiten viele Arbeitsmigranten natürlich lieber illegal<sup>49</sup>. Die meisten männlichen Arbeitsmigranten arbeiten in der Landwirtschaft und – vor allem – auf dem Bau. Die Baubranche will ständig mehr Migranten einstellen, die Regierung beschränkt ständig die Zahl der Visa, so entsteht ein Markt für illegale Arbeiter. Arbeitsmigranten arbeiten für noch weniger als Palästinenser in Israel und aus den Gebieten, was in einem Fall in einer palästinensischen Kleinstadt in Galiläa schon zu einem Pogrom gegen jordanische und ägyptische Arbeiter, die Land besetzt hatten, geführt hat.

Sowohl die äußerst hohe Arbeitslosigkeit unter den PalästinenserInnen als auch die Herausforderung von Arafats Führung durch Hamas und Arafats Isolierung wegen seiner Unterstützung des Irak im Golfkrieg haben zur Schwächung der Verhandlungsposition der PLO beigetragen. Während der Aufstieg von

Hamas die eher ablehnende Haltung des lokalen Kleinbürgertums repräsentierte, waren die Handels- und Finanzkapitalisten der Diaspora eher bereit, den angebotenen verarmten Kleinstaat anzunehmen. Schließlich brauchten sie zur Realisierung ihrer Profite kein Land und waren anders als das lokale Kleinbürgertum nicht mit den täglichen Realitäten der israelischen Herrschaft konfrontiert. Und sie wollten die relative Sicherheit ihrer Position nicht dadurch gefährden, daß sie zu laut gegen die »Neue Weltordnung« aufmuckten.

## 5. Der Osloer »Friedensprozeß« (1993-2000)

Die anfangs als Gaza-Jericho-Abkommen bekannten Osloer Abkommen waren eine Neuauflage all dessen, was die PLO jahrelang abgelehnt hatte. Der PLO wurde als erster Schritt die Verwaltung von Gaza und Jericho angeboten. Obwohl widerwillig mehr Land übergeben wurde, kontrolliert Israel immer noch die Grenzen, die Außenpolitik usw.. Trotzdem war der Deal für die PLO so demütigend, daß sogar Israel besorgt war, es könnte zu weit gegangen sein.

In Kairo warnte Israels Umweltminister davor, daß eine »besiegte« PLO nicht mehr in Israels Interesse liege als eine »siegreiche«. »Wenn man Arafat im Namen der Sicherheit den Arm umdreht, muß man aufpassen, daß man ihn nicht bricht. Mit gebrochenem Arm wird Arafat nicht in der Lage sein, die Kontrolle in Gaza und Jericho aufrechtzuerhalten.«<sup>50</sup>

Das Abkommen wird oft mit dem System der »Bantustans« verglichen, die es in Südafrika gab. Das Fortbestehen der Siedlungen und der Bau von Straßen nur für Siedler verstärken diese Ähnlichkeit noch.

Die meisten nationalistischen palästinensischen Gruppen waren von Anfang an gegen die Osloer Abkommen, beschlossen aber, bei ihrer Rolle als »loyale Opposition« zu bleiben. Hamas führt weiterhin Anschläge gegen Israelis durch, aber nicht gegen die PNA. Zu Beginn der PNA-Regierung sagte Hamas: »Wir begrüßen die palästinensischen Sicherheitskräfte als Brüder«, und versprach »die getrennten Aufrufe zu Streiktagen zurückzufahren, um die wirtschaftliche Last, die auf unserem Volk liegt, zu erleichtern«. Die leninistischen Gruppen, hauptsächlich DFLP (Demokratische Front zur Befreiung Palästinas) und PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas), genießen weniger Unterstützung als Hamas und scheinen wenig ausrichten zu können. Sie sind gegen Oslo, aber sie sprachen sich nicht für einen aktiven Kampf gegen die PNA oder auch nur gegen Israel aus, jedenfalls nicht, bis die Intifada losging.

### *Die PLO als Polizist*

Trotz dieser »loyalen Opposition« hörte der Widerstand in der Westbank und in Gaza mit dem Machtantritt der PNA nicht einfach auf. Arafat wurde am 1. Juli 1994 in Gaza nicht der erhoffte triumphale Heldenempfang bereitet, und die PNA versuchte verzweifelt, die Begeisterung der Massen über seine Rückkehr aus dem Exil anzufachen.

Für die Proletarier in Gaza waren die Preise der Grundnahrungsmittel wichtiger. Die Gemüsepreise stiegen durch die relativ freien Exportbedingungen, die den palästinensischen landwirtschaftlichen Produzenten durch das Pariser Protokoll von 1994 auf dem israelischen Markt eingeräumt wurden, um 250 Prozent. Israel heizte die verfahrenere Situation noch an, indem es sofort den Gaza-Streifen abriegelte und bei den daran anschließenden Unruhen Palästinenser tötete.<sup>51</sup> Hamas tötete als Vergeltung Israelis, und die neue PNA verurteilte die Angriffe und versprach, gegen zukünftige Angriffe mit Israel zusammenzuarbeiten. Das führte fast unmittelbar zu großen Protestkundgebungen gegen die PNA.

Durch die palästinensische Autonomie in den am dichtesten besiedelten Gebieten konnte Israel die politische Last der öffentlichen Ordnung auf die Schultern der palästinensischen Bourgeoisie abladen, die nicht durch Israels westeuropäisch-demokratische Gepflogenheiten behindert war. Die PNA gibt einen Großteil ihres Budgets für Sicherheit aus (das meiste für wirtschaftlichen Wandel vorgesehene Geld hat die für ihre Korruption berüchtigte PNA »verloren«): auf 30 Palästinenser kommt 1 Polizist.<sup>52</sup> Sie hat die Todesstrafe wieder eingeführt, während der neuen Intifada wurden »Kollaborateure« öffentlich hingerichtet, und zahllose Menschen ohne Prozeß eingesperrt – meist ihre politischen Gegner.

Trotz dieser Repression innerhalb der PNA-Gebiete gab und gibt es Proteste und Generalstreiks gegen die Behandlung von Hamas-Militanten durch die PNA. In den Flüchtlingslagern in Gaza, die Arafat bekanntlich so ungern besucht, gab es im Sommer 2000 mehrmals Schießereien zwischen PNA-Sicherheitsbeamten und Lagerbewohnern; Gegner wurden dabei festgenommen und ohne Prozeß festgehalten. 200 Lehrer haben ihre Gewerkschaft verlassen, weil diese der PNA zu nahe steht, eine unabhängige Gewerkschaft gegründet, die Schulen geschlossen und einen langen Streik begonnen.<sup>53</sup> Viele von ihnen wurden eingesperrt. Vor kurzem haben auch 20 in den Gebieten lebende Akademiker und Fachleute ein Manifest veröffentlicht und verteilt, in dem die PNA kritisiert wird.

## **5.1 Friedensprozeß und Umstrukturierung des israelischen Kapitals**

Für den Teil der israelischen Bourgeoisie, der sich mit den Palästinensern arrangieren wollte, stellte Oslo einen dritten Weg dar zwischen der intensiven Akku-



mulation der 70er Jahre und den expansionistischen Träumen von einem Großisrael. Wenn das israelische Kapital neue Investitionsgebiete nicht durch Eroberung gewinnen konnte, dann durch eine stärkere Integration in die Wirtschaft der Region. Um die Konkurrenz zu stärken, sollten Importkontrollen abgeschafft werden, und die großen staatlichen Konglomerate sollten privatisiert werden, während sich die Rolle der privaten Subunternehmer und Leiharbeitsagenturen ausweiten sollte. Für den israelischen Staat bedeutete dies, die israelische Arbeiterklasse zu disziplinieren, während gleichzeitig die politische Last der sozialen Kontrolle der palästinensischen Arbeiterklasse auf die Schultern des neuen palästinensischen Ministaats abgewälzt wurde.

Das Allheilmittel von Oslo stieß aber auf den Widerstand der Proletarier, der israelischen wie der palästinensischen. 1996, drei Jahre nachdem sich Yassir Arafat und Yitzhak Rabin auf dem Rasen vor dem Weißen Haus die Hand gegeben hatten, führten die Versuche der Likud-Regierung, die Privatisierung einzuführen, zu einer Welle von Arbeitskämpfen, während der Bau eines Tunnels in Jerusalem Unruhen auslöste, die zur höchsten Zahl von palästinensischen Todesopfern in der ganzen zwanzigjährigen Besatzungszeit führten. Dennoch gab es keine Verbindung zwischen diesen Kämpfen, und die von Oslo repräsentierten Versuche einer ökonomischen Rationalisierung gingen im wesentlichen durch.

### *Die palästinensische Arbeiterklasse*

Oslo hat der israelischen Bourgeoisie Zeit verschafft, um die billigen aber auf-sässigen Palästinenser durch billigere und weniger aufmüpfige ArbeiterInnen zu ersetzen. Während des Golfkriegs wurden Tausende von Palästinenser gefeuert. Das war möglich, weil sie, wie oben dargestellt, durch GastarbeiterInnen ersetzt werden konnten. Der Gebrauch von Arbeitsmigranten macht es Israel möglich, die Gebiete viel wirksamer abzuriegeln, als sie es während der letzten Intifada je konnten. Die Blockaden, die verhängt wurden, als die PNA an die Macht kam, machten es den PalästinenserInnen schwer oder unmöglich, zur Arbeit in Israel zu kommen. Das half, in Gaza die Bedingungen für eine Massenarbeitslosigkeit zu schaffen. ArbeiterInnen mußten durch die Blockade kommen, um sich auf »Sklavenmärkte« an Straßenkreuzungen in den Gebieten zu stellen.<sup>54</sup> Aber wie Peres es im November 1994, drei Monate nach den Unruhen am Grenzübergang Erez, ausdrückte: »Wenn die Palästinenser nicht mehr in Israel arbeiten können, dann müssen wir die Bedingungen schaffen, um die Arbeitsplätze zu den Arbeitern zu bringen.«<sup>55</sup>

Das geschieht im wesentlichen auf zwei Arten. Einige Palästinenser arbeiten in den neuen Gewerbegebieten, von denen noch mehr direkt hinter der jordanischen und der libanesischen Grenze in Planung sind.<sup>56</sup> Viele andere Palästinenser arbeiten für palästinensische Subunternehmer. Die Subunternehmer im-

portieren israelische Rohmaterialien und zahlen sehr niedrige Löhne. Die dort produzierten Waren werden dann von israelischen Firmen in den Handel gebracht, wodurch die israelischen Bosse wegen der palästinensischen Lohnniveaus ihre Profite steigern können. Diese neue Kooperation zwischen der israelischen und der arabischen Bourgeoisie verschlechtert nicht nur die Arbeitsbedingungen für das palästinensische Proletariat, sondern weitet auch die Proletarisierung des palästinensischen Kleinbürgertums aus. Zum Beispiel errichten israelische und palästinensische Investoren direkt auf der PNA-Seite der Grenze gerade ein großes Gewerbegebiet zur Produktion von Molkereiprodukten zusammen mit Tnuva, einem der größten israelischen Lebensmittelkonzerne. Das wird zur Schwächung und wahrscheinlich zur Pleite der meisten palästinensischen Milchbauern führen, bei denen zur Zeit 13 Prozent der palästinensischen ArbeiterInnen in den Gebieten beschäftigt sind.

Die palästinensische Bourgeoisie hat ihre Unterordnung unter das israelische Kapital akzeptiert, erstens weil sie davon profitiert und zweitens weil eine vollständige Abkopplung von der israelischen Wirtschaft sie der Konkurrenz benachbarter Kapitale aussetzen würde, die Zugang zu noch billigerer Arbeitskraft haben. Das würde eine weitere Konfrontation mit der Arbeiterklasse bedeuten. Andererseits haben die israelische und palästinensische (und die jordanische) Bourgeoisie alle ein Interesse daran, daß die Gebiete ein großer Pool billiger Arbeit bleiben, der israelische, palästinensische und internationale Investitionen anzieht.

### *Die jüdische Arbeiterklasse*

Obwohl die Palästinenser zunehmend aus dem israelischen Arbeitsmarkt herausgedrängt werden, sind die Gastarbeiter nicht die ideale Lösung. Eigentlich muß das israelische Kapital der jüdischen Arbeiterklasse schlechtere Bedingungen aufzwingen. Als Likud aber 1996 versuchte, mehr Privatisierung durchzusetzen, nahm sogleich die Unruhe unter der jüdischen Arbeiterklasse zu.

Oslo bedeutet einen weiteren Versuch, die israelische Wirtschaft in Hochlohnjobs und prekäre schlecht bezahlte Jobs zu spalten und den nach 1967 ausgehandelten Klassenkompromiß neu zu verhandeln. Der mit Oslo verbundene Versuch, die Handelsbeziehungen mit der arabischen Welt zu »normalisieren«, kann nur bedeuten, daß die Arbeiterklasse in Israel der Konkurrenz durch schlechter bezahlte Arbeiter in den Nachbarländern ausgesetzt sein wird. Das verspricht großen Profit, da deren Löhne noch niedriger als selbst die der israelischen Palästinenser sind. Der Friedensschluß mit Jordanien enthielt auch Vereinbarungen über die freie Bewegung des Kapitals, also gingen israelische Firmen sofort nach Jordanien, um die billigere Arbeitskraft zu nutzen. Dadurch erhöhte sich die Arbeitslosigkeit unter jüdischen ArbeiterInnen in Gegenden wie Dimona und arabischen Textilarbeiterinnen im Norden auf acht Prozent und steigt weiter.

Das Oslo-Abkommen zieht nicht nur Entlassungen im Privatsektor nach sich, sondern verstärkt auch die wirtschaftliche Unsicherheit der ArbeiterInnen im Öffentlichen Dienst. Massenweise jüdische ArbeiterInnen im öffentlichen Dienst arbeiten inzwischen mit Zeitverträgen, vor allem Frauen, junge Leute und neue Einwanderer, und auch im öffentlichen Dienst wird mit Subunternehmern gearbeitet, also sind die Arbeitsbedingungen schlechter. Arbeitslose Juden müssen inzwischen jeden Job annehmen, so wie wir es ja auch ganz gut kennen. Die Histadrut deckt immer weniger ArbeiterInnen ab, nennt sich jetzt »Neue Histadrut« und führt Befragungen darüber durch, warum die Leute ihr nicht vertrauen. Vor kurzem gab es einen großen Streik einer unabhängigen Eisenbahnergewerkschaft, die forderte, von der Histadrut anerkannt zu werden. Es gibt auch einen Versuch, eine Gewerkschaft für LeiharbeiterInnen zu gründen.<sup>57</sup>

In einem Versuch, die jüdische Arbeiterklasse ruhig zu halten, wurden diese Maßnahmen von einer Beschleunigung im Siedlungsbau in den besetzten Gebieten begleitet. Zwar enthält jedes neue von Amerika vermittelte Abkommen ein israelisches Versprechen, den Siedlungsbau einzustellen, aber die israelische Bourgeoisie hat keine andere Wahl, als diese Versprechen zu ignorieren, wenn sie die Bedürfnisse der jüdischen ArbeiterInnen befriedigen will. Zur Zeit versucht Israel, dieses Problem durch die »Judaisierung« von arabischen Gebieten innerhalb der Grünen Linie zu umgehen, eine Politik, die direkt zur Beteiligung von israelischen Arabern an dieser Intifada geführt hat.

## 6. Die Intifada im 21. Jahrhundert

Der wegen seiner Verbindung zu Sharons provokativem Besuch der Al-Aksa-Moschee im September 2000 als Al-Aksa-Intifada bekannt gewordene Aufstand war – zumindest anfänglich – wie die Intifada von 1987 spontan, »eher von der enormen Frustration der Palästinenser angetrieben als von irgendeiner strategischen Entscheidung der palästinensischen Führung«.<sup>58</sup> Der Funke, der die proletarische Wut zur Explosion brachte, war die Tötung von sieben Palästinensern durch israelische »Aufstandsbekämpfungs«-Polizei an der Al-Aksa-Moschee am Tag nach Sharons Besuch – und die breit veröffentlichte Ermordung eines 12jährigen an der Netzarim-Kreuzung in Gaza. Wie schon gesagt, gibt es ständig Kämpfe im Gaza-Streifen und der Westbank. Als dauerhafteste Revolte seit der letzten Intifada hat dieser aber den Titel »Intifada« verdient.

Vor diesem Kampf lag, wie schon erwähnt, eine Zeit der Konflikte zwischen palästinensischem Proletariat und palästinensischer Bourgeoisie. In

Ramallah gab es im September 2000, einen Monat vor Beginn der Intifada, Zusammenstöße zwischen Demonstranten und der palästinensischen Polizei. Also kam es der palästinensischen Bourgeoisie gelegen, den massenhaften proletarischen Ärger von sich selbst ab- und auf »den wirklichen Feind« zu lenken, wie sie sagen würden. Außerdem hilft Hamas in diesem Aufstand, die Legitimität der PLO/PNA bei ihrer Basis wiederherzustellen, indem sie sich der NIF, der neuen Bündnisorganisation aller nationalistischen Organisationen zur Kontrolle des Aufstands angeschlossen hat. Die palästinensische Polizei, die sich auf die Fatah stützt, hilft ebenfalls sicherzustellen, daß der Aufstand »der Kriegslogik des Staates« folgt, indem sie den Kampf militarisiert.

Trotzdem ist dieser neue Aufstand wie auch die letzte Intifada der Logik des Nationalismus oder der Unterstützung der arabischen Bourgeoisien nicht vollständig verhaftet. In der ganzen arabischen Welt und nicht nur unter der palästinensischen Diaspora gibt es Massenproteste. In Jordanien gab es Zusammenstöße zwischen der jordanischen Armee und 25 000 Palästinensern, die zu einem Verbot antiisraelischer Demonstrationen in Jordanien führten, und in Ägypten gab es die größten und härtesten Studentenproteste seit den 70er Jahren.

#### *Die israelischen Araber*<sup>59</sup>

Außerdem schwimmt die Grüne Linie immer mehr, da sich zunehmend die israelischen Araber als wahrnehmbarer Teil dieser Intifada einmischen. Auch an der Intifada von 1987 hatten israelische Araber teilgenommen, aber damals spielten sie hauptsächlich eine Unterstützerrolle für die Palästinenser in den Gebieten. Trotz ihrer angeblichen »demokratischen« Privilegien sind sie nie vollständig in den israelischen Staat integriert worden. Das wurde 1976 sehr deutlich, als bei Protesten gegen Landenteignungen mehrere israelisch-palästinensische Bauern erschossen wurden. An das Massaker wird seitdem durch einen jährlichen Generalstreik an diesem Tag, dem »Landtag«, erinnert. Am Landtag 1989 blockierten junge israelische PalästinenserInnen Straßen, warfen Molotow-Cocktails auf Polizeiwagen und unterbrachen Wasserleitungen zu jüdischen Siedlungen. Wegen solcher Vorfälle während der Intifada von 1987 begannen Teile der israelischen Bourgeoisie, sie als fünfte Kolonne innerhalb der Grünen Linie zu sehen und verlangten, die Wehrpflicht auf sie auszuweiten, um ihre Loyalität dem Staat gegenüber sicherzustellen. Während der Intifada von 1987 bekamen es israelische Palästinenser nur mit Gummigeschossen zu tun. Diesmal wird scharf geschossen, und schon in den ersten Tagen der Intifada wurden 12 israelische Araber durch Sicherheitskräfte erschossen.

Tatsächlich war eine der Ursachen für die Entstehung dieser Intifada der Kampf israelischer Araber gegen Zwangsräumungen im Zuge der offiziellen Politik der »Judaisierung« Galiläas.<sup>60</sup> Im Sommer 2000 wurde in den Dörfern

in Galiläa fast jede Woche mindestens ein Haus abgerissen, und ganze Dörfer unterstützten den Widerstand dagegen, was sie in fast ständige Auseinandersetzungen mit der Polizei brachte. Zu dieser Politik der »Judaisierung« Galiläas gehört auch die Schikanierung von arbeitslosen israelischen Arabern. In Nazareth wurde das Arbeitsamt weiter weg verlegt, die Unterlagen von Leuten gingen ständig verloren oder wurden manipuliert. In einem Fall wurde einem ganzen Dorf die Unterstützung gestrichen, weil es Arbeit abgelehnt habe, die nie angeboten worden war! Das hat zu großen Demos und Auseinandersetzungen mit den Bullen geführt. In einem Fall hat sich eine Menge von Frauen aus Nazareth ihren Weg in ein Amtsgebäude freigeprügelt.

In den ersten Tagen des Aufstands streikten ganze Dörfer in Galiläa, und die Hauptstraße durch diese Gegend war mit brennenden Reifen übersät. Die israelischen Araber erweisen sich auch als zunehmend desillusioniert über die Wahlen. Bei den vorigen allgemeinen Wahlen hatten 90 Prozent der israelischen Araber für Barak gestimmt, was allgemein als Grund gilt, warum er gewonnen hat. In der Wahl 2001 gab es eine konzertierte Kampagne von arabischen »Gemeindeführern«, um die israelischen Araber zu überzeugen, daß sie Barak wählen sollten – alles außer Sharon! – die Reaktion war ein fast vollständiger Wahlboykott. Tatsächlich bestand die Reaktion einiger israelisch-palästinensischer ArbeiterInnen auf »ihre« arabischen Knesset-Abgeordneten darin, daß sie sie aus den Dörfern jagten, als sie auf Wahlkampftournee kamen.<sup>61</sup>

#### *Weitere Diskreditierung der PNA und Militarisierung des Kampfs*

Die Rolle der PNA im gegenwärtigen Kampf besteht im wesentlichen in ihrem Versuch, den Massenwiderstand zu kontrollieren und zugleich von ihm zu profitieren. Auch die aktuelle Intifada enthält immer noch ein starkes Massenelement, und die PNA versucht, ihre Kontrolle über die »palästinensische Straße« zu festigen – oder zu erlangen. Die PNA muß auch sicherstellen, daß sie sich die Loyalität ihrer eigenen Polizei erhält. Viele palästinensische Polizisten sind Fatah-Militante. Sie haben zwar keinerlei Hemmungen, Demos gegen die PNA anzugreifen, aber unter Umständen zögern sie, wenn sie auf Palästinenser schießen sollen, die den israelischen Staat angreifen. Außerdem ist es ihnen lieber, wenn die Wut des palästinensischen Proletariats sich gegen die israelischen Bullen und Soldaten richtet als gegen sie selbst. Wie schon erwähnt, hatte der Sommer 2000, als die Camp-David-Abkommen zwischen Arafat und Barak keine Fortschritte machten, im Zeichen einer Reihe von brutalen Schlachten zwischen der PNA-Polizei und der »Straße« gestanden. Die heutigen Kämpfe kamen in Gang, als staatliche bewaffnete Polizei sich auf die Seite der Demonstrationen stellte und auf die IDF schoß. Das bot wiederum einen Vorwand für gezielte Todesschüsse der IDF und den Einsatz des vollen Gewichts der israeli-

schen Militärmacht, einschließlich Kampfhubschraubern, gegen die palästinensische Bevölkerung.

Wegen der Rolle der PNA ist die aktuelle Intifada, vor allem verglichen mit der »Rebellion der Steine« von 1987, eine hoch militarisierte Angelegenheit. Während die Steinewerfer von 1987 die »Kriegslogik des Staates« vielleicht abgelehnt haben, läßt sich das von der paramilitärischen palästinensischen Polizei nicht sagen. Das führt unter anderem dazu, daß ein wesentlich kleinerer Ausschnitt der palästinensischen Bevölkerung beteiligt ist. Die Protagonisten sind hauptsächlich männlich und zwischen 17 und 25 Jahre alt. Es führt auch dazu, daß es viel mehr Todesopfer unter den Palästinensern gibt als bei der letzten Intifada, was es der PLO ermöglicht, sich einen Teil der verlorenen Glaubwürdigkeit zurückzuholen und gleichzeitig ein paar aufmüpfige arme Leute loszuwerden. In begrenztem Umfang stärkt die Verwandlung eines spontanen Volksaufstands in einen quasi-militärischen Konflikt den »Staat im Embryonalzustand« der PNA. Zu einem Staat gehört schließlich die Fähigkeit, die eigenen Grenzen zu verteidigen. Auf der anderen Seite führt die erdrückende militärische Überlegenheit Israels dazu, daß Teile der PLO versuchen, den Konflikt zu deeskalieren. Diese Teile versuchen, den Aufstand wieder auf seinen zivilen Massencharakter zurückzuführen.

## **6.1 Die Wirkung der neuen Intifada**

Trotz der Versuche des israelischen Staates, die Palästinenser durch Gastarbeiter zu ersetzen, hat die neue Intifada nicht zuletzt zu einer Krise in der Baubranche geführt, weil diese von billigen palästinensischen Arbeitern abgeschnitten wurde. Es wird damit gerechnet, daß Israels Wirtschaftswachstum von sechs Prozent im Jahr 2000 in 2001 auf zwei Prozent sinkt. Die Häuserpreise in Jerusalem sind seit letztem Jahr schon um 20 Prozent gefallen. Viele dieser Zahlen lassen sich zwar durchaus mit dem weltweiten Rezessionsdruck erklären, aber es wird ganz klar, daß die Intifada den weltweiten Druck noch gesteigert hat, wenn man bedenkt, daß das Handelsvolumen Israels mit den Gebieten, das zuletzt zwei Mrd. Dollar im Jahr betrug, halbiert wurde. Die Bedingungen auf dem Weltmarkt werden zwar als offizieller Grund dafür angegeben, daß die ausländischen Investitionen in diesem Jahr um 50 Prozent zurückgegangen sind, aber die Intifada wird kaum zusätzliche ausländische Investitionen nach Israel locken. Andererseits boomen die Start-Ups in Tel Aviv immer noch, was auf die relative Stärke der Kapitalakkumulation in Israel hinweist, die außerdem durch US-Hilfen in Höhe von über vier Mrd. Dollar im Jahr vor einigen normalen ökonomischen Zwängen geschützt wird. Diese Hilfe ist aber ein zweiseitiges

Schwert, denn die Abhängigkeit vom guten Willen der USA beschränkt Israels Handlungsfreiheit bei seinen Versuchen, die Revolte niederzuschlagen.

Die Intifada hatte die Arbeitspartei schon vor ihrer vernichtenden Wahlniederlage in die Krise gestürzt, teils wegen der oben erwähnten unlösbaren Probleme mit den Siedlungen. Obwohl Sharon diese Probleme selbst angeheizt hat, hat die Bourgeoisie ihn politisch rehabilitiert. Und im vorherrschenden Klima des nationalen Notstands hat ihn sein Ruf als »harter Mann« für die Rechte zur natürlichen Wahl gemacht, während liberalere Wähler sich von seiner Buhmannrolle nicht abschrecken ließen.

Der neue Aufstand hat außerdem größere Veränderungen in der Außenpolitik der arabischen Staaten nach sich gezogen. Der versöhnliche Ton Israel gegenüber ist verschwunden; vor allem aber ist auch der Konsens über den Irak verschwunden, den Amerika und England seit 1991 aufrechterhalten hatten. Saddam Hussein, der als einer der wenigen Führer des Pan-Arabismus und als begeisterter Unterstützer der Sache der Palästinenser gilt, wird im Nahen Osten zunehmend rehabilitiert, und das Sanktionsregime steht kurz vor dem Zusammenbruch. Zumindest bis vor kurzem bedeutete Bushs Teilrückzug aus dem Friedensprozeß – d.h. in Wirklichkeit seine unmißverständliche Unterstützung der israelischen Politik in der Westbank und im Gazastreifen – daß kaum ein Ende der gegenwärtigen Intifada in Sicht war. Die Öffentliche Meinung in den arabischen Ländern war zunehmend gegen die USA eingestellt.

Angesichts der Intifada, die der Unruhe in den arabischen Ländern wie Ägypten und Jordanien Vorschub leistete, war die arabische Bourgeoisie gezwungen, den ersten arabischen Gipfel seit vier Jahren einzuberufen und den Irak mit an den Tisch zu lassen. Ägypten berief zum ersten Mal seit 18 Jahren seinen Botschafter aus Tel Aviv zurück, und vier arabische Staaten brachen die diplomatischen Beziehungen ab. Diese Veränderung sollte allerdings nicht überbetont werden – Libanon und Jordanien sind nach wie vor darauf erpicht, die gemeinsam finanzierten Gewerbegebiete zu bauen, um sich einen möglichst großen Teil der Friedensdividende zu sichern – wenn sie denn kommt. Jordanien und Ägypten haben außerdem anti-israelische Demonstrationen verboten.

Die westliche Bourgeoisie wiederum ist sich überhaupt uneins über ihr Verhältnis zum Nahen Osten. Das zeigte sich an der Isolation der USA und Englands, als sie kurz nach dem Amtsantritt von George W. Bush wieder anfangen, den Irak zu bombardieren. Palästinensische Diplomaten suchen nach europäischen Verbündeten – höchstwahrscheinlich Frankreich.

Die israelische Bourgeoisie muß erst einmal ihre langfristigen Ambitionen zurückstellen, ihre Handelsbeziehungen zum restlichen Nahen Osten zu »normalisieren«. Mit der Wahl von Sharon wurde dieser Punkt von der Tagesordnung gestrichen. Seit die israelische Bourgeoisie aber den »Friedensprozeß« auf-

gegeben hat,<sup>62</sup> ist sie mehr denn je abhängig vom guten Willen des Westens, vor allem von der finanziellen Unterstützung durch die USA, die ihre Unterstützung Israels mit ihren sonstigen Interessen in der Region ins Gleichgewicht bringen muß. Das macht die israelische Politik einigermaßen verwirrend: in der einen Minute lassen sie Panzer nach Gaza rollen, in der nächsten ziehen sie sie nach einem Rüffel von den USA wieder ab. Eine der wichtigsten Taktiken des israelischen Staates besteht in der Ermordung von palästinensischen Führern, v.a. von Hamas-Leuten. Die massenhafte öffentliche Wut der Palästinenser nach solchen Anschlägen zeigt, wie beliebt Hamas ist. Es ist für die israelische Bourgeoisie aber leichter, diese Art von staatlicher Gewalt als legitim darzustellen, als das wahllose Töten von Kindern (wenngleich sie nicht in der Lage zu sein scheinen, »die Terroristen zu erledigen«, ohne daß dabei auch andere Leute getötet werden).

Trotz der Einschränkung seiner Handlungsfreiheit durch die USA konnte der israelische Staat seine blutige Politik bis jetzt sehr weitgehend durchsetzen, da es keine wirkliche Reaktion seitens der Arbeiterklasse gab und gibt. Die Intifada hat zwar Rebellionen von Arabern innerhalb der Grünen Linie wie auch anderswo im Nahen Osten ausgelöst, aber die jüdischen ArbeiterInnen scheinen sich mit den Zwängen der Sicherheit zu identifizieren, obwohl es auch Hinweise darauf gibt, daß unzufriedene Wehrpflichtige Waffen »zur anderen Seite« schmuggeln – angeblich stecken dahinter Drogenprobleme in der Armee. Die Selbstmordanschläge auf Busse, Discos, Läden und andere belebte Gegenden verstärken die Spaltungen zwischen jüdischen und palästinensischen ArbeiterInnen natürlich noch. Andere jüdische ArbeiterInnen wohnen in den Siedlungen, die inzwischen als legitime Ziele von palästinensischen Guerilla-Angriffen gelten. Und neben der gegen die Proletarier der besetzten Gebiete entfesselten ganzen Feuerkraft des israelischen Militärs verschärft die Bewaffnung der Siedler die Gräben zwischen den Proletariern nur noch mehr.

## **7. Zusammenfassung: Vom Aufstand zum Krieg?**

Der »Friedensprozeß« war das Eingeständnis der israelischen Bourgeoisie, daß sie die PLO als Polizei gegen das palästinensische Proletariat brauchte. Das brachte die PLO in eine Zwickmühle: Einerseits wollte sie den Lohn für die Drecksarbeit kassieren, andererseits durfte sie aber nicht die ideologische Fähigkeit verlieren, proletarische Kämpfe einzubinden. Der Ausbruch der neuen Intifada zeigte, daß sie in beiderlei Hinsicht versagt hatte.



In Israel war vom Widerstand der Arbeiterklasse gegen die Rationalisierung der Wirtschaft weniger zu spüren als in anderen Ländern wie etwa Ägypten und Tunesien. Die Entschädigung der jüdischen ArbeiterInnen für ihre zunehmende Unsicherheit bedeutete aber, daß der Siedlungsbau beschleunigt werden mußte, was wiederum den Verhandlungsspielraum des israelischen Staates den Palästinensern gegenüber auf Null beschränkte. Zum Siedlungsbau in der Westbank kam noch die »Judaisierung« Galiläas in Israel selbst. Das bedeutete zunehmende Arbeitsamtsschikanen und Häuserabrisse gegen die israelischen Palästinenser in der Zeit direkt vor dem Neuausbruch der Intifada 2000.

Trotz zunehmender Eskalation der Intifada zu einem ausgewachsenen militärischen Konflikt wurde der zivile Aufstand nicht völlig beendet. Bestimmte Teile der palästinensischen Bourgeoisie versuchen immer wieder, massenhafte zivile Kampfformen zur Geltung zu bringen, um damit die Intifada zu deeskalieren. Eine Deeskalation ist ihnen damit bisher aber nicht gelungen. Die Intifada hat dazu geführt, daß die israelische Bourgeoisie den »Friedensprozeß« aufgegeben hat; ihre Abhängigkeit von den USA, die im Nahen Osten noch andere Rücksichten nehmen muß, hat aber die Verschärfung der Unterdrückung des Aufstands gebremst.

Inwieweit ist die Intifada also ein vermittelter Ausdruck des Klassenkampfes und inwieweit ein nationaler Befreiungskampf? Und warum unterstützen immer noch ArbeiterInnen den Nationalismus, wenn Arbeiter doch kein Vaterland haben? Der Verweis darauf, daß Palästinenser zunehmend die etablierten politischen Vertretungsformen angreifen, beantwortet diese Frage höchstens zum Teil, denn dahinter steckt oft die Kritik, daß diese Vertreter nicht nationalistisch genug seien. In diesem Szenario bedeutet die Legitimationskrise der PLO nicht die Ablehnung aller Formen von Repräsentation, sondern trägt eher die massenhafte Unterstützung für eine kämpferischer ausgeprägte nationalistische Vertretungsform in sich, z.B. Hamas.

Wegen der Unterordnung der palästinensischen Bourgeoisie mußten viele PalästinenserInnen für das israelische Kapital arbeiten, ob innerhalb der Grünen Linie oder im Siedlungsbau. Für sie trägt der Boss das Gesicht der israelischen Militärregierung. Das ermöglichte es ihnen, sich eher als Palästinenser zu sehen denn als Proletarier und sich daher leichter mit kleinbürgerlichen Ladenbesitzern zu identifizieren, die die täglichen Demütigungen und Entbehrungen ähnlich erleben wie sie. Solange es nicht zur Revolution kam, konnten sie eine Verbesserung ihrer täglichen Lebensumstände von einer funktionierenden palästinensischen Bourgeoisie erwarten, die in Industrien investierte und Arbeitsplätze und damit beiden Klassen Einkommen bot.

**Zusammenfassend** läßt sich sagen, daß die rituellen Forderungen nach abstrakter Solidarität zwischen jüdischen und palästinensischen ArbeiterInnen die sehr realen Spaltungen ignorieren, die zwischen diesen im Alltag bestehen. Der »Friedensprozeß« versprach diese Spaltungen durch die Integration des israelischen Staats in den übrigen Nahen Osten teilweise aufzulösen. Implizit bedeutete dieser Prozeß einen Angriff auf die Rigidität der jüdischen ArbeiterInnen, der sie gezwungen hätte, Teil der übrigen Arbeiterklasse der Region zu werden, wenn auch mit relativ privilegierter Stellung. Dagegen hat die Arbeiterklasse Widerstand geleistet, z.B. im Streik israelischer Juden und Araber bei Tempo Beers, der von der israelischen Linken als seltenes Beispiel von Klassensolidarität zwischen Juden und Arabern begrüßt wurde.

Wie wir schon in *Aufheben* Nr. 2 geschrieben haben, drückt die Unterstützung des Nationalismus durch die Massen eine »oberflächliche Identität« widersprüchlicher Klasseninteressen aus.<sup>63</sup> Die jüdischen ArbeiterInnen in Israel haben ihre relativ privilegierte Stellung der Tatsache zu verdanken, daß sie so kämpferisch sind. Sie lassen sich nur durch die Herrschaft des israelischen Kapitals in den besetzten Gebieten einbinden. Die Unterordnung der palästinensischen Bourgeoisie hat die Klassenantagonismen in den Gebieten verschärft, was die Bourgeoisie dazu zwingt, die Wut des Proletariats ausschließlich gegen Israel zu lenken. Angesichts der klassenübergreifenden Erfahrungen der PalästinenserInnen mit der Repression durch die israelischen Behörden scheint das nationalistische Bündnis zwischen Proletariern und Kleinbürgertum stärker zu sein als die Bindungen der Klassensolidarität zwischen palästinensischen und jüdischen ArbeiterInnen. Die nationalistischen Angriffe der Palästinenser richten sich zunehmend gegen alle Manifestationen der israelischen Herrschaft, gerade auch gegen die SiedlerInnen selbst und sogar gegen Zivilisten in Israel. Die physische Gefahr, die dies für jüdische ArbeiterInnen bedeutet, treibt sie den Sicherheitszwängen des israelischen Staats in die Hände.

Sowohl bei Palästinensern als auch bei Israelis gibt es Tendenzen, ihrer Einbindung in die entgegengesetzten Staatsmaschinen und deren Kriegslogik zu widerstehen. Aber letztlich läßt sich die Entwicklung solcher Tendenzen zu einer sozialen Bewegung, die aus der Blockierung einander gegenseitig verstärkender Nationalismen ausbrechen kann, nicht isoliert innerhalb der Grenzen dieses Konflikts finden. Eine solche Entwicklung hängt vielmehr mit der Verallgemeinerung der proletarischen Kämpfe im Nahen Osten und, ganz wichtig, im Westen zusammen. Je nachdem, wieviel Klassenwiderstand er, vor allem in einer Zeit weltweiter Rezession, hervorruft, eröffnet »der Krieg gegen den Terrorismus« wenigstens die Möglichkeit einer solchen Verallgemeinerung.

*September 2001*

## Nachwort (Wildcat)

*Aufheben* will hinter die ideologischen Fronten blicken und sehen, welche Funktion der Krieg klassenpolitisch hat. Dazu legen sie ein materialistisches Interpretationsraster über die Geschichte, das mit Begriffen wie Bourgeoisie, Arbeiterklasse, Klassenkompromiß, Kettenhund und Imperialismus hantiert. Komplexe und für den weiteren Verlauf bestimmende Ereignisse werden zuweilen weggelassen, wo sie nicht hineinzupassen scheinen.

Der Begriff **settlement** (im Text meist mit »Klassenkompromiß« übersetzt) ist eine zentrale Kategorie in der Analyse von *Aufheben*. Er meint ein System der Schlichtung von gegenseitigen Interessen, die auch aufgezwungen werden kann. Der Begriff wird nicht aus den Klassenbeziehungen in Israel entwickelt, sondern alle Auseinandersetzungen mit einem aus Europa bekannten sozialdemokratischen Modell erklärt. Die handelnden Kräfte sind die verschiedenen Bourgeoisien oder »der Arbeiterzionismus«. Die Sonderrolle der palästinensischen Arbeiter wird »gesetzt«, gleichzeitig bleibt dieses »palästinensische Proletariat« recht blaß.

Entgegen ihrem Anspruch, das gesamte Proletariat im Nahen Osten zu thematisieren, verengt sich der Blick von *Aufheben* am Schluß auf die Frage, wie israelische und palästinensische Arbeiter zusammenkommen können.

Wer konsequent hinter die ideologischen Vorhänge schauen will, kann den Antisemitismus und die Vernichtung von Millionen Juden nicht ignorieren. *Aufheben* klammert beim Staatsgründungsprozeß die Vorgeschichte aus. Die 30er Jahre werden nur ein Mal erwähnt mit dem Generalstreik der palästinensischen Arbeiter; die 40er Jahre und das Jahr 1945 werden nur im Rahmen des imperialistischen Interesses an der erdölreichen Region abgehandelt. Aber genau in dieser Zeit wurden die Fundamente für die Staatswerdung und zugleich für den Palästina-Israel-Konflikt gelegt. Die Verquickung von Kolonialpolitik (England), antikolonialen Bestrebungen (Juden und Araber in Palästina gegen England) und dem Kampf von einheimischer, meist bäuerlicher Arbeitskraft (Palästinenser) gegen zuwandernde halb- bis vollproletarisierte Arbeiter und später auch Bürger (Juden), der sich auch antiimperialistisch äußerte, bleibt im *Aufheben*-Text unverstanden.

All dies sind Fragen, die wir hier nicht beantworten können, sondern die Gegenstand weiterer Untersuchungen und Diskussionen sein müssen. Wir können nur ein paar Lücken in der historischen Darstellung von *Aufheben* benennen.

## *Jüdische Immigration nach Palästina und die Vorstellung der Produktivierung*

Die jüdische nationale Befreiungsbewegung, der Zionismus, folgte in besonderer Weise der Ideologie der Arbeit und der Produktivierung. Die frühen Einwanderungsideologien waren proletarisch-bäuerlich, volkstümlich, kollektivistisch. Die Erfahrung vieler Juden (besonders in Osteuropa) mit dem Antisemitismus radikalisierte diese fast allen Befreiungsbewegungen inhärenten Ziele. Man wollte das von den Antisemiten als »unproduktiv« verfolgte eigene Volk »produktivieren« und arbeitete an einer umfassenden Berufsumschichtung, die im neuen Land einen neuen Menschen zur Folge haben sollte. In den Vorstellungen von Aaron David Gordon steigerte sich dies zur Erlösung durch Arbeit: die Juden seien Parasiten, von der wahren Quelle des Lebens – der Arbeit – entfremdet, durch eigene Arbeit werde der Jude aber zum Menschen und könne seine »Händler«-Existenz mittels Selbsterziehung und Selbstverwirklichung in der Arbeit beenden.

Nach der gescheiterten Revolution in Rußland 1905 gab es eine zweite große Einwanderungsbewegung nach Palästina. Ber Borochow, dessen Vorstellungen die russische Partei »Poale Zion« (Arbeiter Zions) übernahm, versuchte eine Synthese von Marxismus und Zionismus (übrigens eine Entwicklung, die wir nach dem Scheitern der weltweiten Revolutionsbewegung 1905 sehr oft finden: Nationalisierung der Sozialdemokratie): die Klassenkampftheorie allein könne die jüdische Frage nicht erklären, man müsse nationalen und rassischen Konflikten besondere Aufmerksamkeit schenken. Dabei besetzte er das »Nationale« positiv: Der Klassenkampf werde um den Besitz der Produktionsmittel geführt, der nationale Kampf um die Produktionsbedingungen. Für die Produktivierung der Juden eigne sich Palästina besonders gut. Bevor man dort eine territoriale Basis errichtet habe, solle das jüdische Proletariat nicht gegen seine Oberschicht kämpfen, erst danach solle es den Klassenkampf aufnehmen. Die Araber würden sich an die Juden assimilieren und mit ihnen gegen die Kapitalisten vorgehen.

### *Teilen und herrschen*

Nach dem Ersten Weltkrieg war die zionistische Bewegung in Palästina mit dem britischen Kolonialismus konfrontiert, der die dort lebenden Bevölkerungsteile gegeneinander zu hetzen versuchte. Sie bauten den Mufti von Jerusalem, einen religiösen Fanatiker und reaktionären Nationalisten, als Gegengewicht zu den

Zionisten auf: »Ein kleines loyales jüdisches Ulster inmitten eines Meeres von potentiell feindlichen Arabern« sollte als Dämpfer zwischen Kolonialherren und Kolonisierten dienen. Bereits in den 20er Jahren gab es Pogrome und Auseinandersetzungen, die in der damaligen Literatur als »Rassenhaß« etikettiert wurden. Hintergrund war die Furcht der Araber, ihres Bodens enteignet zu werden.

Nach diesen Unruhen, v.a. nach einem Massaker an der jüdischen Bevölkerung Hebrons 1929, verschwand eine Richtung im Zionismus, die seit 1906 den Pansemitismus vertrat. Sie war strikt antistaatlich, wollte von den Fellachen vor allem Feldarbeit lernen, strebte einen gemeinsamen sozialistischen Aufbau in Palästina an. Viele Kommunisten und linke Aktivisten verließen das Land wieder. Poale Zion schwenkte mehrheitlich auf den Kurs der Kolonisierung ein. Durch Aufbau einer »Arbeiterwissenschaft«, der Histadrut, wollten sie die Produktionsmittel vergesellschaften. Ihr messianisch aufgeladenes nationales Endziel war die Schaffung einer geschlossenen jüdischen und ökonomisch selbständigen Siedlung.

Ab Mitte der 20er Jahre machte sich eine rechte zionistische Tendenz in Palästina breit, die sogenannten Revisionisten, die auf die Durchsetzung der Kultur, des Geistes mit militärischen Machtmitteln setzte. Diese Gruppierung blieb lange Zeit recht schwach. Erst unter dem Druck der Judenverfolgung in Europa und als Reaktion auf den Einfluß der Nazis auf den arabischen Nationalismus griffen aktivistische Arbeiterführer unter David Ben Gurion diese Vorstellungen auf.

### *Unvollständige Proletarisierung*

In den 20er und 30er Jahren änderte sich durch die Einwanderung die Sozialstruktur rapide: es entstand ein palästinensisches Proletariat. Die ersten Streiks 1925/26 und 1933 richteten sich bewußt gegen die britische Kolonialherrschaft. Antibritische Tumulte gab es zu dieser Zeit auch in Syrien und in Ägypten, der siegreiche Generalstreik in Syrien strahlte auf die ganze Region aus, doch dies mündete im antiimperialistischen Kampf mit stark pan-arabischen Vorstellungen.

Die Entstehung der palästinensischen Arbeiterklasse war überlagert von den archaischen Strukturen der palästinensischen Gesellschaft, der ländlichen Zersplitterung in eine Vielzahl von Dörfern und den Rivalitäten, die die großen Familien untereinander austragen – und in denen den Juden eine ähnliche Sündenbockfunktion zukam wie in Europa. Die Bewegung von 1936 war zu Beginn

ein Bündnis zwischen Großgrundbesitzern, Mittelklassen und Intellektuellen, das von Teilen der Arbeiterklasse unterstützt wurde, aber die feudalen Vorstellungen der Effendis waren dominant. Die Engländer gingen offensiv gegen diese Bewegung vor, riefen den Ausnahmezustand aus, erlaubten aber dem Mufti und Jamal Effendi Husseini die Flucht, denn man brauchte die Ikone des Nationalismus.

Der Generalstreik scheiterte – an der zionistischen Infrastruktur: »Während die arabischen Arbeiter in der Verwaltung, den öffentlichen Diensten ... und den arabischen Handelsunternehmen streiken, ergreifen die Zionisten die Gelegenheit, die entscheidenden Positionen in der Wirtschaft des Landes zu erobern. Unbeabsichtigt vollendete der Generalstreik die zionistischen Separationsbestrebungen.« (Nathan Weinstock, *Das Ende Israels?*, Wagenbach Berlin 1975, S.152)

### *Flucht, nicht Aufstieg*

Die Einwanderungsbewegungen in den 30er und 40er Jahren hatten nicht mehr den messianischen Glauben, einen »neuen Menschen« in einer neuen Umgebung zu schaffen. Viele kamen widerwillig nach Palästina, 1933 ging nur jeder zehnte jüdische Auswanderer dorthin, insgesamt etwa 50 000-60 000. Die meisten gingen in die USA, andere waren gar nicht erwünscht. Da die britische Mandatsregierung in den 30er Jahren die Einwanderung rigide kontingentierte, kamen auch 1934 die ersten Illegalen nach Palästina – bis zur Staatsgründung waren es 100 000.

Die Frage, welche Art von Menschen im neu zu gründenden Staat erwünscht sei, bestimmte die Einwanderungspolitik der jüdischen Organisationen. Einwanderer mußten sich für zwei Jahre in der Landwirtschaft verpflichten. Dem entzog sich über die Hälfte. Viele Einwanderer waren ursprünglich keine Zionisten, sondern »Hitler-Zionisten«, assimilierte bürgerliche jüdische Deutsche, von den Nazis zu Zionisten gemacht, die oft mit der ausgegebenen »hebräischen Leitkultur« und dem Arbeitskollektivismus der frühen Jahre kollidierten.

Den »Holocaust« sahen die zionistischen Führer als große historische Widerlegung ihres Projekts. Chaim Weizmann befürchtete, der Zionismus habe mit der Vernichtung der meisten osteuropäischen Juden seine Daseinsberechtigung verloren. Der Historiker Evyatar Friesel: »Die Auswirkungen des Holocaust auf die Schaffung des jüdischen Staates war genau das Gegenteil dessen, was gewöhnlich angenommen wird. Er machte die Geburt Israels beinahe unmöglich.«

Weder in den USA – wohin über 100 000 Überlebende migrierten – noch in Palästina gab es ein öffentliches Interesse am »Holocaust«. Die elenden Überlebenden entsprachen nicht den zionistischen Vorstellungen des starken Juden, der seinen Staat aufbaut. Die Rachegeanken vieler Überlebender entsprachen nicht der Realpolitik Ben Gurions, die sich in der baldigen »Versöhnung« mit Deutschland über Reparationszahlungen ausdrückte. Erst als im Zuge der Besetzungen nach 1967 internationale Kritik an der Politik Israels aufkam, wurde der Holocaust als Schuldabwehrstrategie benutzt. Das »Holocaust-Bewußtsein« als identitätsstiftendes Moment wuchs in dem Maße, wie die israelische Gesellschaft selbst unfähig war, andere ideologische Klammern anzubieten.

### *Der Krieg 1948*

beendete auch die übergreifenden Klassenkämpfe: »[1946 und 1947] brachen in Haifa Streiks aus, bei denen jüdische und arabische Arbeiter solidarisch Seite an Seite gekämpft haben (Arbeiter und Angestellte des Staates, die in der Petroleum-Raffinerie beschäftigt waren). Dennoch wuchs der Chauvinismus auf beiden Seiten, da sich die internen Spannungen zwischen Juden und Arabern verschärften und von der KP Konzessionen an den Chauvinismus gemacht wurden. Die KP besaß einen großen Einfluß unter den arabischen Arbeitern. Eine zionistische Provokation bewirkte in der Raffinerie von Haifa ein Massaker gegen die jüdischen Arbeiter, an denen die am wenigsten bewußten arabischen Arbeiter teilnehmen. Seit diesem Zeitpunkt weicht die Solidarität der Klassen dem Partikularismus. Die jüdischen und arabischen Arbeiter treiben eigene Forderungen, insbesondere in bezug auf ihre Sicherheit, voran. Der Krieg von 1948 fügt zu den ideologischen Barrieren, die das jüdische und arabische Proletariat trennt, noch das materielle Hindernis der Staatsgrenze hinzu.« (Weinstock, S.212)

Der israelisch-palästinensische Konflikt war geboren. In diesem Konflikt läßt sich nicht eine ideologische Schicht (Nationalismus) von den darunter liegenden Widersprüchen abziehen. Hinter den Ideologien liegt nicht die ganz andere klassenkämpferische Wirklichkeit, sondern die Schwäche des Klassenkampfes. ■

## Anmerkungen:

1. Tendenziell spricht sie dem Zionismus auch den Status eines »echten« Nationalismus ab und konzentriert sich auf seinen ausschließenden Rassismus. Dieser existiert zwar, aber Nationalismus beruht immer auf Ausschluß und hat daher mit *Kommunismus* nichts zu tun.
2. *The New Intifada: Israel, imperialism and Palestinian resistance* (Socialist Worker, Jan. 2001).
3. Somalia and the »Islamic Threat« to Global Capital (*Aufheben* #2, Summer 1993).
4. Die UdSSR dagegen hatte potentiellen Satelliten in dieser Zeit sehr wenig zu bieten. Mit den riesigen finanziellen Anreizen der Amerikaner konnte sie nicht mithalten und statt der 1001 Arten, auf die das Kapital einem arabischen Staat helfen konnte, nur militärische und begrenzte technische Hilfe anbieten. Im Vergleich zu den USA war die russische Nahostpolitik unbeholfen und konnte selbst ihrem engsten Verbündeten Syrien nur äußerst begrenzten Schutz bieten.
5. Siehe »Somalia and the "Islamic threat" to global capital« (*Aufheben* #2, Summer 1993). Siehe auch »When crusaders and assassins unite, let the people beware« (*Midnight Notes*, 1990. Deutsche Übersetzung: [www.wildcat-www.de/wildcat/54/w54assas.htm](http://www.wildcat-www.de/wildcat/54/w54assas.htm)).
6. Der israelisch-ägyptische Friedensschluß von 1979 zeigte nur, wie vollständig Ägypten seit Nassers Tod auf die amerikanische Umlaufbahn eingeschwenkt war.
7. Siehe 'Capitalist Carnage in the Middle East', (britische) *Wildcat* #6, 1983.
8. Und zwar so sehr, daß in den 80er Jahren das pan-arabische aber anti-schiitische Baath-Regime im Irak als Gegengewicht zum Iran benutzt werden mußte.
9. Das ist natürlich ein gegenseitiges Arrangement: Der israelische Nationalismus wird durch den Eindruck verstärkt, daß »die Araber uns ins Meer treiben wollen«.
10. »Der Grundwiderspruch des Zionismus war, daß er versuchte, den Juden als Juden, vor allem die gemeinschaftlichen Bindungen, die dem modernen Kapitalismus lange vorausgehen, zu retten, indem er ihn in die modernste Welt des Kapitals integrierte.« 'The Future of a Rebellion', *Le Brise-Glace*, 1988. [Auszüge auf deutsch in *Wildcat* 51, Juni 1990] Wie wir sehen werden, nimmt die widersprüchliche Logik dieser Ideologie in der Praxis die Form von Tendenzen an, die eben diese Identität untergraben – jedenfalls soweit Israel stärker in den Nahen Osten integriert wird.
11. Eine der größten und bekanntesten jüdischen Organisationen war der BUND (Allgemeiner Bund jüdischer Arbeiter von Litauen, Polen und Russland), der 1898 gegründet wurde, um verschiedene Gruppen von jüdischen Arbeitern im zaristischen Reich zusammenzubringen. Er gehörte kurz der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands an, die sich später in Menschewiken und Bolschewiken spaltete. 1903 hatte der BUND 40 000 Mitglieder und spielte eine »Pionierrolle in der russischen Arbeiterbewegung«, er hatte mehr »echten Rückhalt unter den Arbeitern« als jede andere Arbeitergruppe in Osteuropa. Vgl. Nathan Weinstock, *Zionism: False Messiah* (Paris, 1969). Der BUND war zwar entschieden gegen den organisierten Zionismus, aber es gab in ihm immer Auseinandersetzungen über das Ausmaß der Unterstützung für den jüdischen Nationalismus. Die Debatten kreisten darum, ob Forderungen nach einem jüdischen Staat die Solidarität der Arbeiterklasse brechen und vom Klassenkampf ablenken würden und ob sich jüdische Arbeiter getrennt von anderen Arbeitern organisieren sollten. Der BUND organisierte nicht nur traditionelle Arbeiterkämpfe, sondern zusammen mit nichtjüdischen Sozialisten auch die Selbstverteidigung gegen Pogrome. Nachdem die Mitgliedschaft des BUND von 40 000 auf 500 zurückgegangen war, wurde er zunehmend nationalistisch.
12. Ben Gurion (Israels erster Premierminister) soll auf dem Schreibtisch eine Leninbüste gehabt haben, was den Einfluß des Bolschewismus auf die europäisch-jüdische Arbeiterklasse andeutet.



13. Baron Rothschild, der der Ansicht war, jüdische Siedlungen seien den französischen Interessen nützlich, finanzierte Ende des 19. Jahrhunderts die erste zionistische Einwanderung nach Palästina. Er hatte eine eigene Verwaltung, die Widerstand gewaltsam unterdrücken konnte. Alle Siedler mußten einen Vertrag unterschreiben, in dem sie erklärten, »keinen unerlaubten Organisationen anzugehören«, und anerkennen, daß sie auf den Ländereien des Barons, auf denen hauptsächlich Wein produziert wurde, nur »Tagelöhner« waren. Das Projekt war sehr teuer: Die Ansiedlung einer Siedlerfamilie kostete mehrere tausend Pfund. Nathan Weinstock, *Zionism: False Messiah*, a.a.O.

14. »Hunderte Araber versammeln sich auf dem Marktplatz in der Nähe des Arbeiterhotels. Sie warten hier seit dem Morgengrauen. Das sind die Saisonarbeiter ... Insgesamt sind jeden Tag etwa 1500 von ihnen da, und wir, ein paar Dutzend jüdische Arbeiter, bekommen oft keinen Job ab. Auch wir kommen zum Marktplatz, um eine Arbeit für einen Tag zu finden.« a.a.O., S. 68.

15. Siehe dazu Moische Postone, Antisemitismus und Nationalsozialismus, in D. Diner, *Zivilisationsbruch*. [www.comlink.de/cl-hh/m.blumentritt/agr315s/htm](http://www.comlink.de/cl-hh/m.blumentritt/agr315s/htm).

16. »Diese Frage war in den ersten 30 Jahren dieses Jahrhunderts der wichtigste Streitpunkt innerhalb der Siedlergemeinschaft«, a.a.O., S. 71.

17. Solche Streikposten waren recht verbreitet bei linken Zionisten, z.B. bei denen, die bei den britischen Eisenbahngesellschaften im Mandats-Palästina arbeiteten (damals eine der größten Industrien in Palästina). Unter ihnen war immer mal wieder die Rede von Klassensolidarität und der Gründung gemeinsamer jüdisch-arabischer Gewerkschaften. Trotzdem beteiligten sie sich an Streikposten, um britische Unternehmer dazu zu bewegen, nur jüdische Arbeiter zu beschäftigen.

18. Wegen der zunehmenden Kontrolle der Linken über Haganah (die Haupt-Miliz) wurde 1931 als Miliz der Rechten Irgun Zvai Leumi gegründet.

19. Mit »korporatistisch« sind hier sozialdemokratische Praktiken wie trilaterale Vereinbarungen zwischen Staat, Gewerkschaften und Unternehmen gemeint. Im Rahmen des Arbeiterzionismus erfüllte die Histadrut natürlich viele Funktionen von allen drei.

20. Manchmal half der israelische Staat nach, z.B. indem er für einen Bombenanschlag auf eine Synagoge im Irak sorgte und die irakische Regierung für jeden Juden bezahlte, der nach Israel ging.

21. Siehe dazu »Zwei lokale Kriege« in: *Situationistische Internationale* Nr. 11, Oktober 1967.

22. Die meisten Löhne wurden alle sechs Monate der Inflation angepaßt. Ein Steigen der Inflation bedeutete eine Senkung der Reallöhne bis zur nächsten Lohnangleichung. Die zeitlich verzögerten Lohnerhöhungen trugen dazu bei, daß Einkommen statt in Löhne in Profite flossen.

23. Seit 1978 schoß sich die Opposition der arbeiterzionistischen Mittelklassen gegen den Likud auf den Siedlungsbau ein. Der »officers' letter« sprach sich gegen diese Expansion aus, weil sie den »jüdischen demokratischen Charakter des Staates« bedrohe. Dieser »wachsende Graben zwischen den Methoden der westlichen Demokratie und denen Israels« war die ideologische Basis der Friedensbewegung. Bequemerweise vergaßen sie dabei, daß die Siedlungen unter der Labourpartei eingeführt wurden. Der Unterschied, den sie vor 1967 einfach ignorieren konnten, war mit der Besetzung immer deutlicher sichtbar geworden. Die radikaleren Elemente der Friedensbewegung erwogen etwas in der israelischen Gesellschaft beinahe Udenkbare: die offene Verweigerung des Militärdienstes. Aufgrund der Zentralität der allgemeinen Wehrpflicht für die Reproduktion der israelischen Gesellschaft führte dies zu tiefen Spaltungen in der Bewegung. Ihre Hauptströmung *Peace Now* verurteilte einen Brief von Reservesoldaten an das Verteidigungsministerium, in dem diese drohten, die Verteidigung der Siedlungen zu verweigern. Die »Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen« gewann 1982 an Legitimation, weil die Invasion im Libanon das bedrohte, was viele Arbeiterzionisten als ausschließlich defensive Rolle der IDF verstanden. 160 Soldaten wurden angeklagt und verurteilt für ihre Weigerung, an der Invasion teilzunehmen. Das Kiffen in der

Armee und die Wirtschaftskrise stellten jedoch eine größere Bedrohung der israelischen Kriegsführung im Libanon dar als die »Kriegsdienstverweigerung«. Damit konnte man noch umgehen, indem man die relativ kleine Anzahl von Verweigerern »aus psychischen Gründen« untauglich schreiben ließ und sie von der Front wegverlegte. Die Demonstration von 400 000 Menschen gegen die Massaker in Sabra und Shatila wurde weithin als der Höhepunkt der israelischen Antikriegsbewegung betrachtet. Der Krieg im Libanon brachte nicht den erwarteten schnellen Sieg, und viele Eltern standen vor der Aussicht, ihre Kinder in Leichensäcken nach Hause zurückkehren zu sehen.

24. So der israelische Verteidigungsminister Yitzhak Rabin 1985.

25. »The agonising transformation of the Palestinian peasants into proletarians«, S.1, International Library of the Communist Left; <http://www.sinistra.net/lib/upt/compro/liqe/liqemcibue.html>

26. a.a.O., S. 3. »Fellache« bedeutet Bauer.

27. a.a.O., S. 3.

28. 1973 arbeiteten 52 Prozent von ihnen auf dem Bau und 19 Prozent in der Landwirtschaft, den Branchen mit den niedrigsten Löhnen.

29. Siehe »The Palestine proletariat is spilling its blood for a bourgeois state«, *Revolutionary Perspectives* #20, Winter 2001; Zeitschrift der Communist Workers' Organization

30. Ebenda

31. »In memory of the proletarian uprising in Tel-Al-Zatar«, *Worldwide Intifada* #1, Sommer 1992

32. Ebenda

33. Die Falangisten waren von Israel unterstützte christliche Milizen.

34. »In memory of the proletarian uprising in Tel-Al-Zatar«, a.a.O.

35. Zu dieser Zeit waren mit Hilfe der UdSSR die verschiedenen nationalistischen Fraktionen vereint und die PKP (Palästinensische Kommunistische Partei) Vollmitglied in der PLO geworden. Dazu sollte angemerkt werden, daß das unter dem Druck der Palästinenser in den besetzten Gebieten zustande kam, die durch die neuen Siedlungen zunehmend unter Belagerung standen.

36. »Palestinian autonomy? Or the autonomy of our class struggle?«, *Worldw. Intif.*, Sommer 1992

37. Siehe »Intifada: uprising for nation or class?«, a.a.O.

38. IDF-Bericht, zitiert a.a.O.

39. a.a.O.

40. aus »Call no.2 – the united national leadership for escalating the uprising in the occupied territories« vom 10. Jan. 1988 (No voice is louder than the voice of the uprising) Ibal Publ. Ltd 1989; Aufruf Nr. 2 - Die Vereinte Nationale Führung für die Zuspitzung des Aufstands in den besetzten Gebieten (Keine Stimme ist lauter als die Stimme des Aufstands)

41. Aus »Call no.32 – the call of revolution and continuation« Aufruf Nr. 32 - Der Ruf nach Revolution und Kontinuität, 8. Jan 1989; a.a.O.

42. Zitiert nach Andrew Rogby, »Living the Intifada«, Zed Books 1991.

43. Wenn sie sich z.B. an einer Plattform zusammen mit Meretz beteiligten, einer israelischen Partei der linken Mitte.

44. Siehe »*Future of a Rebellion*« (Zukunft einer Rebellion), Le Brise-Glace 1988.

45. Bedeutung und Größe dieser Bewegung können nur geraten werden. Sie war immer sehr klein.
46. Siehe Andrew Rigby, a.a.O. – Der Islamismus ist eine modernistische politische Bewegung, die auf vorkapitalistische Formen zurückgreift. Daher kann er sich wie der Faschismus gleichzeitig gegen Kommunismus und Kapitalismus positionieren. Seine politische Opposition zum Kapitalismus ist aber in Wirklichkeit eine moralische Opposition gegen Wucher, sprich: Zinsen. Wie Formen des Anti-Semitismus und Anti-Amerikanismus ist er nur scheinbar gegen den Kapitalismus.
47. Aus Graham Usher - »*Palestine in crisis: the struggle for peace and political independence after Oslo*«, Pluto Press 1995.
48. Dokumentiert von Kav la Oved (ArbeiterInnen-Hotline):  
[http://www.kavlaoved.org.il/index\\_en.asp](http://www.kavlaoved.org.il/index_en.asp)
49. Es gibt in Israel grob geschätzt 100 000 ausländische ArbeiterInnen. Davon arbeiten über 66 000 auf dem Bau (von insgesamt 160 000 Beschäftigten in der Baubranche). Von den 66 000 ausländischen Bauarbeitern sind ca. 51 000 registriert, weitere 15 000 sind illegal.
50. Graham Usher, a.a.O.
51. Es hat, besonders am Grenzübergang Erez, schon eine Reihe von Unruhen von PalästinenserInnen gegeben, die nicht zu ihren Arbeitsplätzen im Industriegebiet Erez auf der anderen Seite des Übergangs kamen. Bei einer dieser Unruhen wurde eine Tankstelle angezündet, Busse auf einem Parkplatz abgeackelt, 65 palästinensische ArbeiterInnen wurden verletzt und zwei kamen ums Leben. Die neue palästinensische Polizei lieferte sich Schußwechsel mit der israelischen Armee, und 25 der Polizisten wurden verletzt. Im selben Monat gab es bei Brotunruhen Zusammenstöße zwischen ArbeiterInnen aus Gaza und den IDF.
52. Einer der Gründe, warum Sicherheit so betont wird, ist die Notwendigkeit, Arbeitsplätze für Fatah-Kader zu schaffen.
53. LehrerInnen in den PNA-Gebieten sind stärker proletarisiert als fast überall im Westen, da sie von ihrem Lehrgelohn nicht leben können und in den Schulferien als LandarbeiterInnen usw. arbeiten müssen.
54. In den ersten Tagen der PNA-Herrschaft war die Arbeitslosigkeit in Gaza auf 60 Prozent gestiegen, und nur 21 000 der 60 000 in Israel arbeitenden PalästinenserInnen wurden nach Israel hineingelassen. Nach Unruhen machte Israel den Gaza-Streifen auf unbestimmte Zeit ganz dicht. Die Arbeitslosigkeit wird noch dadurch verschärft, daß Ghaddafi alle PalästinenserInnen aus Libyen ausweisen ließ – als Geste der Solidarität mit der PLO!
55. Zitiert bei Graham Usher, a.a.O. Diese Maßnahmen sind besonders nützlich, da israelische Firmen dadurch über arabische Subunternehmer Produkte an arabische Staaten verkaufen können, die nicht zugeben wollen, daß sie mit Israel Handel treiben.
56. Sogar nach Beginn dieser Intifada hat die jordanische Regierung inoffiziell darum gebeten, das israelische Handels- und Industrieministerium möge noch zwei weitere Industriegebiete in Jordanien einrichten.
57. Das hat mit Kav La Oved (ArbeiterInnen-Hotline) zu tun, einer der vielen Gruppen, die aus dem Zerfall von Matzpen entstanden sind. Sie unterstützen ArbeiterInnen, die sich schlecht verteidigen können, vor Gericht, im wesentlichen machen sie politisches Arbeitsrecht. Außerdem veröffentlichen sie in der Presse Vorgänge wie Abschiebungen von ArbeitsmigrantInnen und illegale Kündigungen von palästinensischen ArbeiterInnen. (siehe Anm. 48)
58. Graham Usher: »*Palestine: the Intifada this time*«, Race & Class, Vol. 42, #4.

**59.** Die Beteiligung von AraberInnen in Israel selbst ist nicht auf palästinensische israelische ArbeiterInnen beschränkt geblieben. Es hat auch Massenkündigungen von drusischen (arabische Sekte, deren Angehörige in der israelischen Armee dienen müssen) Soldaten aus den IDF gegeben. Das Dorf eines drusischen Soldaten, der bei Zusammenstößen mit PalästinenserInnen getötet wurde, weigerte sich, ihn zu begraben.

**60.** Diese Gegenden dienen normalerweise als Deponien für die neuen jüdischen EinwandererInnen aus Äthiopien.

**61.** Und im Sommer 2000 wurde ein arabischer Knesset-Abgeordneter, der im Flüchtlingslager Al Baqaa (Jordanien) eine Rede halten wollte, von einem Steinhagel begrüßt.

**62.** Und die Mehrheit der Friedensbewegung hat aufgegeben, weil sie »keinen Partner für den Frieden« hat.

**63.** »Yugoslavia unravelled: class decomposition in the ›New World Order‹« (Aufheben #2, Sommer 1993): »Der Nationalismus spiegelt die oberflächliche Interessengleichheit zwischen einer bestimmten nationalen Bourgeoisie und dem Proletariat dieses Landes, so lange die kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse vorherrschen. Eine Interessengleichheit, da die Verwertung und Realisierung des Kapitals sowohl Kapitalisten als auch ArbeiterInnen eine Einkommensquelle verschafft, mit der sie als rechtlich von Subsistenzmitteln getrennte unabhängige Marktsubjekte Waren auf dem Markt kaufen können, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen (wenn auch in entfremdeter Form). Oberflächlich, weil es sich dabei um einen Prozeß der Klassenausbeutung und damit des Antagonismus handelt, auch wenn er nicht unmittelbar so erscheint. Soweit sich die Bourgeoisie auf nationaler Ebene organisiert und man überhaupt noch von nationalen Volkswirtschaften sprechen kann, ist das Proletariat eine universelle Klasse, die an nationalen Linien gespalten ist. So lange wir weiterhin besiegt sind, d.h. solange die Wertform besteht, kann sich der Nationalismus aus dieser Spaltung speisen. Das Kapital ist vielleicht eine Einheit, aber eine differenzierte, die sich durch die Konkurrenz auf internationaler Ebene herstellt. Mit der Konkurrenz auf dem Weltmarkt auf der Grundlage von immer billigeren Waren bedeuten Hinnahme des ›nationalen Interesses‹ und Opfer zugunsten der nationalen Bourgeoisie für die Arbeiterklasse vielleicht zunehmende Ausbeutung und die Hinnahme eines Lebens wie Tote oder des wirklichen Todes als Kanonenfutter, aber sie stärken auch die Konkurrenzfähigkeit des nationalen Kapitals auf dem Weltmarkt, erhöhen seine Realisierungschancen und helfen damit, zukünftiges Einkommen für beide Klassen zu sichern.«